ROTES FORUM

4/69

vormals: forum academicum
heidelberger studentenzeitschrift
druck: polit-press

25.7.1969

-.50 DM

AKTIVER STREIK

BASISGRUPPEN

AUSSERUNIVERSITÄRE PRAXIS

INHALT:

Analyse des Streiks

Berichte der Basisgruppen

Straßenbahnblockade

Berufspraxis (Lehrer, Juristen)

Camelotprojekt für die Metropolen

Dokumente: Strengvertrauliche Papiere der Herrschenden Klasse

Vom akademischen Markt zum ROTEN FORUM

Auf Vorschlag der Redaktion benannte das Parlament das "forum academicum" in "ROTES FORUM" um. Damit kommt auch im Titel zum Ausdruck, daß die Zeitschrift keine Kneipzeitung von Jungakademikern, sondern das Forum der Basisgruppen und der ganzen linken Protestbewegung ist, auf dem Ansätze einer sozialistischen Strategie diskutiert werden.

Es ist nur noch eine Frage von Monaten bis der Zwangsverband und damit auch die bisherige Finazierung des "ROTEN FORUMS" endgültig im Eimer ist. Die Zeitschrift wird den Zwangsverband jedoch überleben. Deshalb wurde schon die letzte Nummer für DM-,50 verkauft. Diese Nummer wird nicht mehr im seitherigen aufwendigen Verfahren in einem kapitalistischen Betrieb gedruckt, sondern nun auch technisch durch Genossen hergestellt. Ob dieser Preis auf die Dauer ausreichen wird, um auch nur die Materialkosten zu decken, kann noch nicht vorausgesehen werden. Deshalb agitiert für das "ROTE FORUM" und organisiert in euren Instituten seinen Verkauf. Nur wenn die Instituts-Basisgruppen das "ROTE FORUM" zu ihrer Plattform machen und seinen Vertrieb in die eigene Hand nehmen, wird es die Anschläge der Regierungs- und Universitätsbürokratie überstehen.

Die Zusammenarbeit zwischen Redaktion und Basis- und Projektgruppen muß langfristig organisiert werden. Diese Zusammenarbeit kann sowohl darin bestehen, daß eine Gruppe die Herstellung eines Heftes übernimmt (z.B.: Justizheft) oder daß alle Gruppen direkt zusammenarbeiten, um eine bestimmte Thematik allseitig zu diskutieren (z.B.: "Bürgerlicher Beruf und revolutionäre Perspektive"), d.h. daß jedes Heft mit Vertretern der verschiedenen Gruppen besprochen und geplant werden muß, um eine inhaltlich bestimmte Arbeitsteilung zu ermöglichen.

Dieses Heft kann diese Zusammenarbeit erst einleiten. Bisher war dafür noch nicht einmal die nötige Informationsgrundlage vorhanden. Die fehlende zentrale publizistische Kommunikation war auch eine der Schwächen des aktiven Streiks. Einige Gruppen leisten zwar eine gute agitatorische Arbeit, aber sie beschränken diese Arbeit auf ihr Institut. So gibt es seit dem Januar als Blatt der math.-nat. Basisgruppe die "Pravda" ("die Wahrheit"); aber außerhalb der nat.-math. Fak. weiß kaum einer, daß es diese Zeitung gibt. Das "ROTE FORUM" kann diese Zeitungen nicht ersetzen, denn sie haben spezifische Agitationsaufgaben. Aber es muß sie ergänzen, um einerseits die Diskussion zwischen den Basisgruppen vorwärtszubringen und andererseits eine breite Diskussion bei den Studenten über die Politik der Basisgruppen in Gang zu bringen.

Dieses Heft gibt zunächst nur einen Überblick über die Basisgruppen und nicht mehr. Außerdem versucht es an Hand einer vorläufigen Analyse des aktiven Streiks und der Straßenbahnblockade (siehe auch Schüleraufsatz) die Strategiediskussion zu konkretisieren. Diese läßt sich nur unter Berücksichtigung der Schritte der Herrschaftsseite führen. Deshalb drucken wir 2 Geheimpapiere ab, die über diese Schritte informieren.

Der Bericht der Lehrer und der Einspruch der Genossen Becker gegen ihr Berufsverbot liefern Material zu einer Bestimmung des Schlagworts von der revolutionären Berufsperspektive.

Dieses Heft durchbricht die bornierte Fixierung auf die Universität. Die Studenten können sich keineswegs mit akademischen Foren begegnen.

Theorie und Praxis der Studenten sind rot
oder farblos.

.....

Redaktion: Dieter Hildebrandt, Lu Jäger (verantwortlich), Joscha Schmierer

Mitarbeiter: Basis- und Projektgruppen

Möglichkeiten und Grenzen des aktiven Hochschulstreiks

Die erste HSchG-Novelle hat uns ohne Zweifel überrascht. Der beschlossene aktive Streik ist in dem Dilemma, den Zeitpunkt von Stuttgart gesetzt zu bekommen, hinsichtlich der Inhalte aber, die den Streik als aktiven bestimmen lassen konnten, von der Entwicklung der Studentenbewegung am jeweiligen Hochschulort abhängig zu sein.

Die sofort nach Bekanntwerden der Novelle einberufene VDS-Landesverbandskonferenz, an deren Ende der Beschluß aller ASten Baden-Württembergs stand, zum Streik aufzurufen, spiegelt in ihrer Zusammensetzung einerseits und dem Inhalt der verabschiedeten Resolution andererseits diese Schwierigkeit wider:

In der Streik-Motivation der meisten ASten spielte der vom Landtag gesetzte Termin in der Weise eine dominierende Rolle, daß die breite Entrüstung über das in mehreren Erscheinungsformen vorgelegte Ordnungsrecht in Form eines appellativen Streiks zusammengefaßt werden sollte. Es war klar, daß es in Städten, in denen es keine relevante Studentenbewegung gibt, Hauptaufgabe gewesen wäre, die Studenten aus ihrer parlamentarischen Fixierung zu lösen, Parlamentarismuskritik am Beispiel HSG, HGP und Novelle zu leisten. D.h., es mußten überhaupt erst die Voraussetzungen für den Widerstand geschaffen werden, der den Aufgaben und Funktionen der technokratischen Hochschulreform entspricht.

Diese Problematik tauchte in der verabschiedeten Resolution nicht auf. In ihr wurden Aufgaben und Inhalte des Widerstands richtig angegeben, jedoch unter Abstraktion von den Voraussetzungen. Sie bekamen so appellatorischen Charakter und erweckten zugleich durch ein hohes Maß an Konkretheit (Arbeits- und Projektvorschläge) den Anschein von Handlungsanweisungen, die sie nur für eine Avantgarde wirklich sein konnten.

Die Schwierigkeit, im Streik gleichzeitig politisch adäquate Projekte zu verwirklichen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, trat nicht nur im Vergleich verschiedener Hochschulen auf, sondern auch innerhalb jeder einzelnen.

Es entstanden Illusionen, die nach Beendigung des Streiks in die Neigung umschlugen, ihn als gescheitert zu betrachten.

Diese Meinung ist falsch.

Nicht der Streik ist in die Binsen gegangen, sondern Illusionen in die Brüche.

Sowohl nach dem 10. Januar d.J. als auch schon während des Notstandsstreiks war außer einigen Individuen von den nicht - philosophischen Fakultäten nichts zu bemerken. Das Hörsaalgebäude der Neuen Universität war kein Streikzentrum, weil um es herum nichts existierte, das die Neue Uni zum Zentrum hätte haben können.

Gemessen daran sind die Streikbeschlüsse der Med.-, Jur.- und Nat.-Math-Fakultätsvollversammlungen noch vor Abschluß der Urabstimmungen ein entscheidender Schritt nach vorn.

Dabei muß in diesen Fakultäten sicherlich berücksichtigt werden, daß für die Mehrheiten der Adressat noch im Landtag saß, auf den es Druck auszuüben galt. Für diese Mehrheiten mußte der Streik, als ethisch motivierter, primär appellatorischen Charakter behalten, zumal das Ordnungsrecht kaum einen von ihnen treffen würde. Für viele stand der Streik bei seinem Beschluß noch keineswegs in der Kontinuität des Kampfes gegen das Hochschulgesetz und wurde nicht als dessen genuiner Bestandteil gesehen, obwohl dieser innere Zusammenhang durch die Gesetzgeber selbst zur Darstellung kam, obwohl die GO Teil des Hochschulgesetzes ist und sich die Novelle auf "Anregungen" durch die verschiedenen Universitätsordnungen beruft, bezüglich der Aufhebung der studentischen Zwangskörperschaften explizit auf die Heidelberger GO.
Inwieweit der Widerspruch zwischen parlamentarischer Fixierung und Empörung über das parlamentarische Machwerk aufklärerisch hat aufgelöst werden können, wird sich exakter erst im nächsten Semester ersehen lassen.

Vorerst sagten die Vollversammlungen, auf denen der Streik abgebrochen oder ausgesetzt wurde, zumindest soviel aus, daß in "bisher ruhige" (Hahn) Fakultäten ein entscheidender Einbruch erzielt wurde:
Die relativ starken Minderheiten der Streikabbruchvollversammlungen (zu deren Bedingungen später) wiegen insofern schwerer als die großen Mehrheiten, die den Streik beschlossen.

Was konnte der Streik leisten?

In Nr. 2/68 des "forum academicum" schrieb H.G. Schmierer ("Parlamentarismus und Notstandsgesetze") auf S. 4:

"Der Hochschulstreik hatte gegenüber der seitherigen Kampagne (gegen die Notstandsgesetze, d.V.) eine neue Qualität... Diese.. zeigt sich schon darin, daß er eben nicht an die Adresse der Herrschenden im Sinne eines

Appells gerichtet ist, sondern daß er durch Lahmlegung des Betriebes selbst die Richtung weist auf einen Generalstreik. Damit traf er, wenn auch nur symbolisch, die Herrschenden an ihrer eigenen Grundlage."

Tatsächlich wurden Streik und Blockade in dem Bewußtsein durchgeführt, einen eingebildeten "Betrieb" lahmzulegen. Schirmprügelnde Professoren und Magnifizenz Margot, die den AStA suspendierte, leisteten dem Vorschub, indem sie sich wie hysterische Fabrikanten gerierten, die schon Riesenprofite in den Ostwind fahren sahen. Das ereignete sich auf dem Hintergrund theoretischer Diffusion, der Arbeiterromantik auf der einen, das subjektive Bewußtsein mancher Studenten, selbst die neue Arbeiterklasse zu sein, auf der anderen Seite in Agitation und Praxis korrespondierten.

Doch durch kurzfristiges Ausfallen von Vorlesungen, Seminaren und Übungen werden weder die jeweiligen Lehrenden noch die jeweilige Universität nachhaltig getroffen. Im Streik gegen die Ordnungsrechtnovelle haben die Professoren durch organisiertes Fernbleiben die Legende von der Uni als Betrieb selbst zerstören geholfen.

Nicht die Universität ist der Betrieb, der durch Störung der unmittelbar durch Störung zu treffen ist, sondern die Gesellschaft, zu deren integralem Bestandteil sie gemacht werden soll, wo sie es nicht schon ist:

"Durch die Interdependenz wird die Industriegesellschaft in immer steigendem Maße zu einem Gesamtbetrieb, der als gesamter nur funktionieren kann, wenn seine Teilbetriebe kooperativ funktionieren. Störungen in Teilbetrieben führen zu Störungen des gesamtgesellschaftlichen Betriebs." (E. Voegelin, einer der Programmatiker der "Formierten Gesellschaft" in: Gesellschaftspolitische Kommentare, Nr. 11, 1965)

Ebenso wie das Ordnungsrecht nicht so sehr als Hilfsmittel für ordentliche Universitäten, sondern als Instrument des Ordnungsstaates geschaffen wurde, die Gesellschaft zu formieren.

Widerstand gegen Disziplinierung an der Universität ist Widerstand gegen den Ordnungsstaat.

In den Wochen nach dem 10. Januar hatten die Studenten ihre ersten Lehren aus dem Notstandsstreik gezogen: da ein passiver Hochschulstreik tatsächlich nur politische Passivität zum Ausdruck bringen kann, nicht aber die Grundlagen der Herrschenden auch nur tangieren, riefen sie einen aktiven Streik aus. In go-ins in Vorlesungen wurde die Verknüpfung professoraler und privatwirtschaftlicher Interessen und die auf dem AStA offen zutage geknüppelte Kooperation staatlicher und universitärer Bürokraten diskutiert, Institutsprojektgruppen konstituierten sich, das IPW wurde besetzt und auf der Vollversammlung der Politologen, Soziologen und Ethnologen die Forderung nach autonomen Arbeitsgruppen gestellt, denen das notwendige Arbeitszeug (Räume, Sachmittel etc.) zur Verfügung gestellt werden sollte und deren Teilnehmern zu Semesterende ein Schein ausgestellt werden sollte.

Somit wurde der einzige Weg beschritten, auf dem die Studenten den Tendenzen der Funktionalisierung der Universität und ihrer selbst störend begegnen können: nicht das Aussetzen von Lehrveranstaltungen zu erzwingen, sondern deren Ordnung anzugreifen.

Hochschule: die neue Schule der Nation

Von den Strategen der Hochschulreform wurde von Anfang an klar definiert, was mit Hochschulgesetzen und Grundordnungen, mit Hochschulgesamtplan und jetzt mit dem Ordnungsrecht erreicht werden soll: die Hochschule in kurzer Zeit "funktionsfähig" zu machen, ohne die während der Rekonstruktionsperiode versäumten langfristigen Investitionen nun nachholen zu müssen. Da die bestimmenden Interessen in der spätkapitalistischen Gesellschaft nach wie vor die Profitinteressen der Unternehmer sind und die staatlichen Institutionen dazu dienen, deren Partikularinteressen legislativ zu den Interessen der Allgemeinheit zu machen, soll auch der Staat sich darum kümmern, wissenschaftliche Forschung und Ausbildung den ökonomischen Erfordernissen so anzupassen, daß weder die Industrie die finanzielle Last zu tragen hat, noch das ganze Unterfangen durch Demokratie am falschen Platz gehemmt werden kann.

Die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit erheischt aufgrund der gestiegenen Bedeutung der Wissenschaft für den Produktionsprozeß ziemlich schnell den Ausstoß eines ordentlichen Haufens sofort verwertbarer, wissenschaftlicher Halbfabrikate.

Ohne diese objektiven und objektivierbaren Voraussetzungen des derzeitigen Hochschulreformrummels, ohne Wissen um die Aufgaben, die die technokratische Hochschulreform zu erfüllen hat, kann die Wirksamkeit einzelner Kampfformen der politischen Studenten nicht eingeschätzt werden. Erst die Analyse auch des unmittelbaren Zwecks z.B. des Ordnungsrechts in dem angegebenen Kontext kann zu einer richtigen Einschätzung des Streiks führen.

Wenn es erste Aufgabe der Hochschulreform ist, den von Staat und Industrie angegebenen "Bedarf der Gesellschaft" zu decken, wenn gleichzeitig klar ist, daß nicht genügend investiert werden kann und "Politiker und Bildungsökonomen (sich) heute fragen, wie sich denn wohl Maßstäbe gewinnen lassen, um das

Verhältnis von Aufwand und Ertrag bei Hochschulausgaben einigermaßen überschaubar zu gestalten" (HGP, erster Entwurf, Oktober 1967), so muß eben, was man einmal Freiräume nannte, aus dem Bereich der Hochschule extrapoliert werden, so bleibt zwangsläufig nur antiaufklärerisches Funktionieren übrig. Reform wird Disziplinierung. Der heutige "normale" Student soll in Zukunft durch frühzeitige Lenkung (fachspezifisches Abitur) in Kurzstudiengänge gedrängt werden, die zunehmend auf PHs und Fachhochschulen verlegt werden.

Wurde im Staatsvertrag zum Ordnungsrecht vom 27.3.69 "Verkürzung der tatsächlichen Studiendauer" als Ziel der Studienreform" definiert, so erhielt er in der Baden-Württembergischen Hochschulgesetznovelle mit der Einführung obligatorischer Studiengänge seine schon sehr pragmatische Ergänzung. Das heute noch einzige greifbare Selektionsmittel numerus clausus soll langfristig ersetzt werden durch Eignungstests. Mit der Einführung von "Kompaktkursen" in der vorlesungsfreien Zeit, Stoffbeschränkung und verpflichtenden Tutorenarbeitskreisen soll das Studium in gerade Geleise gelenkt werden, an deren Ende dann mittels eines "objektivierten" Prüfungssystems Makulatur hinaus- und die restlichen Studenten den industriellen oder staatlichen Abnehmern zugeworfen werden.

Eine solche Studienreform macht aus der Lernfreiheit ein Requisit von Narren, die zwischen mehreren total reglementierten Studiengängen wählen dürfen, um sich im dunklen Anzug anläßlich jeder Leistungskontrolle zu verbeugen und "erfreut" zu sagen.

Sie läßt Wissenschaft nur noch als Machenschaft mit Wissen zu und beraubt sie mit Gesetzeskraft der ihr selbst innewohnenden Ambivalenz: nicht nur der Herrschaft, sondern auch der Befreiung von ihr dienen zu können.

Ein wie konzipiert rigides Zwangsstudium durchzustehen erfordert totale Anpassungsfähigkeit und bringt sie hervor.

Gegen Reform in Gestalt von Disziplinierung - disziplinierte Wühlarbeit

Die "Studienreform" ist mithin das eigentliche Ordnungsrecht für alle Studenten. Wenn Vorbedingung der "Reform" die Erfüllung totaler Anpassungsforderung ist, so muß die Ordnung - durch die professoralen Vollstrecker definiert - in der dieser Integrationsprozeß sich vollziehen kann, mit allen Mitteln gesichert werden. Nach innen in den Lehr- und Forschungsveranstaltungen gegen die Aktualisierung der wissenschaftsimmanenten Ambivalenz, nach außen gegen alles, denn von außen kann nichts und niemand, außer dem Kultusminister vielleicht, in anderer als die Ordnung störender Absicht kommen. Der festgelegt ordentliche Studiengang wird zum rechtmäßigen gemacht. Da das Gesetz allgemeinen Konsens vorstellen soll, wird jede Infragestellung zum kriminellen Akt gegen die Allgemeinheit, theoretische und erst recht praktische Kritik zur Destruktion, was zudem den Vorteil bringt, die Verteidigung des schlicht Bestehenden konstruktiv nennen zu können.

Sehr grob geben die ökonomischen Bedürfnisse des Kapitals, denen Wissenschaft funktionalisiert werden soll, auf der einen, die Notwendigkeiten des Kampfes gegen den Ordnungsstaat auf der anderen Seite den Bereich an, in dem Kampfmaßnahmen demokratischer und sozialistischer Studenten wirksam werden können.

Den Kampf gegen den Ordnungsstaat können wir qua Studentenbewegung (allein) nicht führen, den Kampf gegen den "gesamtgesellschaftlichen Teilbereich" müssen wir als Kampf um die Umstrukturierung des Wissenschaftsbetriebes führen, so daß er den Erfordernissen der Mobilisierung außerhalb der Universität und der Rekonstruktion der Arbeiterbewegung dient.

Der Hochschulstreik, selbst der aktive, kann nur unter zwei Bedingungen eine dazu geeignete Kampfform sein:
Entweder, wenn er selbst im Rahmen eines Prozesses permanenter Auseinandersetzung mit den Lehrenden im Lehrbetrieb steht und zur Durchsetzung bestimmter Ziele durchgeführt wird. Ein effektiver aktiver Streik könnte z.B. die Besetzung eines Instituts zur Durchsetzung der Forderung nach autonomen Arbeitsgruppen oder auch schon zur Abschaffung selektiver Prüfungen sein, die durch anonyme zu ersetzen wären, die dann tatsächlich allein der Selbstkontrolle der Studenten dienen würden. Die andere mögliche Bedingung ist, daß an einem bestimmten Punkt Aufklärung durch einen Streik verstärkt ermöglicht wird. Bei einem zwangsläufig auch appellativen Streik wie dem letzten hätte das konkrete Parlamentarismuskritik am Beispiel GO und HSchG-Novelle bedeutet und damit verbunden Entlarvung derer, auch der Studenten, die gezielt parlamentarische Illusionen zu erhalten suchen.

Die Strategie der Herrschenden, entschlossen Ruhe in Ordnung zu schaffen, um dann die Anpassung gründlich, restlos und vollständig zu vollziehen, heißt für uns: den Tendenzen der Zerschlagung der

Studentenbewegung auf kaltem Wege an jedem Punkt begegnen zu müssen, soll die Aufgabe der Umstrukturierung des Wissenschaftsbetriebes auch nur in Ansätzen gelingen.

Der Angriff der Herrschenden ist ein dreifacher:
1. Anpassung und Integration durch Verschulung des Studiums und Vereinzelung im Studium;
2. Sicherung des ersten durch Kriminalisierung aller studentischen Kampfformen durch eine Art universitären Betriebsverfassungsgesetzes, die den Betrieb zu stören oder in solidarischen Arbeits- und Widerstandsformen die erzwungene Vereinzelung zu durchbrechen geeignet wären. Korrespondierend dazu in den GO-Gremien Studentenindividuen, die schon jetzt nur vertreten können, was erst geschaffen werden soll: Haufen angepaßter Normalstudenten, die schon dadurch zu vertreten sind, daß einige von ihnen in den Gremien anwesend sind.
3. Wem das nicht reicht, und das sind die wenigen, von denen bereits aktenkundig und gerichtsnotorisch ist, daß sie sich nur schwerlich noch integrieren lassen, der wird als Unsicherheitsfaktor der Hochschulgerichtsbarkeit überantwortet.

Widerstand gegen den Ordnungsstaat muß in der Universität Widerstand gegen rigide Lehr- und Prüfungssysteme sein.

Er kann organisiert nur geleistet werden, wenn nicht mehr dezentralisiert vor sich hin werkelnde Institutsgruppen die in zentralen Aktionen sich manifestierende Auseinandersetzung ergänzen, sondern umgekehrt die zentral geführte Auseinandersetzung zusammenfassende Ergänzung intensiver Basisgruppenarbeit wird. Gegen unsinnige Vorlesungen, gegen Prüfungsangst und Anpassung kann langfristig wirksam nichts in HS 13 teach-ins geleistet werden, sondern in den unsinnigen Vorlesungen, gegenüber denjenigen, die die Integration am Ort zu besorgen haben, gegenüber den einzelnen Lehrenden.

Die Bedingungen des Streiks mußten also in mehrfacher Hinsicht erst geschaffen werden:
Für die bereits politisierten Studenten machte sich negativ geltend, daß die langfristige, mühselige Arbeit der Basisgruppen noch nicht begonnen, der eigentliche Kampf noch nicht organisiert aufgenommen worden war. Während des Streiks war dieser Mangel nur festzustellen, nicht auszugleichen. Weil es Basisgruppen zwar schon gab, aber kaum eine z.B. Prüfungskritik geleistet und eine Prüfungskampagne begonnen hatte, konnte im Streik selbst der Kampf um seine Bedingung in Form der Sicherung der Scheinvergabe zu Semesterende nur schwerlich geführt werden. So konnte dann am Ende auch die HDSU auf unartikulierten Ängsten spielend in den Streikabbruchvollversammlungen mächtige Demonstrationen der Sprachlosigkeit aufführen.

Der Streik, von vielen als von appellatorischem Charakter verstanden, konnte allein durch permanente Wiederholung der Parole von der Organisation des Widerstandes als Widerstandshandlung nicht erkennbar werden. Wurden die Prioritäten unter Fehleinschätzung der Voraussetzungen erst einmal schief gesetzt, war die Universität einmal leer gestreikt von denen, die sich dort hatten organisieren sollen, konnte auch Aufklärung, ein Prozeß der Selbstreflexion der Studenten auf ihre Studienbedingungen kaum in Gang kommen.

Der Streik hat Widerstand überhaupt nur sehr vermittelt sein können. Der wird in den Instituten und Seminaren, in Vorlesungen und Prüfungen zu leisten sein. Erst so kann ein Hochschulstreik, der dann in der Regel den Charakter von Institutsbesetzungen haben wird, zur Durchsetzung klar definierter Ziele wirksame Kampfform sein.

Jürgen Sendler

Berichte der Basisgruppen

Basisgruppe Jura

19.7.69

Die Basisgruppe Jura konstituierte sich Ende letzten Jahres. War sie in einer Zeit, in welcher angesichts der beginnenden Kampagne der Justiz gegen eine politische Opposition sich die Notwendigkeit einer Justizkampagne abzeichnete, als eine Art Ableger des Rechtshilfeausschusses konzipiert worden - die Motivation der Mitarbeiter der Basisgruppe war das Bedürfnis, in ihr das, was ihnen in einem abstrakt-theoretischen Studium vermittelt wurde, praktisch politisch wenden zu können - so änderte sich mit dem AStA-Überfall die Struktur der Basisgruppe grundlegend. Die allgemeine Mobilisierung der Studenten durch dieses Ereignis mobilisierte die Basisgruppe selbst. Zu einigen Genossen, die neben ihrem politischen Bewußtsein eine beachtliche Informationsvorgabe besaßen, kam eine größere Anzahl ad-hoc-Mobilisierter hinzu, die teils als Liberale aus einer moralischen Protesthaltung heraus, teils als solche, die schon bestimmte Vorstellungen der Notwendigkeit sozialistischer Politik hatten, diesen Schritt taten. Die-

se Struktur der Gruppe - definiert durch das Informationsgefälle unter den einzelnen Mitgliedern - bestimmt die Arbeit der nächsten beiden Monate: Die Basisgruppe konnte eben nur dann arbeiten, wenn wenigstens einer der Genossen, die die notwendige theoretische Ausbildung besaßen, sich an der Arbeit beteiligte. Dies war eine gewisse, wenn auch zunächst unvermeidliche Schwäche der Basisgruppe.
Der AStA-Überfall brachte ferner die Wendung der Gruppe zur Arbeit im politisch relevanten Bereich Universität. Denn sie allein vermittelte innerhalb der Juristischen Fakultät den mit einem Schlag deutlich gewordenen Zusammenhang von Justiz,Landes- und Universitätsbürokratie. Bislang abstrakte Begriffe wie politische Justiz erhielten plötzlich ihre genaue inhaltliche Bestimmung. Jetzt auch konnte der Ideologiecharakter des Rechts, nämlich einmal unpolitisch und zum anderen eine neutrale Instanz über gegensätzlichen Interessen zu sein, durchschaubar gemacht werden. Die Basisgruppe war also durch das Ereignis des 10. Januar einem gewissen Zwang zur Öffentlichkeitsarbeit ausgesetzt, auch wenn sie vorher kaum theoretische und strategische Vorarbeit geleistet hatte. Dennoch gelang es aufgrund der bestehenden Struktur der Basisgruppe gut, in Flugblättern und infos den politischen Gehalt des scheinbar rechtmäßigen Eingreifens der Polizei der großen Zahl der unpolitischen Studenten der Juristischen Fakultät zu vermitteln.

Diese Vermittlung führte aber notwendig zu einer Kritik der juristischen Ausbildung sowie deren Inhalte, hatte doch der Staatsanwalt Weidner, der grinsend dabei stand, als wehrlose Studenten zusammengeschlagen wurden, dieselbe Ausbildung gehabt. Die fehlende theoretische Grundlage der Basisgruppe trat zum damaligen Zeitpunkt umso weniger in Erscheinung, als die Ordinarien der Juristischen Fakultät soeben selbst als Wissenschaftler von Wiethölter in seiner Heidelberger Rede und in der daran anschließenden Diskussion in Frage gestellt worden waren. Einem großteil der anwesenden Kommilitonen wurde erstmals klar, daß Recht doch nicht nur so wenig mit Politik zu tun hatte, wie ihnen das ihre Ausbildung nahelegen mußte. Das führte dann auch zum ersten Mal zu einer Polarisierung der Studenten, die ihren Ausdruck in der folgenden Parlamentswahl fand. Bis zum Semesterende stand auf Vollversammlungen die Reform der juristischen Ausbildung im Mittelpunkt der Diskussion, sie zeigt das bestehende Verständnis, teilweise wenigstens den Wissenschaftsbetrieb Universität demokratisieren zu können.

Thema eines Wochenendseminars, das die Basisgruppe abhielt, war ebenfalls die Reform der Ausbildung, jetzt aber diskutierte sie die Möglichkeiten, wie diese Reform durch die Kritik am Bestehenden praktisch verwirklicht werden könne. Diese Kritik sollte in wenigen Vorlesungen exemplarisch geleistet werden. Dafür wurden die Vorlesungen Arbeitsrecht und Strafrecht ausgewählt, weil in ihrem Inhalt der Klassencharakter des Rechts am offensten in Erscheinung tritt. Das Ziel dieser Kritik lag langfristig darin, die Ausbildung unkritischer, am Rechtspositivismus orientierter Juristen zu verhindern, die sich reibungslos in den Apparat würden integrieren lassen. Man glaubte dies am besten durch die weitere Verunsicherung der bereits unsicheren Studenten erreichen zu können. So auch schien eine Politisierung und Mobilisierung der Kommilitonen dann noch möglich zu sein, wenn es einmal keine mobilisierenden allgemeinpolitische Ereignisse gab, wie es der AStA-Überfall gewesen war.

Mit Beginn des SS trat eine Umstrukturierung der Basisgruppe ein. Diejenigen Genossen, die die Basisgruppe initiiert hatte, zogen sich von der Mitarbeit zurück, Mitarbeiter aus anderen Universitäten kamen hinzu. Damit glich sich das ursprüngliche Informationsgefälle aus, die Frage der Autorität innerhalb der Gruppe stellte sich nunmehr in viel geringerem Maße. Entgegen den Vorstellungen, die auf dem Wochenendseminar ausgearbeitet worden waren, wurde jetzt kurzfristig Schneiders Vorlesung 'Deutsches Staatsrecht' zum Objekt exemplarischer Wissenschaftskritik. Diese Veranstaltung bot sich nicht nur deshalb an, weil sie zum größten Teil von Erst- und Zweitsemestrigen besucht wurde, sondern weil in ihr der ideologisch verschleierte Bezug von Recht und Politik ohne Umwege aufgedeckt und damit die Vorlesung dieses abstrakten Inhalts überhaupt in Frage gestellt werden kann.

Die inhaltliche Kritik dieser Veranstaltung wurde mit großem Erfolg geführt, bald war dem letzten die Unfähigkeit des Herrn Schneider, auf inhaltliche Fragen sachlich eingehen zu können, klar geworden. Dabei machte die Basisgruppe wiederholt klar, daß der Grund für diese Unfähigkeit weniger in der Person des Herrn Schneider zu suchen sei, als in der Konzeption der herrschenden Rechts"wissenschaft". Im weiteren Verlauf der Vorlesung kam es dann soweit, daß die Zuhörer das Fragerecht der Basisgruppe gegen Schneider selbst verteidigten, als dieser an bestimmten Stellen die Fragen rigide unterdrücken wollte.

War aber Herr Schneider bei der Mehrzahl der Zuhörer einmal als Wissenschaftler in Frage gestellt worden, so war der nächste Schritt, diese Vorlesung auszusetzen und sie in Arbeitsgruppen aufzulösen, lediglich die Konsequenz. Hatte sich doch gerade in der Schneidervorlesung gezeigt, daß die Ordinarienstruktur der Universität nicht nur herrschaftsfreie sondern Wissenschaft überhaupt unmöglich machte: Denn der Ordinarius verfügte unbeschränkt über das Informationsmonopol, Kritk war nur insofern möglich, als durch Fragen neue Informationen eingeführt wurden.

Als die Basisgruppe diesen nächsten Schritt vornahm, zeigte sich allerdings, daß sie die Strategiediskussion noch nicht geführt hatte, sie also versäumt hatte, den politischen Stellenwert des Arbeitsgruppenkonzepts den Zuhörern zu vermitteln. Denn der Abbruch einer Vorlesung ist gleichbedeutend mit der sozialen Machtfrage innerhalb der Universität überhaupt, es bedeutet die Revolutionierung des bestehenden Ausbildungsbetriebs, wenn Studenten auch nur partiell wissenschaftliches Arbeiten selbst in die Hand nehmen. Sehr schnell würde sich nämlich zeigen, daß

die Herrschaftsverhältnisse überhaupt überflüssig sind. Zwar vermochte die Basisgruppe ihr Konzept, die Vorlesung in Arbeitsgruppen aufzulösen, noch sehr leicht zu vermitteln - bei einem Teil der Hörer stieß sie dabei auf ein aktuelles Bedürfnis - bei der entscheidenden Frage aber, ob die Vorlesung parallel zu den Arbeitsgruppen fortgestzt werden könne, wurde deutlich, daß die Mehrheit dann dem Arbeitsgruppenkonzept nicht zustimmen bzw. sich nicht daran beteiligen würde, wenn deren Voraussetzung der Abbruch der Vorlesung sein sollte. Für die Basisgruppe stellte sich also die Frage: sollte sie gegen den Willen der Mehrzahl den Eklat herbeiführen oder sich mit dem Kompromiss begnügen, daß Herr Schneider eine von seinen 4 Vorlesungsstunden zur Diskussion dessen freistellte, was die Arbeitsgruppen erarbeiten würden.

Die Basisgruppe entschied sich für den Kompromiss. In der Gewährung dieser einen Stunde sowie in der spontanen Bildung von Arbeitsgruppen, wobei durch die geleistete Vorlesungskritik einige neue Mitarbeiter zur Basisgruppe kamen, liegt der Erfolg dieses Konzepts. Dessen Schwäche zeigte sich aber sehr bald in der geringen Beteiligung an den Arbeitsgruppen gemessen an der Zahl der Hörer, was dann soweit kam, daß diese treuen Hörer gerade in den Diskussionsstunden fernblieben. Ein weiter Mangel lag darin, daß dieser Konflikt auf den Kreis dieser Vorlesung beschränkt blieb, also nicht in die gesamte Fakultät durch Flugblätter hineingetragen wurde. So konnte der Eindruck entstehen, als handele es sich lediglich um eine Projektgruppe "Schneider". Das Exemplarische dieser Aktion gelangte nicht in das Bewußtsein der Kommilitonen.

Differenzen innerhalb der Basisgruppe über Fragen der Strategie, die in den beiden Positionen hinsichtlich des Vorgehens in der Schneidervorlesung ihren Ausdruck fanden, rühren von den Diskussionen auf dem vds. Justizseminar in Frankfurt her, deren Thematik und Prognosen der zukünftigen Basisgruppenarbeit für die Heidelberger Gruppe überhaupt noch nicht relevant waren, aber als unverarbeiteter Ballast weiter mitgeschleppt wurden. Zwei entgegengesetzte Positionen, die sich dort herauskristallisiert hatten, wurden von der Basisgruppe häufig diskutiert, ohne daß sich dadurch neue Perspektiven für ihre Arbeit ergaben:

1.) Das Hauptarbeitsfeld der Basisgruppe Jura sollte wie bisher die Universität sein. In ihr soll durch die weitere Verunsicherung der Studenten mit Hilfe von Wissenschaftskritik die Basis verbreitert werden. Die langfristige Perspektive dieser Arbeit liegt darin, genügend kritische Juristen im Apparat sowie für die außeruniversitäre Arbeit in Betriebs- und Stadtteilbasisgruppen, für Mietkampagnen usw. zu haben.

2.) Die Basisgruppe soll die durch Vermittlung allgemeinpolitischer Auseinandersetzung ad hoc mobilisierten Studenten für die Arbeit an der Rekonstruktion der Arbeiterbewegung freisetzen. D.h., diese würden die Universität verlassen, die Frage der Berufsperspektiven als Juristen stellt sich für sie nicht mehr.

Für die Basisgruppe stellte sich diese Alternative so zwar nicht, da diese Positionen aber nicht ausdiskutiert wurden, trug das zu einer Unsicherheit in der Beurteilung solcher politischer Ereignisse bei, mit welchen die Baisgruppe konfrontiert wurde.

CAFE BAR AM THEATER
HEIDELBERG, HAUPTSTR. 108
TELEFON 25554

CAFE BAR AM MARKT
HEIDELBERG, HAUPTSTR. 202
TELEFON 26672
NÄHE HEILIGGEIST-KIRCHE

Ein solches Ereignis war der Überraschungsschlag, den die Landesbürokratie mit ihrem Entwurf einer Novelle zum HSG gegenüber der Studentenschaft führte, um damit die Opposition in der Universität zu zerschlagen. Spontan und unreflektiert war der Streik die gebührende Antwort auf die geplanten Repressionsmaßnahmen. Jetzt zeigte sich aber, daß sich die Basisgruppe zu sehr auf die wissenschaftskritische Arbeit an der Juristischen Fakultät beschränkt hatte, so daß es ihr nur unzureichend gelang, diese geleistete Arbeit mit zentralen allgemeinpolitischen Auseinanderstzungen zu verbinden. Auf der Vollversammlung gelang es ihr zwar mit Hilfe tatkräftiger Genossen, den Beschluß auf Durchführung des aktiven Streiks durchzusetzen, sie begnügte sich aber weitgehend damit, den Antrag der HDSU auf einen befristeten freiwilligen Streik zu zerpflücken. Sie versäumte es, Ziel und Inhalt des aktiven Streiks, nämlich das Konzept der Arbeitsgruppen, darzulegen. Das führte dann dazu, daß zwar 300 für den Streik stimmten, sich aber nur etwa 60 Kommilitonen einschließlich der Basisgruppenmitglieder an den Arbeitsgruppen beteiligten. Inwieweit die mangelnde Beteiligung darauf zurückzuführen ist, daß die Themen der Arbeitsgruppen zu wenig an den unmittelbaren Interessen der Kommilitonen ansetzten, ist fraglich.

Diese widersprüchliche Verhalten der Jurastudenten führte dann bald zu einer unterschiedlichen Bewertung des Streiks innerhalb der Basisgruppe selbst, die ihren Ausdruck in folgenden beiden Positionen findet:

1.) Der Streik ist zumindest teilweise erfolgreich, in seinem Verlauf zeigen Studenten, daß sie organisiert und selbstständig Wissenschaft betreiben können. Schon um des demonstrativen Charakters studentischen Widerstands ist der Streik fortzusetzen. Die geringe Beteiligung an den Arbeitsgruppen ist lediglich auf deren mangelnde Begründung und Vorbereitung zurückzuführen.

2.) Ein aktiver Streik ist im gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt kein adäquates Kampfmittel der Studenten mehr; er führt zu keinem direkten Produktionsausfall, ist also für die Herrschenden ungefährlich. Das Arbeitsgruppenkonzept ist nur während des normalen Vorlesungsbetriebs sinnvoll, denn nur die Übernahme der Funktionen, die die Vorlesung als Mittel der Repression besitzt, kann der bestehende Wissenschaftsbetrieb wirklich in Frage gestellt werden.

Diese unterschiedlichen Auffassungen innerhalb der Basisgruppen konnten aber nach außen nicht mehr relevant werden, denn inzwischen war die Initiative auf die Gruppe übergegangen, die die Partei der Angst um sich scharte. Das war das Ergebnis des Hauptmangels, den der kurzfristig angesetzte Streik hatte: Die Scheinfrage, damit der Verlust eines Semesters, war nicht diskutiert worden, der Streik stieß damit an seine objektiven Grenzen. Die HDSU hatte nun ein leichtes Spiel. Durch eine von ihr gestartete Unterschriftensammlung gelang es ihr, eine angesetzte Kandidatenvorstellung zu einer Vollversammlung umzufunktionieren und dort ihren Beschluß auf Abbruch des Streiks durchzubringen. Die eigentliche Vollversammlung am nächsten Tag war dann nurmehr eine Farce. Die Mehrheitspartei der Angst im Rücken konnte sie ihren Beschluß vom Vortag ohne Diskussion erneut durchbringen. Eine genaue Analyse des Streiks und dieser Vollversammlung hat die Basisgruppe in ihrem Juristenblatt Nr. 2 geleistet.

Zum Ergebnis der Parlamentswahl ist soviel zu sagen, daß zahlenmäßig genau die Leute, die für diskussionslosen Abbruch des Streiks gestimmt hatten, der HDSU zum Wahlsieg verhalfen. Dieser ist damit zweifellos die Konsolidierung in der juristischen Fakultät gelungen. Andererseits ist es ganz deutlich geworden, daß es sich bei dieser Wahl um eine politische Wahl handelte, die in der Polarisierung der Jurastudenten ihren Ausdruck fand.
Aus dem vorliegenden Versuch der Basisgruppe und ihrer Arbeit ergeben sich notwendig die Perspektiven ihrer weiteren Tätigkeit. Die Diskussion, die innerhalb der Gruppe verstärkt eingesetzt wird, wird auf einem Wochenendseminar die gegensätzlichen Standpunkte auf ihren theoretischen Nenner bringen. Im Mittelpunkt werden dabei Fragen der Organisation, der Strategie, überhaupt des grundsätzlichen politischen Selbstverständnisses stehen. Die Perspektive des nächsten Semesters macht vor allem die Diskussion des Arbeitsgruppenkonzepts notwendig, ferner werden dort Vorstellungen zur Vorbereitung und Durchführung einer Schein - und Prüfungskampagne erarbeitet, deren Notwendigkeit sich gezeigt hat.

Basisgruppe nat.-math.

Die Arbeit während des aktiven Streiks wurde in der nat.-math. Fakultät vor allem durch die vorhergehenden Aktionen bestimmt, die der Durchleuchtung der Forschungsfinanzierung dienten. Diese Aktionen wurden durch eine Meldung des "Spiegels" angeregt, die von Forschungsaufträgen des Pentagon an das Anorganisch-Chemische Institut berichtete. Becke, die diesen Auftrag angenommen hatte, war zwar selbst nicht mehr in Heidelberg, aber nachdem einmal ein solcher Fall ans Tageslicht gekommen war, wollten wir uns vergewissern, ob nicht ähnliche Dinge auch bei anderen Professoren existieren. Daß die Akten eines öffentlichen Instituts auch öffentlich eingesehen werden können, sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, und so besuchten wir die Professoren Staab und Sundermeyer, um Akteneinsicht zu nehmen. Wiewohl die Professoren die interessanteren Akten bereits vorsorglich in Verwahrung genommen hatten, konnten wir doch aus manchen Funden recht schöne Schlüsse auf die Beeinflussung der Forschung durch das Großkapital ziehen. Durch diese go-ins verschreckt, fanden sich Plieninger (Anorg.-Chem. Institut) und Haxel (II. Physikalisches Institut) bereit, uns eine Aufstellung ihrer Geldmittel und Einblick in die entsprechenden Akten zu geben. Die Streikarbeitsgruppe über "Institutsfinanzierung, Auftragsforschung und Militarisierung der Wissenschaft" nahm dieses Angebot an. Zwar mußten wir damit rechnen, daß wir eventuell Forschungsaufträge nicht zu sehen bekämen, doch konnten wir auf diese Weise wenigstens einen allgemeinen Überblick über die verschiedenen Geldquellen der Institute erhalten.

Ergebnis: Jetzt hatten wir klare Belege für die Fremdbestimmung der Universität, nun konnten wir an konkreten Zahlen nachweisen, daß das "Aversum", d.h. der vom Land kommende reguläre Institutshaushalt bei weitem nicht ausreicht, um die Forschung zu finanzieren, sondern daß die Universität auf Mittel aus "dritter Hand" angewiesen ist: Gelder und Sachmittel der Industrie, der Bundesministerien, der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und ähnlichen Institutionen. In der Chemie wären ohne Gelder der BASF, Freudenbergs und anderer Konzerne höchstens 20 - 30 % der derzeitigen Forschung möglich. Durch kostenlose Chemikalienlieferungen der BASF wird eine besonders umfangreiche präparative Arbeit ermöglicht, die für die Industrie wesentlich interessanter ist als theoretische Forschung. Die physikalische Forschung, die auf große technische Apparaturen (Zyklotron, C14-Labor, etc.) angewiesen ist, wäre ohne die projektgebundenen (!) Gelder des Bundesinnen- und des Forschungsministeriums völlig undenkbar.

Unter den Akten des II. Physikalischen Instituts fanden wir auch die Bewilligungsbedingungen für Zuschüsse des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung. Darin war festgelegt, daß alle patent- oder urheberrechtlichen Nutzungsrechte unentgeltlich und übertragbar (!) an den Bund und auf Verlangen des Bundes zu "angemessenen" Bedingungen an "Dritte" mit Sitz in der BRD (also wohl an die Industrie) abgegeben werden müssen. Wie die Ministerien, die DFG und ähnliche Stiftungen mit der Industrie verflochten sind, und über welche Kanäle die Konzernbosse also die Forschung dirigieren, darüber haben wir zuvor theoretisch gearbeitet.

Somit bot sich uns folgendes Bild von der Wissenschaft in der heutigen Gesellschaft dar: Obwohl die Konzerne bereits über große eigene Forschungslabors verfügen, können sie doch nicht darauf verzichten, auch die Einrichtungen der Universitäten in ihren Dienst zu spannen, denn auf diese Weise gelingt es, die Unkosten für Bau und Grundausstattung der Laboratorien zu sozialisieren, die Gewinne aus den Forschungsergebnissen aber in den privaten Säckel fließen zu lassen. Vor allem bei der physikalischen Forschung, die auf riesige Apparaturen angewiesen ist, erwies sich dieses Verfahren als notwendig, so daß schließlich das BMvF eingerichtet wurde, das durch Festlegung von Schwerpunktprogrammen dafür sorgt, daß vor allem solche Forschung betrieben wird, die einen hohen Ertrag an industriell verwertbaren "Abfallprodukten" in Form von Neuerungen etwa auf den Gebieten der Elektronik oder der Materialbearbeitung abwirft. Durch die oben angeführten Bewilligungsbedingungen wird sichergestellt, daß die Industrie auch ohne Schwierigkeiten in den Genuß dieser Erfindungen kommt. So finden wir Habermas bestätigt, wenn er schreibt: "...die technische Entwicklung (ist) mit dem Fortschritt der modernen Wissenschaft rückgekoppelt worden. Mit der Industrieforschung großen Stils wurden Wissenschaft, Technik und Verwertung zu einem System zusammengeschlossen. Sie verbindet sich inzwischen mit einer staatlichen Auftragsforschung, die in erster Linie den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt auf militärischem Gebiet fördert. Von dort fließen die Informationen in die Bereiche der zivilen Güterproduktion zurück. So werden Technik und Wissenschaft zur ersten Produktivkraft." (J.Habermas, "Wissenschaft und Technik als 'Ideologie'" Ed. Suhrkamp, Bd. 287, S. 79).

Diese "Produktivkraft Wissenschaft" war also der Bereich, auf den unsere Theorie und Praxis abzielte. Hier hatte die nat.-math. Basisgruppe ein Feld, auf dem sie Theorie in Praxis umsetzen und schon durch so einfache Forderungen wie der klassisch-liberalen Forderung nach Öffentlichkeit das kapitalistische System angreifen konnte. Dadurch konnte die Basisgruppe der Gefahr entgehen, der die Institutsgruppen der Phil.-

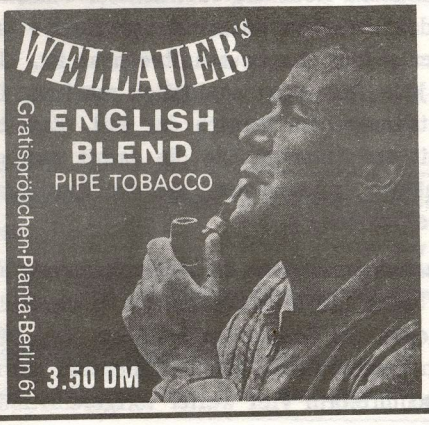
Fak. zu erliegen drohten, nämlich nicht über die Praxisferne theoretisierender Zirkel hinauszukommen. Da die Naturwissenschaften selbst bereits in die Produktionssphäre integriert sind, braucht hier der Kampf gegen den Kapitalismus nicht aus den Instituten hinauszugehen.

Allerdings erwies sich die Mobilisierung der Studentenschaft und die Organisation der Basisgruppe an der nat.-math. Fakultät noch nicht stark genug, um alle daraus resultierenden Konflikte konsequent auszutragen: Als wir die Universitätsbürokratie aufforderten, uns Einblick in den Haushaltstitel 323 (Beiträge Dritter) zu gewähren, diese aber erst ängstlich Rücksprache mit dem KuMi nahm und uns schließlich nicht einmal gestattete, unter Beisein eines Ordinarius - wofür sich Plieninger bereit erklärte - diese Akten zu sehen, waren wir nicht in der Lage, die berechtigte Forderung nach Öffentlichkeit durch ein go-in zu realisieren. Ebensowenig konnten wir uns den nötigen Akteneinblick verschaffen, als Haxel die Sitzungsprotokolle der Max-Planck-Gesellschaft und des vom Landes-Wirtschaftsministerium veranstalteten "Gesprächskreises Wirtschaft und Wissenschaft" zu seiner "Privatsphäre" rechnete und uns die Einsichtnahme verwehrte.

Die Schwierigkeit, die Studenten der nat.-math. Fakultät zu mobilisieren, hängt ebenfalls mit dem Produktivkraftcharakter der Naturwissenschaft zusammen: Inhaltlich auf zweckrationales Handeln hin ausgerichtet, kann die Naturwissenschaft nicht in der Form kritisiert werden, wie die Geisteswissenschaften, die leicht als Verschleierung und Scheinrechtfertigung des herrschenden Systems zu entlarven sind. Die Mobilisierung der Studenten kann also nicht durch inhaltliche Kritik der Vorlesungen und Seminare geleistet werden, und die fachliche Autorität der Professoren kann nicht wie in der Phil. Fak. untergraben werden, indem man den Professor als bürgerlichen Ideologielieferanten bloßstellt. Gerade an der Sachautorität des Professors wird aber die manipulative Wendung technologischer Rationalität zu gesellschaftlicher Irrationalität deutlich: die fachliche Autorität erhält die Funktion, die Repressionen, die die Professoren durch Scheine, Klausuren und Prüfungen ausüben, als "sachlich begründet" erscheinen lassen. Darüber hinaus erzeugt die fachliche Autorität vor allem bei den Anfangssemestern eine psychische Fixierung auf den Vaterersatz Professor, die sie auch ohne unmittelbare Repressionen an das Studium kettet.
Es war ein Fehler der Basisgruppe, daß sie diese Dialektik von rationaler Sachautorität und irrationaler Amtsautorität nicht in Form einer Prüfungskampagne in die Streikvorbereitung mit aufgenommen hatte. So brauchten die Professoren nur mit dem Schein zu winken, und schon stimmte die Vollversammlung - ohnedies bereits befallen von der Angst vor der eigenen Courage, mit der sie noch eine Woche vorher so kühn für den Streik gestimmt hatte - für den Abbruch des Streiks. Da die Vollversammlung den baldigen Schluß der Debatte erzwang, war es nicht mehr möglich, diese Aufklärung nachzuholen, obwohl sich doch gerade daran, daß die Professoren Scheine und Klausuren als Repressionsmittel gegen streikende Studenten benützten, besonders einfach aufzeigen ließ, daß diese Scheine als Mittel irrationaler Herrschaft dienen.

An dieser mangelnden Aufklärungsmöglichkeit zeigen sich auch die Grenzen, die einem aktiven Streik als Kampfmittel der politischen Studenten gesetzt sind:
Die Lahmlegung des regulären Lehrbetriebs verursacht die Isolation der engagierten Avantgarde von der Masse der nur passiv streikenden Studenten, die nun nirgends mehr angesprochen und agitiert werden kann. Dadurch verliert der Streik seine mobilisierende und organisierende Funktion, und es können nicht einmal mehr Repressionen der Herrschaftsseite aufklärerisch gewendet und angemessen erwidert werden.

Rechtshilfefonds Volksbank 9980



Es lohnt sich, zum
Burgkeller
zu gehen.

Heidelberg
Hauptstr. 171

GUT
PREISWERT
UNINÄHE

E. Spingler
Ludwigshafen
Tel. 515066

Basisgruppe Medizin

Analyse des aktiven Streiks an der Med. Fak.

Bei einer nachträglichen Analyse des aktiven Streiks an der Med. Fak. braucht man sich nicht mehr vom Zwang zur Agitation leiten zu lassen, d.h. die Ergebnisse des Streiks müssen vor allem unter dem Aspekt betrachtet werden, welche Fehler von den politischen Medizinstudenten gemacht worden sind. Wichtig ist gerade in Hinblick auf eine längerfristige Perspektive, Strukturen, die sich während des Streikverlaufs ergaben, dingfest zu machen und diese als konkrete Erfahrungen in eine politische Konzeption für die weitere Arbeit an der Med. Fak. zu verwenden.

Fassen wir hierzu kurz noch einmal den Streikverlauf zusammen:
Auf einer Mediziner-Vollversammlung (mit über 1000 Medizinstudenten) wurde mit überwältigender Mehrheit von den Medizinern der aktive Streik beschlossen. Am Tag darauf wurde der Hörsaal der Ludolf-Krehl-Klinik zum Zentrum für Streikinformation erklärt, was einer Besetzung gleichkam. Im Bamberger Haus wurde eine Streikzentrale eingerichtet. Es zeigte sich anfangs in den Lehrveranstaltungen, daß die Mediziner dem Streik hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt zugestimmt hatten, das Ordnungsrecht dadurch zu verhindern. Diese Fixierung auf das Ordnungsrecht wurde von Ordinarien und rechten Studenten verbal gefördert. Dabei leugneten sie den Zusammenhang von Ordnungsrecht, GO, Approbationsordnung und der gesellschaftlichen Entwicklung in der BRD.

Wenn es auch nicht durchweg gelang, den - immerhin nur durch langen Lernprozeß einsehbaren-Zusammenhang zwischen Ordnungsrecht und der Entwicklung in Spätkapitalismus zu vermitteln, so wurden die Zusammenhänge in universitärem Bereich sehr bald eingesehen. Die Studenten verstanden, daß die Forderung nach frühzeitiger Scheinvergabe, Absetzung unnützer Lehrveranstaltungen und Abschaffung bzw. Milderung von Klausuren gerade im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Ordnungsrechts vernünftige Forderungen waren. Ungefähr eine Woche lang gelang es, in sämtlichen Lehrveranstaltungen die Streikinhalte zu diskutieren, manchmal mit Zustimmung, meistens aber gegen den Willen der Ordinarien.

Auch an der Med.Fak. war es die Strategie des Lehrkörpers, die Streikbewegung auf Watte laufen zu lassen, solange sie ungefährlich blieb. Erst als die Absicht, die Studenten auf das Ordnungsrecht zu fixieren, und damit das Ziel des Mechanismus: mit dem Schlimmsten das ein bißchen weniger Schlimme zu rechtfertigen, fehlschlug, zeigten sich unwillige Reaktionen. Liberale Professoren, die auch unter den Streikbedingungen die Scheine vergeben wollten, wurden vom Dekanat und der reaktionärsten Fraktion unter den Ordinarien unter Druck gesetzt. Man bediente sich auch der Ordnungsmittel, die man bereits jetzt besitzt. Einem (Ferner) war solch heimliches Getue zu lahm. Als im Streik alle Studenten mit ihm zum ersten Mal über seine bisher autokratische Herrschaft im Institut diskutieren wollten, fiel seine liberale Maske herunter. Was hervortrat waren Aussperrung aller Studenten, Hausverbote , Anzeigen gegen Studenten für die politische Justiz, übelste Denunziation, Drohung mit der Schußwaffe. Derjenige, der nur die "Rechte" eines Ordinarius voll demonstrierte, wurde zum schwarzen Schaf. Geschwind fanden sich andere, eine Kommission zu bilden, um den Fall mit kollegialem Anstand zu regeln. Politische Studenten, die den Streik trugen, ließen sich beschwatzen und traten diesem Verein bei. Ferner jedoch errang einen (hoffentlich!) Pyrrhus-Sieg, indem jeder Ansatz von studentischer Mitbestimmung unterdrückt blieb. Nicht viel später beschloß eine 2. Mediziner-Vollversammlung mit knapper Mehrheit, den Streik auszusetzen.

Wenn wir während des aktiven Streiks von einem erfolgreichen Einbruch in die med. Fakultät sprachen, so geschah dies nicht, um irgendwelche Enttäuschungen an anderen Fakultäten zu verdrängen. Schließlich muß man die Streikbewegung hier aus einer ganz spezifischen Ausgangssituation begreifen. Von den Philosophen als reaktionär und borniert verspottet, galt sie als quasi uneinnehmbare Hochburg reaktionärer Studenten. Eine wichtige Erfahrung, die wir machten, bestand also darin, daß zwischen Naturwissenschaften - unpolitisch-reaktionär zwar ein Zusammenhang besteht, daß dieser aber jedoch durchaus aufbrechbar ist. Unpolitische Einstellung begründet nicht immer rigide Vorurteile, die jede Diskussion unmöglich machen. Im Gegenteil: Im Gegensatz zu Diskussionsforderungen in Lehrveranstaltungen im Bereich der phil. Fakultät (Conze etc.), wo bei solchen Forderungen die Identifizierung mit der Autorität und die damit verbundene eigene Ich-Schwäche oft in hysterisches Wutgeheul (SDS raus) mündet, stießen die, die den Streik in der Med. Fak. aktiv führten, auf weit weniger tiefsitzende Abwehrreaktionen.

Der erste kritische Punkt im Streikverlauf war es, den Zusammenhang zwischen der Disziplinierung am Arbeitsplatz und den Disziplinierungsmaßnahmen des Staates im Sinne der technokratischen Hochschulreform allgemein herzustellen. Hier wurde eine qualifizierte Stellung gegen die Ordinarien bezogen. Die Vermittlung gelang, weil sie über die Charakterisierung der bestehenden Lehrveranstaltungen einsichtbar gemacht werden konnte. (In der Med. Fak. ist die technokratische Hochschulreform viel weiter fortgeschritten als in der Phil.Fak.)

Das Ordnungsrecht war ja auch für die Mediziner wesentlich abstrakter, weil es innerhalb ihrer Veranstaltungen erst zu wenigen Aktionen kam, die den Tatbestand einer "Störung" erfüllten. Daß die These, daß der Protest vieler Studenten nicht mehr emotional auf das Ordnungsrecht ausgerichtet war, richtig ist, bewies ein zweites teach-in, bei dem sich 300 Studenten für Fortführung des Streiks aussprachen, nachdem die Rechten den gleichen Affentanz anfangs ausführten wie später dann auch erfolgreicher auf anderen Vollversammlungen (Jur. Fak.). Das heißt: die 300 Studenten sahen den Streik als Grundlage dafür an, daß im Widerstand gegen Ordnungsrecht und AO, langfristig gesehen, die Selbstbestimmung der Studenten am Arbeitsplatz beginnen kann. Es zeigte sich, daß die permanente Diskussion, selbst oder gerade weil sie sich im wissenschaftsimmanenten Rahmen hielt, Erfolg hatte. Dieser Erfolg ist aber erst dann als solcher zu definieren, wenn er eine längerfristige politische Perspektive an der Med.Fak. impliziert. In dieser Hinsicht bekommt die Kritik des Streiks einen entscheidenden Stellenwert. Sie hat Ergebnisse zu liefern, die eine längerfristige Perspektive inhaltlich füllt. Dies können wir bis jetzt nur im Ansatz leisten:

Einige Schwächen seien hier angesprochen:

1. Es gelang nicht, die Initialfunktion derer, die den Streik aktiv geführt haben, auf andere Studenten zu übertragen. Vorlesungen fanden immer dann statt, wenn keiner von uns die Forderung nach Diskussion stellte. Hier wird einmal mehr erschreckend klar, welche psychischen Zwänge durch die bisherigen Lernformen an der Universität sich durchsetzen.

2. Es gelang nicht, den Konflikt am Anatomischen Institut politisch weiterzutreiben. Daß ein Ordinarius durch Hausverbot das Ordnungsrecht anwendet, mit der Schußwaffe droht und das Blaue vom RNZ-Himmel lügt, jetzt weiter"lehrt", als sei nichts geschen, ist allerdings ein schwerer Fehler.
Hier wurde die Gefahr deutlich, daß eine Strategie, die einseitig auf Mehrheiten-Politik basiert, im entscheidenden Moment lähmend sein kann. Anstatt die propagierte Selbstorganisation der Studenten selbst zu praktizieren, geht man in Kommissionen, nur aus Legitimationsängsten vor den Studenten, obwohl wir längst wissen und nachweisen können, daß solche Kommissionen nur demobilisierende und verschleiernde Funktionen haben können.

3. Es wurden von uns im Streik keinerlei Aufklärungs-teach-ins, z.B. zur technokratischen Hochschulreform, zu AO und GO, zu Disziplinarordnungen im Vergleich zum Ordnungsrecht und vor allem nicht zur Kritik des Parlamentarismus initiiert.
Gerade die inhaltliche, intensiv vorbereitete Analyse und Kritik des Parlamentarismus wäre unbedingt notwendig gewesen, um unsere Strategie des Widerstandes an der Basis im Gegensatz zum parlamentarischen Weg einleuchtend klar zu machen.

4. Die von uns propagierten autonomen Arbeitsgruppen waren inhaltlich bestimmt aus einer unreflektierten "revolutionären Arroganz." Die Diskussion über die Initiierung von Arbeitsgruppen zur Mobilisierung von verunsicherten Studenten statt der Proklamierung eines politischen Arbeitsgruppen-Programms zur Politisierung für die bereits mobilisierten Studenten wurde in der Projektgruppe Medizin während des Streiks kaum geführt. Die Konsequenz dessen war der Schwimmbadstreik fast aller Studenten und die Funktionsunfähigkeit von den meisten propagierten autonomen Arbeitsgruppen.

Trotzdem ist der Erfolg schon deswegen relevant, weil er eine Verbreiterung der politischen Basis unter den Studenten zur Folge hatte. Angesichts der Maßnahmen, die auf uns zukommen, sollten wir auf solche Schutzfunktion nicht verächtlich herabblicken.

Der Anfang zur Verbreiterung unserer Basis an der Med. Fak. wurde gemacht. Es gilt, das Erreichte zu festigen und auszubauen, indem man es mit konkreten politischen Inhalten füllt.

Alles für's Kolleg
Einlagen A 5 50 Blatt —,40 100 Blatt —,70
A 4 80 Blatt 1,55
Ringbücher mit Einlagen
Karteikarten A 7 100 Stck. 1,—, A 6 100 Stck. 1,60, A 5 100 Stck. 2,70
Füllhalter, Kugelschreiber, Qualitätsminen, Briefpapier
Papier-Dülisch
Heidelberg - Hauptstraße 122, bei der Universität - Telefon 2 28 34

Dissertationen
druckt
von DIN A 4 - Vorlage
auf DIN A 5 - Format
BÖNECKE
3392 Clausthal-Zellerfeld
Fach 29 Ruf 05323 525

bei Expl.=	DM pro Seite
70	3,--
100	3,20
150	3,45
200	3,60
300	4,30

●Raster billigst !●
Angebot anfordern

Basisgruppe Soziologie

DIE AUFGABEN DER STUDENTEN IN EINER SICH NEU FORMIERENDEN ARBEITERBEWEGUNG UND WIE DIE HEIDELBERGER SOZIOLOGEN SIE ZU LÖSEN VERSUCHEN !

Es ist bereits zum Gemeinplatz geworden, daß eine wie immer geartete "Autonomie" der Universität nicht möglich ist. Für die kritischen Studenten ergab sich u.a. dann die Notwendigkeit, den Kampf gegen die kapitalistische Organisation der Produktivkräfte aufzunehmen, als sie erkannt hatten, daß die "Mißstände" an der Uni und später die technokratische Hochschulreform durchaus in der Logik des Spätkapitalismus liegen. Spätestens da aber, wo sich der moralische Protest gegen den Vietnamkrieg und der beleidigte Pluralismus mancher Studenten politisch zu artikulieren begannen und die Gesetzmäßigkeit der verschiedenen"Entgleisungen"erkannt wurde, mußte dieser Protest zum tendenziell sozialistischen Kampf werden. Dieser aber muß, will er nicht zum Terrorismus oder zum (zudem noch auf die Hochschule beschränkten) Reformismus verkommen, über die Universität hinausgreifen. Er muß die Klasse wieder mobilisieren, deren historische Mission die sozialistische Revolution ist, die allein die Ziele, die eine Studentenbewegung allenfalls benennen kann, zu verwirklichen imstande ist.

Indem

In dem Maße aber, wie die Rekonstruktion der Arbeiterbewegung fortschreitet, verliert die Studentenbewegung ihre bisherige Funktion als "die" sozialistische Opposition in Westdeutschland: sie wird den Platz einnehmen, der ihr innerhalb einer wahrhaft sozialistischen Bewegung - und das heißt immer eine Bewegung des Proletariats - allein zukommen kann, nämlich den Platz eines Verbündeten des Proletariats, wobei keinem Zweifel unterliegen dürfen, wem hier die Hegemonie innerhalb der kommenden sozialen Bewegung zusteht. Es wird geradezu ein Maßstab für den Fortschritt unserer sozialen Bewegung sein, in welchem Maß die Studenten ihre bisher führende Rolle an die Arbeiterklasse abgeben werden. Den sozialistischen Studenten fallen in dieser Sitaution immer noch sehr wichtige Aufgaben zu: sie müssen versuchen, ihre Wissenschaft dem Kampf des Proletariats nutzbar zu machen. So allein kann der langfristige Stellenwert der Uni für die sozialistische Bewegung in den Metropolen bestimmt werden.

Die Situation in Heidelberg: Die Hochschulrevolte wie auch die sozialistische Bewegung haben eine, wenn auch nicht quantitative, so doch qualitative Schwelle erreicht, wo im wesentlichen folgende Möglichkeiten der weiteren Entwicklung bestehen: Die Möglichkeit einer "effektiveren" Vertretung der studentischen Interessen an der Hochschule, d.h. der reformistische Weg, unter Aufgabe der bisherigen aktionistischen Politik; der terroristische Weg, wobei Terrorismus die Waffe einer radikalen kleinbürgerlich-intellektuellen Minderheit wäre, die keine Chance sieht, in Verbindung mit den Massen zu treten; der eigentlich sozialistische Weg, der darin bestehen muß, den Kampf wieder in die Arbeiterklasse zu tragen und d.h. Rekonstruktion der Arbeiterbewegung und Integration der sozialistischen Studenten in sie.

In Heidelberg besteht eine organisierte Betriebsarbeit seit ca. 1 1/2 Jahren. Dem Augenschein nach ist im letzten Winter und danach ein erster Einbruch von einiger Relevanz in die Betriebe gelungen. Der Erfolg der Propaganda (Flugblattagitation wie auch unsere Aktionen in der Stadt) läßt sich aber nur in sehr diffuser Weise fassen. So besteht bei der zentralen Betriebsprojektgruppe (Betriebsbasisgruppen und Kontaktgruppen bestehen dezentralisiert in einzelnen Betrieben) ein Bedürfnis nach zuverlässigeren Informationen über Erfolg oder Mißerfolg der bisherigen Arbeit. Für die Soziologen ergab sich daraus die Aufgabe, eine Untersuchung über den Bewußtseinsstand der Heidelberger Arbeiter durchzuführen, die genauere Information ergeben soll.

Schon während des Winters (nach dem 10.1.) wurde von einigen Soziologiestudenten der Versuch unternommen, eine solche Untersuchung zusammen mit Arbeitern zu organisieren und durchzuführen. Wir versuchten zunächst, in Gruppendiskussionen mit politisierten Arbeitern in unserem Institut die Untersuchung vorzubereiten. Zwar verliefen die 2 Diskussionen, die stattfanden, sehr gut, aber das Projekt scheiterte vorläufig Anfang Februar, als die meisten Genossen sich zu sehr auf teach-ins fixierten und die eigentliche Arbeit darüber vernachlässigten. Auch der Versuch, einen theoretischen Arbeitskreis einzurichten, der eine Untersuchung für das SS vorbereiten sollte, lief in individueller Arbeit weniger aus. Im SS gelang es dann, ein Seminar über Betriebssoziologie, das auch eine Untersuchung durchführen sollte, im wesentlichen zu übernehmen. Die theoretischen und einige statistischen Vorarbeiten für unsere Untersuchung konnten hier geleistet werden. In der für uns ziemlich überraschenden Streiksituation beschloss die Institutsgruppe als einzigen autonomen Arbeitskreis dieses Projekt durchzuführen. Es sollte sehr intensiv weitergearbeitet werden, (tägliche Sitzungen) um so schnell wie möglich zu Ergebnissen zu kommen. Zwar spiegelt die sehr dürftige Teilnahme von Soziologen den extrem niedrigen Bewußtseinsstand der Studenten dieses Faches in Heidelberg wider, aber es gelang uns doch innerhalb von 2 Wochen den vorläufigen Fragebogen auszuarbeiten, ihn mit der Betriebsprojektgruppe ausführlich zu diskutieren und die Auswertung der offiziellen Statistik nahezu abzuschließen.

Ziel der Untersuchung kann es nicht sein, "exakte" Daten im Sinne der bürgerlichen Sozialforschung zu erheben. Wenn man davon ausgeht, daß alle Untersuchungen über das "Gesellschaftsbild des Arbeiters" o.ä. seit über 10 Jahren zu etwa denselben Ergebnissen gekommen sind (die nur anders interpretiert wurden), kann für uns nur relevant sein, ob und wie weit unsere Ergebnisse von denen der früheren Untersuchungen abweichen. Das, zusammen mit einigen Kontrollinterviews aus Betrieben, wo nicht agiert worden ist, wird ein grobes, aber aussagefähiges Maß für den Erfolg der Agitation der Betriebsprojektgruppe und zugleich für den Bewußtseinsstand in einzelnen Betrieben abgeben. Auf exakte Daten muß auch schon deshalb verzichtet werden, weil es unsinnig ist, exakt quantifizierbare Ergebnisse zu erhalten, wenn zugleich durch die Art der Befragung Reflexionsprozesse eingeleitet werden sollen. Das erscheint aber u.a. schon deshalb notwendig, als so wenigstens ansatzweise das Objekt aller bisherigen Soziologie zum Subjekt kritischer Wissenschaft werden kann. Zugleich ergibt sich die Möglichkeit einige Daten über die wichtigsten Betriebe zu erheben: Lohn, Überstunden, Arbeitsschutz, Mißstände ... Die Fragen in unserer Untersuchung gehören damit 3 Kategorien an, die sich meist natürlich überschneiden: Informationsfragen, Fragen nach Einstellung - zu Themen, über die Flugblätter und Rote Kommentare verteilt wurden -, Agitationsfragen, d.h. Fragen, die so formuliert sind, daß der Versuch ihrer Beantwortung zu kritischer Reflexion anregt (vgl. hierzu Marx, Fragebogen für Arbeiter, MEW 19). So werden selbstverständlich alle geschlossenen Fragetypen für unseren Fragebogen ausgeschlossen. Wegen des Ziels unserer Untersuchung (auch Agitation) wäre es falsch, mit den Herrschenden an der Uni etwa in der Weise einen Pakt zu schließen zu versuchen, als man sich um eine institutionelle Absicherung bemüht. Das vor allem deshalb, weil es von vornherein unmöglich ist im Betrieb zu interviewen, wo man u.U. solche Hilfe gebraucht hätte. Außerdem erscheint es uns richtiger, wenn die Interviews mit diesemlinken Fragebogen von solchen gemacht werden, die versuchen, ihre politische Überzeugung zu verbergen. Dazu kommt natürlich, daß Unpolitische diese Interviews schlicht nicht durchführen können, weil es hierzu notwendig ist, den Sinn der Fragen zu verstehen, gegebenenfalls nachzufragen etc. Direkt im Anschluss an den Streik begannen wir mit dem Vortest, in dessen Verlauf ca. 50 Interviews durchgeführt werden sollen. Die Fragen wurden, soweit sich das absehen läßt, im allgemeinen überraschend gut verstanden und oft ausführlich beantwortet. Dabei zeigte sich bis jetzt, daß bei den Arbeitern, wenn die Agitation der Betriebsprojektgruppe sie nicht oder nur spärlich erreichte, ziemlich weitgehende Klarheit über ihre Lage bestand. Bei denen, die nicht oder kaum Flugblätter etc. gelesen hatten, zeigte sich aber jene Hilflosigkeit und Resignation, die im wesentlichen schon in früheren Studien beschrieben wurde. Bis jetzt ist noch nicht abzusehen, wie die Situation in den Betrieben, vor denen regelmäßig Flugblätter verteilt werden, ist. Dazu wird es nötig sein gezielt Adressen zu sammeln, um diejenigen zu erreichen, die wirklich über Erfolg und Mißerfolg der Agitation Auskunft geben können.

Schon während der Vorarbeit zum jetzigen Fragebogen ergab sich die Notwendigkeit möglichts bald wenigstens 3 weitere Untersuchungen durchzuführen: spezifische Untersuchungen über Lehrlinge und Gastarbeiter und eine Untersuchung über proletarische Familien. Letztere ist vor allem deshalb wichtig, weil vermutet werden kann (aber bisher Genaueres völlig unbekannt ist), daß innerhalb der Familie (Großfamilie) in der Arbeiterklasse viele wichtige Entscheidungen gefällt werden, etwa über Fortführung oder Abbruch von Streiks etc. Es ist unmittelbar einsichtig, daß es notwendig ist, diese Entscheidungs- und Meinungsformungsstrukturen zu kennen, um die Agitation darauf einzurichten, sowie die Taktik in einer Phase, wo dies durch offenen Kampfmaßnahmen der Arbeiter selbst nötig wird.

Eine erfolgreiche Untersuchung in Heidelberg kann in anderen Städten wiederholt werden, vor allem dann, wenn dort einige Zeit in den Betrieben gearbeitet worden ist. Zugleich kann auf diesem Weg versucht werden, Basisarbeit dort zu initiieren, wo sie noch nicht geleistet wird. Die Auswertung der Statistik kann hier ebenfalls von Nutzen sein.

Projektbereich Betriebs- und Stadtsoziologie

Social Movement Project

Die drei Personen, die in Heidelberg mit dem "social movements project" (Untersuchung sozialer Bewegungen) der US Air Force in Verbindung standen, fühlen sich ertappt. Obwohl das Projekt in seinem Deutschland-Zentrum Mannheim schon zu Anfang des Sommersemesters 1969 aufgeflogen war, reagierte der in Air-Force-Dokumenten namentlich erwähnte Privatdozent Dr. Horst Reimann ("Direktor der Abteilung Kommunikationsforschung") erst, als er merkte, daß auch in Heidelberg Studenten dem Projekt auf die Schliche gekommen waren, Nachdem er ein Mitglied der Institutsgruppe zufällig mit einem der Dokumente unterm Arm angetroffen hatte, verweigerte er den Mitarbeitern des Projekts die weitere Benutzung der Arbeitsräume, die er ihnen im Institut besorgt hatte, angeblich ohne von irgendetwas zu wissen,

Zitat Info:

"Die Genese des "Social Movement Project" geht zurück auf globale strategische Erwägungen der amerikanischen Konterstrategen. Anhand von historischen, quantitativen und qualitativen Inhaltsanalysen bzw. Einzelfallstudien sollen
a) das methodische Rüstzeug für die strukturelle Erfassung jeglicher Form von Protestverhalten erprobt werden
b) die konkreten "strukturellen Bedingungen" und "institutionalisierten Verhaltensmuster" (Final Report of the China Study I, August 1968, Pittsburg, S. 5) analysiert werden, um ein Modell zu erstellen, das die Voraussage für den Ablauf gegenwärtiger politischer Protestbewegungen ermöglicht." (a.a.O. S. 5)
Die "social-movement-study" registriert mit größter Sorgfalt sowohl jegliche Äußerung von Protest als auch das ihm entsprechende staatliche Kontrollverhalten."

Dabei wird u.a. Nachdruck auf staatliche Vorbeugemaßnahmen und erste keimhafte Formen des Protests als mögliche Vorläufer von organisierten sozialen Bewegungen gelegt. Eine besondere Karteikarte wird z.B. über "aufreizende Reden" eines Einzelnen angelegt. Weiter wird registriert, wieviel Leute notwendig waren, um eine Zeche zu besetzen, Gefangene aus Polizeigewahrsam zu befreien, die entsprechenden staatlichen Gegenaktionen durchzuführen, u.a. mehr.

Zitat Info:

"Exemplarische Untersuchungen wurden an je einem westlichen Land (West-Deutschland) und einem östlichen Land (China) für den selben Zeitraum vorgenommen. Ca. 31 000 Vorkommnisse wurden für China für diese Periode registriert und ausgewertet. Ziel für beide Untersuchungen ist die: "exploration for a manageable strategy to study contemporary major ideological movements, i.e. the republican and communist revolutions in the Chinese case, and the communist and Nazi movements in the German case, and other societies." (China Studies I, S. 32)

In Mannheim und Heidelberg arbeiten die Beteiligten nicht als "Privatmenschen" an der Studie, sondern die Kooperation mit der Universität Pittsburgh läuft explizit über die soziologischen Institute. Heidelberg wurde deshalb ausgewählt, weil sich hier ein relevanter Teil des Quellenmaterials, nämlich die "Frankfurter Journale", befindet, der "freundlicherweise vom Direktor der Abteilung Kommunikationsforschung Dr. Horst REIMANN" (a.a.O., S. 35) zur Verfügung gestellt wurde.

Außerdem wird z.Zt. die "Augsburger Allgemeine Zeitung" ausgewertet. Konzipiert ist weiterhin die Auswertung der "Vossischen Zeitung" und der "Kölnischen Zeitung" (verfügbar am Institut für Zeitungswissenschaft in Dortmund) und von Archivmaterial, wie Regierungs- und Gerichtsberichten.

Bei der Auswertung geht man so vor, daß "wichtige Vorfälle" aus den Zeitungen auf Karteikarten exzerpiert werden, und dann, mit bestimmtem Kodifizierungsziffern versehen, auf Code-Blätter übertragen werden, die dann per Computer ausgewertet werden. Der Code, erstmals angewandt in der "China Study" (1968), wurde den deutschen Mitarbeitern vorgelegt und von ihnen zum Zwecke der immer weiteren Verfeinerung jetzt bereits zum vierten Male modifiziert.

Mit Wissenschaft hat der Heidelberger Teil des Projekts wenig zu tun.

Für ihre Fleißarbeiten bekommen alle deutschen Mitarbeiter 3 Jahre lang 520,- DM im Monat aus dem Etat der Air Force ausbezahlt. Die Finanzierung läuft in Form einer Zuwendung ("grant") ohne bestimmte Auflagen im Einzelnen, was natürlich auch gar nicht nötig ist, da Ziel und Rahmen des Vorhabens ohnehin feststehen."

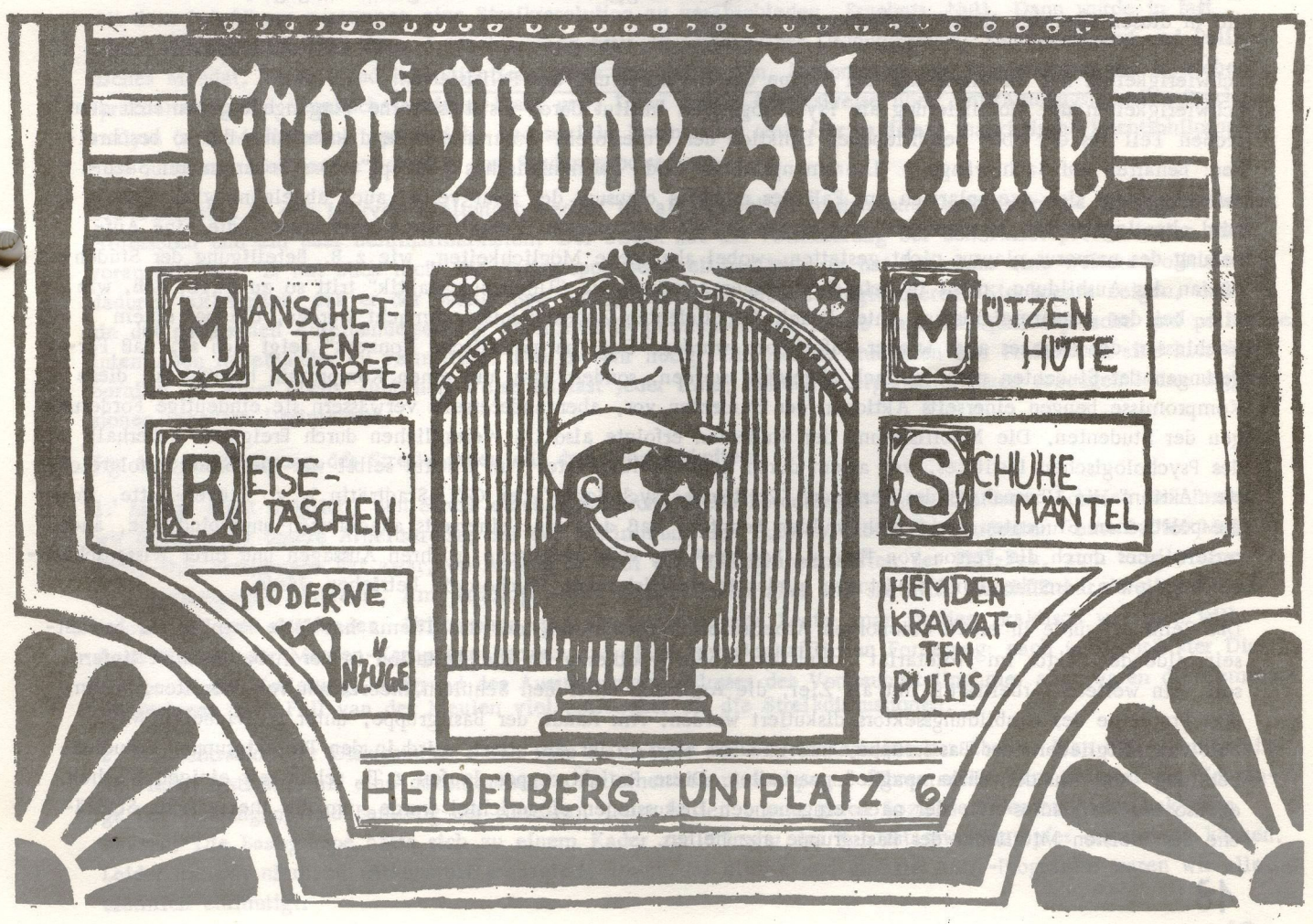
Das Ziel dieser Studie, eine allgemeine Theorie der Eindämmung jeglicher sozialer Emanzipationsbewegung aufzustellen, ist zunächst ambivalent: Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als könnten beide Kontrahenten in einer sozialen Bewegung (z.B. Konterstrategen und sozialistische Studenten) gleichermaßen Nutzen aus einer solchen Theorie ziehen; die einen, indem sie direkt daraus ihre Strategie ableiten, die anderen, indem sie mögliche Implikationen einer solchen Theorie zu vermeiden trachten. Wissenschaft, die zur technologischen Verfügbarmachung irgendwelcher Prozesse geworden ist, gibt sich immer neutral. In Wahrheit dient sie natürlich immer denen, die die Macht haben, Technologie sich praktisch nutzbar zu machen. Diejenigen, die gegen den US-Imperialismus kämpfen, haben nicht die finanziellen Mittel, Agrostädte u.ä. zu bauen, d.h. sie haben nicht die reelle Möglichkeit, sich technologisch verfügbare Prozesse praktisch nutzbar zu machen.

Wissenschaft ist genausowenig wie die Universität aus den gesellschaftlichen Verhältnissen, unter denen sie existiert, herauszulösen, d.h. unterm Kapitalismus; sie hat ganz bestimmte Funktionen im Verwertungsprozeß des Kapitals und zur Verteidigung der Interessen, insbesondere der Herrschaftspositionen, der Bourgeoisie. Seit

Anfang der sechziger Jahre ist der Kapitalismus sowohl in seinen Heimatländern (bes. Pariser Mai!), als auch in den Ländern, die zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Weltherrschaft in der heutigen Form unbedingt notwendig sind, akut bedroht. Projekte wie "Camelot" oder das "Social Movement: Project" stellen die Gesellschaftswissenschaften in den Dienst der Verteidigung kapitalistischer Herrschaft, indem sie helfen, Konterstrategien auf eine wissenschaftliche Basis zu stellen. Unter diesen Umständen muß der Wissenschaftler entscheiden, auf welcher Seite er arbeiten will. "Unpolitische" werden allerdings naturgemäß dem Unterdrückungsapparat eingegliedert; auf der anderen Seite werden nur die stehen, die diesen Unterdrückungsapparat analysiert und sich entschlossen haben, ihn zu bekämpfen.

Hirschel, Freudendorf und Reimann stellen drei Typen von solchen Wissenschaftlern dar, die sich mit der Herrschaftsseite solidarisieren: Hirschel "weiß was er tut", und wenn man ihn beschuldigt, findet er das eher komisch: "So sind halt die Herrschenden". Freudendorf möchte sich auf einfache Art, "unpolitisch" wie er ist, noch ein bißchen mehr Geld verdienen. Daß viel Geld halt nur von einer bestimmten Seite kommt, ist das Pech derer, die so auf Freudendorfs Dienste verzichten müssen. Reimann macht eine politische Frage zur ästhetischen: "Ich nehme lieber Geld von der DFG als von der Air Force". Außerdem wußte er von nichts, obwohl Einzelinformationen schon seit einiger Zeit kursieren. Wenn das Institut nur nachher von allem Makel "rein" ist, ist es Reimann egal, was weiter passiert. Die Air Force erkannte allerdings ihren wahren Verbündeten; sie läßt Reimann mehrmals für sein großes Entgegenkommen danken (s. China Study).

Die Kräfte, die in Heidelberg das Projekt aufgedeckt haben, haben allerdings kaum die Mittel, seine Fortführung zu verhindern. Selbst wenn es gelingen sollte, das Soziologische Institut daran zu hindern, Hirschel und Freudendorf weiter Material zur Verfügung zu stellen, würde das einer Organisation, wie sie hier offensichtlich vorhanden ist, wenig schaden. Einstweilen kann die Aufdeckung solcher Projekte allenfalls den Nutzen haben, die Herrschaftsseite zu verunsichern, und bei ein paar liberalen Wissenschaftlern mehr Reflexion darüber auszulösen, was sie eigentlich treiben.



Basisgruppe Psychologie

Die Basisgruppe Psychologie entstand im Anschluß an den Polizeiüberfall auf den AStA im Januar. Sie besteht aus einem arbeitenden Kern von 10-15 Leuten, zur relativ passiven Peripherie der Basisgruppe sind in etwa weitere 15 Studenten zu rechnen.

Die Arbeit der Basisgruppe verzögerte sich am Anfang durch langwierige Diskussionen um ihr Selbstverständnis, wobei die gegensätzlichen Positionen durch "sozialistische Politik" einerseits und "liberales Auffangbecken" auf der anderen Seite zu kennzeichnen sind. Die liberalen Studenten, die sich im "Arbeitskreis Dialog mit der Bevölkerung" organisiert hatten, verließen schließlich die Basisgruppe.

Institutsinterne Arbeit: Wesentliches strukturierendes Merkmal der Basisgruppenarbeit war über lange Zeit hin die alleinige Fixierung der Basisgruppe auf institutsinterne Arbeit, vor allem auf die seit Mai 1968 bestehenden Institutskonferenzen. In diesen Institutskonferenzen saßen seit ihrem Beginn linke oder halblinke Studentenvertreter. Das hatte einen Vorteil, nämlich die Gewährleistung einer gewissen Kontinuität in der Arbeit, was sich u.a. in regelmäßigen Basisgruppensitzungen und Vollversammlungen ausdrückt.

Das Einlassen der Studenten auf Institutskonferenzen ist aus der Struktur des Psychologischen Institutes zu erklären, vor allem aus der Stellung der beiden Ordinarien, die unter den Professoren zum liberalen Flügel zu rechnen sind. Die Hoffnung der Studenten war, den Ordinarien entweder Freiräume abzuringen oder andererseits eine Kluft zwischen liberalem Anspruch und nicht-liberalem Handeln aufzuzeigen und zu vermitteln. Diese Politik ist im wesentlichen gescheitert, als einziges wesentliches Ergebnis konnten die Studenten auf parlamentarischem Weg nur durchsetzen, daß für studentische Arbeitskreise Scheine vergeben werden.

Die Institutskonferenzen hatten eine integrierende Funktion, die "Institutsvertreterpolitik" führte zur Entpolitisierung und Apathisierung der anderen Studenten, was auch mit dem weitgehenden Fehlen von Aktionen am Psychologischen Institut in Beziehung steht. Positive Seiten dieser Politik sind einerseits in einer Kontrollfunktion zu sehen, das heißt z.B., daß Assistentenstellen nicht mehr heimlich auszuhandeln sind wie früher und allgemein, daß die Vorgänge am Institut transparenter geworden sind, und andererseits in der Möglichkeit, bei einem Boykott der Grundordnungsgremien durch die schon über längere Zeit hin bestehende Willensbildung der linken Institutsvertreter und der Vollversammlungen leichter eine Gegenmacht gegen Reaktionäre, die in diesen Gremien sitzen, aufzubauen.

Schwierigkeiten der Mobilisierung und Beginn der Organisierung der Politisierten:
Schwierigkeiten der Mobilisierung am Psychologischen Institut durch institutsinterne Vorgänge ergaben sich zum großen Teil aus der oben beschriebenen Funktion der Professoren. Zusammenfassend kann man das so beschreiben: Beharren auf Sachzwängen, "Umarmungstaktik" und "harmonistisches Konzept". Das Beharren auf Sachzwängen zeigt sich exemplarisch am Fall des numerus clausus, der zwar verbal auch abgelehnt wird, dann wird aber legalistisch argumentiert und es werden die vorhandenen Verhältnisse vorgeschoben, die eine Aufhebung des numerus clausus nicht gestatten, wobei aber neue Möglichkeiten, wie z.B. Beteiligung der Studenten an der Ausbildung, nicht in Betracht gezogen werden. Die "Umarmungstaktik" tritt so zu Tage, daß, wie z.B. bei den Januarereignissen, unter Druck der Studenten Zugeständnisse gemacht wurden, die bei einem Nachlassen des Druckes aber wieder aufgehoben wurden. Das "harmonistische Konzept" zeigt sich so, daß Forderungen der Studenten nicht einfach abgelehnt werden, sondern man um einen Kompromiß bemüht ist; diese Kompromisse beugen einerseits Aktionen der Studenten vor, aber andererseits verwässern sie eindeutige Forderungen der Studenten. Die Mobilisierung der Studenten erfolgte also im Wesentlichen durch Ereignisse außerhalb des Psychologischen Institutes, vor allem durch zentrale Konflikte. Am Institut selbst war die bisher erfolgreichste "Aktion" die Übernahme des Seminars "Politische Psychologie" der CDU-Stadträtin W.v. Baeyer-Katte, wo die politischen Studenten nicht mehr dulden konnten, daß dort eine einerseits akademisch-unverbindliche, andererseits aber durch die Person von Frau v. Baeyer-Katte wohl politische in ihren Aussagen und ihrer Wissenschaftsauffassung die herrschenden Verhältnisse eindeutig stabilisierende Psychologie betrieben wurde.

Das Seminar wurde in einen autonomen Arbeitskreis umgewandelt, der das Thema hat "Die Familie als bewußtseinsbildender Faktor im Proletariat", und der Arbeitshypothesen für die Agitation in der Arbeiterschaft liefern soll. Ein weiterer Arbeitskreis hat als Ziel, die Agitation unter den Schülern theoretisch vorzubereiten, indem dort Probleme des Ausbildungssektors diskutiert werden. Am Rande der Basisgruppe, unter individueller Mitarbeit von Mitgliedern der Basisgruppe, und dadurch auch in ihr diskutiert, wird in den Projektgruppen "Studienberatung" und "Bundeswehrkampagne" gearbeitet. Diese Projektgruppen laufen z.T. schon seit einigen Wochen, ebenso ein Marxismus-AK, der nach eingehenden Diskussionen eingerichtet wurde, um der theoretische Schwäche der meisten Mitglieder der Basisgruppe abzuhelfen.

Gruppierungen in der Basisgruppe:
Die Richtungskämpfe, die in einigen anderen Basisgruppen herrschten, und die man als "kritische Wissenschaft" auf der einen Seite und "Sozialistische Politik" auf der anderen Seite bezeichnen kann, sind in der Basisgruppe überwunden. Wichtig hierfür war der Hannoveraner "Kongreß Kritischer Psychologen" im Mai dieses Jahres, wo sich die linke Fraktion gegenüber den kritischen Wissenschaftlern durchsetzte. Für die Basisgruppe, die in großer Zahl an dem Kongreß teilnahm, wurde durch die dort geführten Diskussionen die linke Position verbindlich, so daß der arbeitende Kern der Basisgruppe hierin übereinstimmt.

Ein wichtiges Problem für die weitere Organisation der Politisierten wird aber sein, diejenigen, die noch nicht kontinuierlich mitarbeiten, und die z.T. auf linksliberalen Positionen verharren, zu einer ständigen Mitarbeit im sozialistischen Sinne zu bewegen.

Der Streik am Psychologischen Institut:
Der Streik war auch am Psychologischen Institut zum großen Teil ein passiv geführter. Es gelang allerdings, in der ersten Woche in den Hauptvorlesungen Diskussionen über die Hochschulgesetznovelle und über die Zielsetzung des Streik zu führen, nicht aber, einen Teil der Kommilitonen zu einer Mitarbeit in den Projektgruppen zu bewegen.

So hatte der Streik im wesentlichen für die schon arbeitenden Arbeitskreise und Projektgruppen Bedeutung, die aus dem Institut herauskamen und zumindest in Ansätzen einerseits interfachlich arbeiteten, andererseits auch anfingen, ihr theoretisch Erarbeitetes in die Praxis umzusetzen (Mitarbeit in der Projektgruppe Soziales und der Betriebsprojektgruppe, Versuch gemeinsamer Aktionen mit Schülern, Kontakt zur PH).

Arbeitskollektiv der Basisgruppe Psychologie.

Basisgruppe Philosophie

ZUR LAGE AM PHILOSOPHISCHEN INSTITUT

Der Streik am philosophischen Institut begann mit einer Institutsvollversammlung, in der wir versucht haben, mit dem Lehrkörper zusammen eine Streikresolution zu verabschieden. Ergebnis: Null. Dann wurde in fast allen Lehrveranstaltungen circa 2 Wochen lang brav diskutiert: Über Ordnungsrecht, Zwangsverband und Politisches Mandat, Gewalt und Emanzipation, Ethik und Revolution, Rationalität und Kapitalismus bei M. Weber, Sprachanalyse und Gesellschaftskritik, Marx usw. Dazu laufen Arbeitskreise über: Entfremdungstheorie, Psychoanalyse (mit Medizinern), sprachliche und soziale Normierung (mit Germanisten) marxistische Rechtsphilosophie (mit Juristen), reaktionäre Schriften zur Studentenbewegung.

Die Diskussion in den Lehrveranstaltungen verlief für alle ziemlich frustrierend: apathisierende Dialoge zwischen Professoren und ein paar Seminarmarxisten. Der Streik hat die Politisierung bei den Philosophiestudenten nicht vorangetrieben. Er hat auch nicht die Basisgruppe personell gestärkt. Er hat höchstens eine weitere Politisierung dadurch vorbereitet, daß er der Basisgruppe Gelegenheit gab, sich zu legitimieren. Sie konnte zeigen, daß sie der politischen Auseinandersetzung argumentativ gewachsen und in der Lage ist, philosophische und politische Intentionen miteinander zu vermitteln. Das ist sehr nötig. Die Herren Studenten und Professoren sind hier nicht borniert, in einer höchst sublimen Weise ist fast jeder links; schlechte Argumentationen erzeugen keine Aggressionen, sondern Desinteresse.

Für eine Politisierung des Streiks sehen wir drei Möglichkeiten:

1. Es war nicht möglich, den Streik durch gewerkschaftliche Forderungen zu politisieren. Scheine bekommen wir ohnehin für unsere Arbeitskreise; bei der Bestimmung der Tutoren haben die Studenten eine 2/3tel Majorität. Die Basisgruppe hat zwar von Anfang an (auf dem Basisgruppentreffen der Phil.-Fak. zum Streik) eine Prüfungskampagne gefordert. Am philosophischen Institut selbst aber war sie nicht durchführbar, weil praktisch keine Prüfungen stattfanden. Philosophen sind eben privilegierte Leute; man studiert praktisch was man will. Auch die van der Meulen-Kampagne beruhte auf einer gewerkschaftlichen Forderung: nach unbeschränkter Diskussion in der Vorlesung. Aufgrund des Aussperrungsbeschlusses der Vorlesungsteilnehmer aber waren die Seminardiskussionen zum Fall van der Meulen viel politischer als die Streikdiskussionen.

2. Konzentration der Diskussionen durch eine Kampagne auf allgemeinpolitischer Ebene. Man hätte den Streik an vielen Instituten als eine dezentralisierte Parlamentarismuskampagne führen sollen (am Beispiel der Vorgänge bei Einbringung und Beratung der Novelle). Dann hätten unsere guten Sozialdemokraten Farbe bekennen müssen. Die Basisgruppe hätte sich zu einem Kader zur Führung des Bundestagswahlkampfes entwickeln können. Leider hat das niemand wirkunsvoll propagiert. Durch das diffuse und globale AStA-Programm waren wir alle ziemlich entmutigt.

3. Hereintragen der Konflikte aus anderen Instituten in das Philosophische Seminar. Das scheint eine weiterführende Perspektive. Ihre Realisierung setzt aber eine fortgeschrittene Kooperation der Seminare und der Basisgruppen voraus. Das Phil. Institut könnte in der Universität eine Art zentraler Irritationsfunktion erfüllen, indem es gegen den funktionalisierten Wissenschaftsbetrieb ein reflektiertes Bewußtsein von Freiheit durch emanzipatorische Wissenschaftskritik und deren antiautoritäre Vermittlung zur Geltung bringt. Dazu ließe sich auch das Potential theoretischer Seminarlinker aktivieren, deren philosophische Bildungsgeschichte einem unmittelbaren Übergang in politische Praxis im Wege steht. Aus dieser Perspektive ließe sich vielleicht auch das Verhältnis der philosophischen zu anderen Basisgruppen ableiten. Aber wir sind uns darüber noch nicht im klaren. Jedenfalls sind unsere Ansätze in dieser Richtung noch unzureichend.

Basisgruppe DI

Die Arbeit der Basisgruppe war durch mehrere Faktoren von Anfang an vorausbestimmt, die Inhalt und Richtung ihres politischen, taktischen Vorgehens weitgehend von den Ausgangspunkten an anderen Fakultäten und Instituten unterschieden. Das war erstens die Tatsache, daß die Studiengänge am DI schon immer weitgehend eben jener vom HGP intentionierten Verschulung und Reglementierung entsprachen. Das war zweitens der ungewöhnlich hohe Prozentsatz der Frauen am Institut, und drittens die Haltung der DI-Dozenten, die durch eine fast neurotische Angst gekennzeichnet ist, daß sie den übrigen Uni-Lehrern gegenüber als minderwertig klassifiziert werden könnten und die deshalb die Eingliederung des DI in die Gesamt-Uni nur unter diesem Gesichtspunkt verfolgten und dabei die Aktivität der Studenten mit dem Versprechen eines wissenschaftlicheren und "akademischeren" Studiums einzuspannen versuchten.

Der Vorwurf der politischen Desinteressiertheit, den man der DI-Studentenschaft zurecht lange Zeit machen konnte, wurde gerade von Außenstehenden ohne Reflektion eben jener ersten der beiden grundlegenden Bedingungen erhoben, die unserer Arbeit so viele Hindernisse in den Weg legten. Das Berufsethos des Übersetzers und Dolmetschers als Glorifizierung des passiven Sprachenvermittlers geht mit genau der Weiblichkeitsideologie konform, die von den am DI studierenden Bürgertöchtern perfekt verinnerlicht wurde, die ihnen wie allen Mädchen von Kindheit an eingetrichtert wird, daß nämlich ihre Wesensbestimmung die Heirat sei bzw. das Studium eine kurze Durchgangsphase darstelle, die für den Heiratsmarkt besser qualifiziere. Eine Frau an der Uni hat noch heute mit ungeheuren psychischen Sanktionen, denen all die bekannten, stereotypen Vorurteile zugrunde liegen, zu kämpfen. Es ist durch Untersuchungen nachgewiesen worden, daß die Frau, will sie Gleiches leisten wie die Männer, ungleich höhere Anstrengungen zu investieren hat. Die Wahl des DI-Studiums ist bewußt oder unbewußt die Wahl des Weges des geringsten Widerstandes. Die Hoffnung, es möglichst schnell zu durchlaufen, verhindert politisches Engagement.

Gerade hier aber ergibt sich ein Ansatzpunkt, der langfristig Aufklärung möglich macht. Die Absolvierung des DI-Studiums beinhaltet alles andere als ein schnelles "Durchlaufen". Die ungeheuren Schuftereien und Paukereien, denen man sich für die verschiedenen Prüfungen zu unterziehen hat, der permanente Leistungsdruck, einhergehend mit einer von vielen Dozenten verkündeten, äußerst rigiden Leistungsideologie, verursachen am DI durch die sich daraus ergebenden Enttäuschungen den höchsten drop-out der ganzen Uni, der als notwendige "Auslese" ideologisiert wird. Es galt also zum ersten für unsere Arbeit, stellvertretend ganz unmittelbare, einsichtige Interessen zu artikulieren, bzw. deren Artikulation zu initiieren, wie Verlängerung der Studienzeit, Einschränkung der Wochenstundenzahlen, Anerkennung des DI-Studiums als akademisches, Möglichkeit kritischer Arbeit innerhalb der bisher äußerst beschissenen Landeskundestunden usw.

Einen ganz rudimentären Ansatz in der politischen Bewußtseinsbildung stellte ein go-in einer Anzahl DI-Mädchen in eine Institutskonferenz im Sommer 68 dar, bei dem die künftige Öffentlichkeit der IKs durchgesetzt wurde. Das Wintersemester war zunächst durch das Erscheinen mehrerer, verbal ziemlich radikaler Flugblätter gekennzeichnet, für die eine nicht lokalisierbare "Projektgruppe DI" verantwortlich zeichnete und die ungeheuren Wirbel auslösten. Daraufhin konstituierte sich zunächst eine aus zwei SDSlern und drei, vier, vorher nicht organisierten Individuen bestehende Basisgruppe, die sich in institutsinternen Kabbeleien mit den Dozenten herumärgerte, die den Charakter politischer Auseinandersetzungen noch nicht aufwiesen.

Der Überfall auf den AStA brachte eine entscheidende Wendung. Auf der IK gelang es den Genossen am gleichen Tag, eine Resolution zur Verabschiedung zu bringen, die den Polizeieinsatz aufs Schärfste verurteilte und die Freilassung der Gefangenen forderte. Die angesetzte VV war zum erstenmal zum Bersten voll. Es zeigte sich jedoch, daß dieses ganz abstrakte Engagement im Grunde nichts anderes gewesen war als ein erregtes Gegacker, ein vollkommen reaktives Verhalten, das nur schnell wieder zur alten Ruhe zurückkehren wollte und keine weiterweisende, politische Perspektive enthielt. Die Linken wurden ausgepfiffen, ihre Interpretation des Geschehenen nicht angehört. Es gelang jedoch, ansatzweise die Vermittlung zwischen AStA-Überfall und HGP aufzuzeigen und damit auf die unmittelbar bevorstehende Bedrohung der DI-Studenten durch neue Prüfungsord-

nungen, die eine Studienzeitverkürzung vorsahen, hinzuweisen. Dabei rettete Bodo Voigt die argumentativ ungeheuer abstrakt und unsicher auftretenden SDSler durch eine ausführliche Interpretation des HGP.

Die Arbeit der Gruppe wurde im Wintersemester durch persönliche Differenzen außerordentlich erschwert, die dazu führten, daß mehrere Genossinnen aus Ärger nicht mehr mitarbeiteten. Es entstand in den Ferien ein Streit über die Prioritäten, die man in Bezug auf einen Emanzipationsarbeitskreis einerseits und die eingehende Beschäftigung mit dem Berufsbild der Dolmetscher andererseits zu setzen hätte. Ersteres war natürlich, wie sich auch im Weiteren herausstellte, nicht vom zweiten zu trennen und beides ließ sich durchaus zeit- und arbeitsökonomisch vereinbaren ließ.

Im Sommersemester fand zu Anfang eine entscheidende Vollversammlung statt, die erstens den Boykott der GO-Gremien beschloss, und später die Diskussion um den Stellenwert von Vollversammlungsbeschlüssen belebte, d.h. es gelang, die Berechtigung und demokratische Legitimierung auch zahlenmäßig sehr schwach besetzter VVs klarzumachen.

Ein weiterer Fortschritt unserer Arbeit war die Gründung einer überregionalen DI-Zeitung für die drei DIs in Heidelberg, Germersheim und Saarbrücken. Die erste Nummer veröffentlichte Informationen über eine von Beinert und anderen heimlich bemauschelte, bevorstehende neue Rahmenprüfungsordnung für Dolmetscher und Übersetzer, zu denen Saarbrückener Studenten Zugang gehabt hatten. Der DI-Direktor in Saarbrücken machte ein ungeheures Theater, Beinert wurde scharf angegriffen, es herrschte ungeheure Empörung über die Mauschelei hinter den Kulissen. Ein teach-in in Germersheim im Juni sprach sich eindeutig gegen die Prüfungsordnung aus und drohte mit Streik im Falle ihrer Inkrafttretung. Das Zeitungskonzept erklärten wir als pluralistisches Diskussionsforum, weil es dem Bewußtseinsstand der DI-Studenten einerseits adäquat blieb und uns deshalb nicht isolierte. Unsere Argumentation war inzwischen stringent und fundiert genug, um sich als die den Interessen der Studenten entsprechende auszuweisen. Wir sicherten linker Argumentation dadurch die Zugänglichkeit der bisher unpolitischen DIler.

Der Streik gegen das Ordnungsrecht brachte dann den Durchbruch, den wir uns zwar nicht haben träumen lassen, der aber durch die auf der Hand liegende Vermittlung zwischen Prüfungsordnung, DI-lernmaschine und Ordnungsrecht vorauszusehen gewesen wäre. Die Fachschaftssitzungen waren auf einmal von mehr als 20 Leuten besucht, der Streik wurde eine Woche länger als an allen anderen Fakultäten durchgeführt.

Das schöne Wetter und das Schwimmbad abgerechnet, lag das an unserer außerordentlich günstigen Diskussionssituation. Die Institutsleitung verhielt sich unklug: nachdem die erste Streikvollversammlung mit recht hoher Beteiligung Beinert aufgefordert hatte, die nächste IK in einen großen Hörsaal zu verlegen, um Öffentlichkeit inhaltlich möglich zu machen, verlegte er sie in den Klausenpfad in der Hoffnung, die Entfernung werde uns am Erscheinen hindern! Es kamen 150 Leute, soviel wie noch nie und zwangen durch ihre Anwesenheit die Dozenten zu einer Absage an das Ordnungsrecht des Inhaltes, daß sie den Ordnungsbeauftragten nicht unterstützen würden. Zudem erlebten die Studenten die Keiferei zwischen den Abteilungsleitern, vor allem Paepkes, der inbezug auf die Rahmenprüfungsordnung Beinert den Mißbrauch der Loyalität seiner Abteilungsleiter vorwarf, weil er nicht mit ihnen zusammen, sondern alleine auf der WRK hinter dem Rücken der Studenten gemauschelt hatte. Der Beschluß kam dann durch, daß die Rahmenprüfungsordnung als Diskussionsgrundlage abgelehnt und eine paritätisch besetzte Kommission einen neuen Vorschlag ausarbeiten sollte. Die Beinert Untergebenen erwiesen sich nur dann als aufmüpfig, wenn ihre ganz persönliche Machtstellung angegriffen bzw. infrage gestellt wurde. Die HDSU erwies sich ebenfalls als unklug: sie bewies, daß der Ausspruch eines ihrer Mitglieder auf einer Fachschaftssitzung, die DI-Studenten seien ja alle Idioten, deshalb müsse man über ihre Köpfe weg mit den Dozenten mauscheln, kein Ausrutscher war, sondern die karrieristische massenverachtende Grundhaltung der HDSU-Leute nur symptomatisch zum Ausdruck brachte: auf der im Streik stattfindenden Wahlkandidatenvorstellung stellte sich heraus, daß der HDSU-Kandidat noch nicht einmal über die DI-Prüfungsordnung informiert war. Die polarisierte Diskussion gewann uns zumindest viele Sympathien, unser Kandidat wurde gewählt. Der Vorwurf, den die HDSU ihm gemacht hatte, er würde sich, wenn auch nicht SDS-ler, doch als personifiziertes U-Boot der SDS-Politik erweisen, fiel mit umgekehrten Vorzeichen auf den HDSU-Rautenstrauch zurück.

Die letzte Vollversammlung (18.7.), die den Streik abbrach, beschloß, gegen unser Votum, offizielle Vertreter in jene paritätische Prüfungskommission zu entsenden. Der Mißerfolg ist kein so großer: es wird die Herstellung einer kritischen, großen Öffentlichkeit in dieser Kommission möglich sein, die ihr auf die Finger sieht.

Daß diese Ausführungen einen längeren Umfang erhalten haben, soll beabsichtigt die Notwendigkeit wiederspiegeln, daß die Linken an der Heidelberger Universität mehr Interesse gerade für die politische Entwicklung am Dolmetscher-Institut entwickeln, weil es schließlich mehr als ein Zehntel aller Heidelberger Studenten darstellt, und weil die Politik der Basisgruppe im Streik bewiesen hat, daß Mädchen Politik machen können, und zwar gute Politik.

Eine wichtige Perspektive ergibt sich für uns aus eben letzterem: Es gilt, die Arbeit des Emanzipationsarbeitskreises zu intensivieren, an dem jetzt viele DI-Studentinnen teilgenommen haben und in Verbindung damit gilt es, die Position bei uns zu überwinden, die noch vertreten wird, daß man das Wort Sozialismus aus dem Spiel lassen müsse, da das ein rotes Tuch für die "dummen Gänschen" sei; es gilt klarzumachen, daß langfristig ihre Unfreiheit und ihr Leiden nicht aufhebbar sein werden ohne die Perspektive des sozialistischen Kampfes. In einer nach männlichen Leistungsnormen ausgerichteten Gesellschaft können die Frauen nur im Kampf zu sich selber finden. Die Schwierigkeit unserer Politik liegt in der Vermittlung dieser sozialistischen Perspektive mit der historischen Stufe, die die Studentenbewegung am DI in gewissem Sinne noch "nachholen" muß, der Stufe, auf der erst ganz unmittelbar die eigenen studienimmanenten Interessen artikuliert werden.

Projektgruppe DI

Remittenden — Bücher aus Rücksendungen — Solange Vorrat reicht — 50 % Rabatt

Bestellungen an:
Trikont Verlag, 8 München 80, Josephsburgstraße 16

GIAP - Volkskrieg, Volksarmee	statt 7.80	3.70
DEBRAY, DUTSCHKE u. a. Der lange Marsch	statt 8.80	4.50
HO CHI MINH - Gegen die amerikanische Aggression	statt 3.90	1.95
NOW - Der schwarze Aufstand	statt 3.90	1.95
MERDE - Karikaturen zur Mairevolte	statt 4.80	2.40
MAO, WERKE BAND I und II je Band	statt 8.80	5.—
LE CHAU - Bauernrevolution in Südvietnam	statt 6.40	3.20
CHE GUEVARA - Bolivianisches Tagebuch	statt 5.80	2.80

Einfach mal zu KUNO gehen...

Gasthaus „Goldener Stern" Heidelberg Lauerstraße 16

Seit Jahrzehnten ist der bewährte **Examenshelfer** für die Prüfung: FRIEDLEIN, „Philosophie. Lernbuch und Repetitorium", 12. Neuauflage, 451 Seiten, kart. DM 14,80, Leinen DM 18,80. In allen Buchhandlungen erhältlich.

B. Wilkens Verlag, Hannover-Buchholz

politische buchhandlung an der mensa

marxismus
sozialismus
hochschulpolitik
ökonomie
pädagogik
psychologie
dritte welt
philosophie
anarchismus
arbeiterbewegung
parlamentarismus/räte
black power
mai 68
cssr
spanien
griechenland
palästina
recht
faschismus
soziologie
taschenbücher
zeitschriften
billige plakate

ddr-import
ddr-antiquariat
china-import
vietnam-import
cuba-import

gesamtausgaben
marx mao lenin brecht
schallplatten
heidelberger med. skripten
tages- und wochenblättchen

offen ca. 11 bis 18.30
tel 4 61 53

politische buchhandlung, jörg burkhard

Studenten reisen mit Studenten-Reisen

ASTA-REISEN
HEIDELBERG
Heidelberg, Grabengasse 14
ÖFFNUNGSZEITEN:
Mo. und Mi. 9—17 Uhr,
Di. und Do. 9—13 Uhr
und 15—17, Fr. 9—16 Uhr

Programmhefte, Merkblätter und Buntprospekte in unserem Büro!

BOULOURIS Côte d'Azur

5. 8. – 25. 8.	DM 369
23. 8. – 12. 9.	DM 369
10. 9. – 26. 9.	DM 287
24. 9. – 7.10.	DM 229
5.10. – 18.10.	DM 229

ST. RAPHAEL Côte d'Azur

25.8. – 10. 9.	DM 294
8.9. – 24. 9.	DM 294
22.9. – 8.10.	DM 294

CAPO D'ORSO Sardinien

12.8. – 30. 8.	DM 230
19.8. – 6. 9.	DM 230
26.8. – 13. 9.	DM 230
2.9. – 20. 9.	DM 210
9.9. – 27. 9.	DM 210
16.9. – 14.10.	DM 199

LE PORT BLANC Bretagne

2.8. – 18.8.	DM 239
16.8. – 1.9.	DM 239

PROVENCE CAMARGUE

25.8. – 10. 9.	DM 489
22.9. – 8.10.	DM 489

PARIS

1., 9., 17., 25.	Aug.	DM 79
2., 10., 18., 26.	Sept.	DM 84
4., 12., 20.	Okt.	DM 84

Dokumente der Beschränktheit

Das Kapital kann es sich nicht länger leisten, die Universität einfach den Ordinarien und den Kultusministerien zu überlassen. Seit die Ausbildung an der Universität unmittelbaren Einfluß auf die Reproduktionsmöglichkeiten des Kapitals gewinnt und seit die Studenten beginnen, den antikapitalistischen Kampf nicht nur an der Universität zu führen, sondern auch über die Universität hinaus in den vergeblich befriedeten Bereich der Betriebe zu tragen, versucht das Kapital durch möglichst direkten Eingriff in die Universität auch hier Ruhe und Ordnung herzustellen. Um diesem verständlichen Interesse nachzukommen, besetzten die Unternehmer alle entscheidenden Gremien mit den richtigen Leuten (vgl. Hannes Heer, Die Monopole und die Festung Wissenschaft, in: "Untertanenfabrik", Köln 1967, S. 67 ff) und propagierten seit Jahren durch ihre Sprecher die Verkürzung der Studienzeit, d.h. die Kapitalisierung der Ausbildung, und das Ordnungsrecht als notwendige Voraussetzung für diese Anpassung der Universität an das Interesse des Kapitals. Trotz der exzessiven Propaganda und der Umsetzung dieser Propaganda in entsprechende Gesetze gelang es bisher nicht, die Universität in den Griff zu bringen.

Tenbruck, Soziologie-Ordinarius in Tübingen und selbst seit mehreren Semestern an seiner Lehrtätigkeit durch seine Studenten verhindert, versucht, die Gründe für dieses vorläufige Scheitern der gewaltsamen Anpassung der Universität zu analysieren. Er versucht das nicht zum Spaß oder aus wissenschaftlichem Interesse, sondern er tut das seinen Auftraggebern zulieb. Der nachfolgende Bericht (Mai 69) wurde für Harald Dyckerhoff, den Vorstandsvorsitzenden der Dyckerhoff-AG und CDU-Aktivisten, geschrieben und ist keineswegs für die Öffentlichkeit gedacht. Tenbruck ist sich im klaren darüber, daß die Mehrzahl der Studenten sich nur unter Zwang den Interessen des Kapitals beugen wird und er weiß auch, daß das eigentliche Problem für das Kapital darin besteht, daß es seine Interessen bei den Studenten nicht legitimieren kann. Noch im Zerrbild des "wertfreien" Wissenschaftlers zeigt sich die Stärke der Studentenbewegung: sie kann zwar durch gesetzliche und repressive Machenschaften vorübergehend in den Untergrund gezwungen werden, aber sie kann nicht mehr dazu gezwungen werden, diesen Zwang zu akzeptieren. Der "Schwund der Minimalkenntnis über gesellschaftliche Zusammenhänge und Möglichkeiten", den Tenbruck beklagt, ist nichts anderes als die Klage darüber, daß die "Sachzwänge" des Kapitals von vielen Studenten als purer Zwang durchschaut und bekämpft werden.

Diese Legitimationsschwierigkeit des Kapitals kann durch offene Gewaltanwendung und schlichten Erlaß repressiver Gesetze nicht einfach behoben werden. Sollen die Gewaltmaßnahmen, wie Polizeieinsatz in der Uni, und die Gesetze, wie Ordnungsrecht und Hochschulgesamtplan, auf die Dauer ihre Wirkung er-

füllen, dann müssen sie im Bewußtsein der Betroffenen selbst als "Sach"-Zwänge verankert werden. Dazu müßte der Studentenbewegung auf der Ebene der Argumentation begegnet werden können. Aber weder die offenen Agenten des Kapitals, wie Dickgans etc., noch die verborgenen, wie Land- und Bundestagsabgeordnete wagen sich noch in die Universitäten. Das Kapital braucht dringend Agenturen ihrer Interessen, die im Interesse der Studenten aufzutreten scheinen. Am erfolgreichsten erwies sich dabei bis jetzt die DSU (hier HDSU). Doch zeigt sich, daß mit der Behauptung, eine Strategie gegen die Studentenbewegung in der Tasche zu haben, jeder Spinner die Taschen der Industrie erleichtern kann. Ihre Legitimationsschwäche hat sie für abergläubische Hoffnungen reif gemacht. Seit Jahren fristet mit Hilfe dieses Aberglaubens des Kapitals die "Hochschulgesellschaft e.V. für die Erneuerung der deutschen Universität" ihr Leben. Mit welchen Plattheiten es gelingt, bei der Industrie Geld locker zu machen, beweisen die folgenden Dokumente. Es geht nicht darum, daß Harm Rösemann der Leiter der HG ein armseliger Wicht ist, sondern darum, daß jeder Harm Rösemann angesichts der Legitimationsschwäche des Kapitals, zum Felix Krull avancieren kann, wenn er nur verspricht, den SDS zu vernichten. Natürlich merkte kein Student etwas von den hochtrabenden Plänen des Harm Rösemann. Sie versackten irgendwo zwischen Weihnachten und Neujahr. Aber die Industrie hat ihr Fett weg und ihr Geld.

Genossen, bekämpft den SDS, schädigt das Kapital!

Die Auspowerung des BDT ist eine Frage der revolutionären List. Gründen wir eine "Hochschulgesellschaft e.V."!

HOCHSCHULGESELLSCHAFT

e. V. für die Erneuerung der deutschen Universität

VORMALS WISSENSCHAFTLICHE GESELLSCHAFT NEUE UNIVERSITÄT E. V.

69 Heidelberg 1 · Neugasse 4 · Tel. (06221) 24013

Bezirkssparkasse Heidelberg 1 300 852
Kreissparkasse Tübingen 22938
Bayer. Wirtschaftsbank München 25 129
Postscheck München 747 65

VERTRAULICH

Heidelberg, am

die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist in Gefahr. Der SDS hat sein ursprüngliches Verdienst, geschlossene Türen aufgestoßen zu haben, ins Gegenteil verkehrt. Übrig geblieben ist eine anarcho-marxistische Glaubensgemeinde, die Rektorate demoliert, Kaufhausbrandstiftern applaudiert, zu Straßenschlachten ermuntert und ungeniert neue Universitätsbesetzungen vorbereitet. Ihrer weiteren Ausbreitung, und der Ausbreitung kopfloser Anpassungs- oder Gegenreaktionen, muß eine klare Vernunftpolitik entgegentreten.

Die Hoffnung, der SDS werde sich totlaufen, ist unrealistisch. Seine Attraktivität für phantasievolle Abiturienten, die sich urplötzlich als Revolutionäre umworben sehen, wächst von Tag zu Tag. Jedem Polit-Happening verhelfen die Massenmedien zu bundesweitem Echo. Wer immer Ressentiments gegen Gesellschaft und Hochschule in Deutschland in der Brust trägt, gibt dem SDS "im Grunde recht". Wohin eine solche Politik ohne Konzept führt, will man nicht sehen.

Alle bisherigen Versuche, den SDS zur Räson zu bringen, mußten scheitern, weil es isolierte Einzelaktionen waren. Guerillataktiker können nur durch eine gut koordinierte Generalstabsarbeit ausmanövriert werden. Die Grundzüge einer solchen Strategie (Näheres im beigefügten Exposé):

1. Keine öffentlichen Diskussionen mehr mit, über oder gegen den SDS.
2. Statt dessen, die Hohlheit der SDS-Ideologie im ureigensten Bereich, dem der Hochschule, durch eine absolut störungsfreie Massenaktion entlarven. Die Abhandlung "Muß den SDS bekämpfen, wer eine vernünftige Hochschulreform will?" wird Anfang 1969 in einer Erstauflage von 100 000 Exemplaren als Sonderdruck der Deutschen Universitäts-Zeitung erscheinen.
3. Störungsunempfindliche konkrete Reformdiskussionen an allen westdeutschen Hochschulorten; in diesem Rahmen, Angebote für eine (entschädigte) Mitarbeit an jene idealistischen Studenten, die heute aus Verzweiflung darüber, daß sie niemand braucht, zum SDS gehen. (Entsprechende Reformstudien hat die Hochschulgesellschaft seit Beginn dieses Jahres, mit Unterstützung der Ford Foundation, des Stifterverbandes, der Stiftung Volkswagenwerk und einer Anzahl deutscher Firmen entwickelt.)

Dies Programm benötigt dringend finanzielle Unterstützung. Die durchführende Hochschulgesellschaft ist als gemeinnützig und wissenschaftsfördernd anerkannt. Sie ist berechtigt, steuerbegünstigte Spendenquittungen auszustellen.

Falls eine Spende nicht in Betracht kommt, bitten wir um eine Anzeige in der oben genannten Schrift (Preisliste anbei; am liebsten wäre uns natürlich eine Kombination von Spende und Anzeige).

Wir wissen, wie schwierig Ihnen eine rasche Entscheidung, jetzt in der Vorweihnachtszeit, fallen muß. Wir glauben aber, Sie werden uns zustimmen, daß die Sache keinen Aufschub mehr duldet.

Beirat: Robert Bosch · Ralf Dahrendorf · Ludwig Engel · Dieter Henrich · Lilly Kemmler · Kurt Kraft · Hans Maier · Gerhard Ritpé · Philip Rosenthal
Edgar Salin · Hans-Peter Schwarz · Richard Frhr. von Weizsäcker · Gerhard Wilcke
Vorstand: Harm Röscmann · Maximilian Schubert · Carl Christian von Weizsäcker

Spenderliste

Inoffizielle Zwischenbilanz der Spendenaktion

Stand vom 31.1.69/R/Z

Die folgende Übersicht ist STRENG VERTRAULICH, da einzelne Spender dies ausdrücklich gewünscht haben. Sie glaubten, der guten Sache würde es schaden, wenn bekannt würde, daß ihre Firma (oder "die" Industrie) unsere Arbeiten finanzierte.

Ich teile diese Meinung nur sehr zum Teil. Den Wunsch nach Vertraulichkeit zu respektieren, halte ich dessen ungeachtet für selbstverständlich.

Bitte geben Sie also diese Liste unter keinen Umständen aus der Hand. Gegenüber spendenwilligen Industrievertretern können, ja sollten Sie sogar die geeigneten Beträ ge geeigneter Firmen verwenden.

Wacker-Chemie	10.000,--
WMF	500,--
Boehringer/Ingelheim	500,--
Nord-Mende	300,--
Veba	1.000,--
Degussa	5.000,--
Phoenix Gummi	2.500,--
Saarbergwerke (+ Verband)	1.000,--
Benckiser	3.000,--
Kali-Chemie	200,--
Porsche	500,--
Ruhrchemie AG	5.000,--
Leonberger Bausparkasse	300,--
Blendax	1.000,--
Ciba	1.000,--
Babcock	1.000,--
MAG Balcke	1.000,--
Westfalenbank	1.000,--
Frankfurter Hypothekenbank	250,--
Daimler Benz	10.000,--
Deutsche Rhodiaceta	200,--
Kundenkreditbank Düsseldorf	1.000,--
Berliner Handelsgesellschaft	500,--
Promonta	500,--
Nino + Nordhorner Textilverband	1.000,--
Maggi	1.000,--
Allgäuer Alpenmilch	2.000,--
Chemische Werke Hüls	10.000,--
Eckes	2.000,--
Henkel	5.000,--
Klöckner-Humboldt-Deutz	1.500,--
Gerling	1.000,--
Metallgesellschaft	2.000,--

Zugleich mit ihren Spenden erwarben die Mitgliedschaft Maggi und Eckes, außerdem erwarb die Mitgliedschaft die Deutschen Linoleum-Werke.

Zwischensumme demnach: DM 72.950,--

Rechts-
hilfe-
fonds

9980

Volksbank
Heidelberg

VERTRAULICH

Nur zur persönlichen Unterrichtung von:

Notwendigkeit und Grundzüge einer Strategie

zur Erhaltung der durch den SDS bedrohten Freiheitsräume

I

Die Störaktionen, durch die sich der SDS in den letzten Monaten Publizität verschaffte, oder die Sprengung von Versammlungen, durch die er eine Erörterung von ihm nicht genehmen Themen oder ein Anhören von ihm nicht genehmen Personen zu unterbinden suchte, sind für eine rationale Lösung der brennenden Probleme der Gegenwart viel gefährlicher, als SDS und Öffentlichkeit bisher erkannt haben. Drei Folgen zeichnen sich ab:

1) Die Bereitschaft der Verantwortlichen, wichtige Entscheidungen rechtzeitig öffentlich zur Diskussion zu stellen und mit ihren Kritikern zu diskutieren, wird erstickt. Ein Zuwachs an Geheimnisträgerei und eine allenfalls geschicktere Täuschung der Öffentlichkeit durch die niedergeschrienen Schlüsselpersonen, die ja nach wie vor an den Entscheidungshebeln sitzen, sind die Folge.

2) Wer sich gleichwohl zur öffentlichen Erörterung bereit findet, sieht sich alsbald dem Druck angsterzeugender Sprengungstechniken ausgeliefert: Eier - oder Rauchkerzenwürfe, Wegnahme des Mikrophons, Übertönung durch mitgebrachtes Megaphon, Händeklatsch- und Lärmgruppen.

Wer unter diesen Umständen überhaupt noch gehört werden will, muß Zugeständnisse an die SDS - Anhänger machen, zu deutsch: Seine wahre Meinung verleugnen. Habermas allein, durch Standort und Intelligenz gleichermaßen privilegiert, hat diesen subtilen Terror zu durchbrechen vermocht. Und der Erfolg: gerade Habermas beklagt am lautesten, er werde völlig mißverstanden.

3) Das rauschhafte Erfolgserlebnis einer ganz oder teilweise gesprengten Versammlung und die damit verbundene erhebliche Publizität erzeugen offene oder subtile Formen von Größenwahn. Die Illusion, eine tatsächliche Veränderung der Hochschule und der gesellschaftlichen Verhältnisse durch eine Blockierung des freien Meinungsaustausches in den Griff bekommen zu haben, macht den SDS attraktiv für jene junge, mehr oder minder neurotische Intelligenz, die stets der Motor des gesellschaftlichen Fortschrittes ist. Statt die Hochschule der Zukunft zu gestalten, wird sie nun verschlissen in einer blinden Politik der Polarisierung, die nach immer neuen Selbstbestätigungen jagt und assoziale Charaktere immer stärker in ihren Bann zieht. Schreitet diese Entwicklung ungehindert fort, sind weitere politische Gewalttaten mit Todesfolgen nur noch eine Frage der Zeit.

Diese Gefahr ist um so realer, als

1. 2000 Prozesse gegen vermeintliche oder tatsächliche studentische Rechtsbrecher, hauptsächlich aus der Zeit der Osterunruhen, anstehen. Jeder Freispruch wirkt als Ermutigung für den SDS, mit Gewaltakten fortzufahren. Jede Verurteilung zwingt den SDS (jedenfalls nach seinem gegenwärtigen Selbstverständnis), Publizität durch Krawalle um jeden Preis zu suchen, um eine lautlose Zerschlagung der Kampfkraft des SDS durch die Justiz zu verhindern;
2. Ein Bundestagswahljahr bevorsteht, in welchem die großen Parteien mit Sicherheit Stimmen zu gewinnen suchen, indem sie sich für eine Politik der Härte aussprechen. Man kann es ihnen kaum verdenken. Politiker wollen gewählt werden; niemand läßt sich gern öffentlich ins Gesicht schlagen.

Der SDS weiß nun: er muß um sein nacktes Überleben kämpfen - oder er muß sich ändern.

Änderungen sind äußerst unwahrscheinlich. Sollten sie laut werden, so sind sie aller Wahrscheinlichkeit nach nur für temporäre taktische Zwecke bestimmt (vgl. das Kommuniqué des Republikanischen Klubs, Berlin, zum Dutschke - Attentat: " Dutschke predigte nie Gewalt". Das Gegenteil ist mehrfach schriftlich belegt).

Der wahrscheinlich bevorstehenden Eskalation ist weder durch den blinden Ruf nach den Ordnungsmächten noch durch feige Nachgiebigkeit gegenüber dem SDS zu steuern. Das eine führt zu neuen Solidarisierungen mit den mehr oder weniger Unterdrückten, das andere zu neuem Neurotikerzulauf zu den " Siegern " über das " autoritäre Lager".

Die SDS - Demagogen können nur auf ihrem eigenen Feld vernichtend geschlagen werden, auf dem Feld der Hochschule selbst; und nur durch eine Waffe: durch eine ebenso kompromißlos und geschickt eingesetzte Vernunft.

Aus der Vielfalt der taktischen und strategischen Waffen, mit denen sich wappnen muß, wer die Jugend für konstruktive Reformarbeit zurückgewinnen will, soll hier nur eine von den vielen Möglichkeiten, nämlich ein Programm von gegen den SDS durschzusetzenden öffentlichen Veranstaltungen, als Beispiel näher erörtert werden.

1. In den Hochburgen des SDS sind Podiumsdiskussionen mit hervorragenden Kennern der Grenzschichtprobleme Hochschule - Gesellschaft, der Hochschulverhältnisse und / oder Praktikern ihrer Reform anzuberaumen, um mit ihnen meinungsbildend wichtige Reformfragen zu erörtern.

2. Zu diesen Diskussionen, die öffentlich in den größten Auditorien der Universitäten stattfinden, sind Rundfunk, Fernsehen und alle Personenkreise einzuladen, die mittelbar oder unmittelbar Einfluß nehmen oder nehmen können auf praktische Entscheidungen über die Hochschulen in ihrer Region, oder der Hochschulpolitik auf Bundesebene.

3. Im Rahmen der Veranstaltungen ist auf jeden Fall über interessante örtliche Reformarbeiten oder - pläne zu berichten; Interessenten ist eine honorierte Mitarbeit in geeigneter Form anzubieten. Außerdem sollen die Themen so gewählt sein, daß ein echter Kenntniszuwachs in hochschul- oder gesellschaftspolitischen Fragen bei aufmerksamen Teilnehmern mit Sicherheit stattfindet. Nach Möglichkeit sind die Themen so zu wählen, daß der SDS sich in einer seiner Hauptthesen, oder auch als ganzer, herausgefordert fühlt.

4. In der Nähe der Universität ist ein störungsfreier Raum für etwa 100 Personen zuzüglich Presse, Rundfunk und Fernsehen bereitzustellen, in den diese Tagung bei anhaltender Störung notfalls verlegt und weitergeführt werden kann. Wird ein solcher Ausweg nötig, so ist erstens klar herauszustellen, daß der SDS ihn erzwungen, d.h. daß der SDS - um es in seiner Sprache zu sagen - durch " repressive Manipulationen" die Öffentlichkeit ausgeschlossen hat. Ein solcher Schritt würde durch seine unbestreitbare Logik auch dem naivsten SDS - Anhänger klarmachen, daß selbst von diesem pathetischsten SDS - Ziel : für Öffentlichkeit und " Transparenz " zu sorgen, nichts als die Phrase übrigblieb.

   Zweitens ist Vorsorge zu treffen, daß ein Protokoll der Hauptergebnisse der Gesamtdiskussion schon wenige Tage nach dem Ereignis allen Teilnehmern und sonstigen Interessenten zugestellt und zum Beispiel auch in der Mensa der Hochschule vertrieben wird.

5. Das Tagungspräsidium derartiger Veranstaltungen besteht aus zwei Personen: eine ist primär für die wissenschaftliche Leitung der Tagung verantwortlich, eine für Verfahrensfragen.

6. Der Verfahrenspräsident muß Erfahrungen mit SDS - gestörten Diskussionen haben. Er unterbricht immer dann und übernimmt die Leitung, wenn Störungen auftreten, die Referenten oder Tagungsleiter aus dem Konzept bringen. Er entscheidet auch, nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter, ob und wann es dem SDS gelungen ist, die Öffentlichkeit auszuschließen.

7. Die Kriterien dieser Entscheidungen bleiben geheim; eine Richtschnur könnten etwa 5 Störungen, die eine Unterbrechung nötig machen, oder auch insgesamt 1/2 Stunde Zeitverlust durch Störungen abgeben.

8. Der Verfahrenspräsident sollte unterstützt werden durch 4 - 6 Mitarbeiter, die sich im Saal, zumal in der Gegend der Türen, befinden und die darauf vorbereitet sind, bei Tomaten-und Rauchkerzenwürfen etc. einzugreifen, eine ablehnende Haltung gegen die Täter zu erzeugen (was sehr leicht ist) und diese nach Möglichkeit festzustellen sowie Rauchkerzen zu entfernen.

   Die Mitarbeiter sollenkeine heroischen Leistungen vollbringen, sondern lediglich dem gesunden Menschenverstand Gehör verschaffen und kleine Störquellen ersticken. Die Zusammenarbeit dieser Mitarbeiter mit dem Verfahrenspräsidenten muß vorher sorgfältig abgesprochen sein.

9. Podiumsteilnehmer, Tagungspräsident und Verfahrenspräsident verständigen sich jeweils neu über die wichtigsten Verfahrenstechniken der Veranstaltung.

10. Podiumsteilnehmer und Tagungspräsidenten sollen ohne alle Effekthascherei diskutieren, im Zweifelsfall bewußt publikums - u n w i r k s a m, sie sollen sich ausschließlich auf die Denkprozesse am Podiumstisch konzentrieren und alle äußeren Fragen dem Verfahrenspräsidenten überlassen.

III

Die Hochschulgesellschaft arbeitet die Einzelheiten der Gesamtstrategie aus - von der, wie gesagt, die eben erörterte Diskussionsstrategie nur ein Teil ist -, bespricht sie in geeigneten Kreisen, vereinbart Aktionsgemeinschaften für geeignete Teilprogramme und bereitet mehrere große Musterveranstaltungen vor.

IV

Für die Durchführung dieses Programmes ist die Hochschulgesellschaft wie keine andere Vereinigung in der Bundesrepublik geeignet, weil sie

1- von ihrer Mitgliederstruktur her umfassend ist - eine Vereinigung aller Arten von Hochschulangehörigen, vom Studenten bis zum ehemaligen Rektorenkonferenz - Präsidenten. Auch hochschulfernere Bürger aller Schichten zählen zu ihren Mitgliedern;

2- parteipolitisch oder institutionell in keiner Weise gebunden ist - ihre einzige Verpflichtung ist Objektivität. Eben dieser Wahrheitsauftrag verpflichtet sie heute zum Kampf gegen den SDS;

3- pragmatische Hochschulreform nicht als Lippenbekenntnis, sondern in harter eigener Arbeit leistet - vgl. " Arbeitsprogramm 1968 " und bisherige Arbeiten.

V

Das Junktim von Meinungskampf und Reformarbeit entspringt einer tieferen Notwendigkeit als der eben genannten.

Die Auseinandersetzung, die gegenwärtig an unseren Hochschulen tobt, besteht nicht mehr nur im Protest einiger Außenseiter gegen die etablierte, allzu starre, durch allzu häufigen Mißbrauch diskreditierte Universitätsstruktur. Vielmehr ist, gleichsam über Nacht, die Hochschulreform der Austragungsort geworden für den klassischen deutschen Konflikt zwischen der pragmatischen politischen Vernunft und der unbedingten Verfolgung politischer Utopie. Die besten Köpfe der Jugend haben in diesem Kampf klar Stellung bezogen: einige, indem sie sich die Utopie radikal zu eigen machten; andere, indem sie die Utopie radikal verwarfen. Von ihnen hat sich aber nur ein sehr geringer Teil zu praktischer Reformarbeit aufgerafft. Die Mehrheit hat sich teils auf die Seite der Etablierten geschlagen, teils, abgestoßen von der offensichtlichen Unvernunft der Kampfformen, sich ganz auf sich selbst zurückgezogen.

Mit anderen Worten: jene Jugend, deren Mitarbeit ganz unerläßlich ist für eine Hochschulreform unter höchstem Vernunftanspruch, sie muß hier und jetzt erkämpft werden. Oder sie geht unserem politischen Leben - Leben im Gegensatz zur bloßen Administration - für Jahre und Jahrzehnte verloren. Schon jetzt zeichnen sich die Resultate der vorherrschenden falschen Alternativen ab: der Typ des gescheiterten, verbitterten Revolutionärs; der Typ des besserwisserischen Reaktionärs; und endlich das Heer der politischen Abstinenzler - oder unkritisch angepaßten Politiker, - gleichviel - , dessen Angehörige nur lachen können über " den ganzen Blödsinn" - weil man die schlechterdings lebenswichtige Herausforderung dieser Jahre nicht begriffen hat und auch von niemand klargestellt bekam.

VI

Die Hochschulreform duldet keinen Aufschub mehr. Sie benötigt die besten Köpfe ihrer Zeit. Entweder erobert sie diese Köpfe hier und jetzt auf dem Schlachtfeld der Hochschulpolitik, oder sie versandet im Anpassungsbetrieb mittelmäßiger Reformfunktionäre.

VII

Helfen Sie uns, die Politik der anspruchsvollen Vernunft zu rehabilitieren!
Und vor allem: helfen Sie uns, ehe es zu spät ist.

Konditorei-Café Schen
Hauptstr. 137 · Telefon 2 11 03
Bekannt für vorzügliche Konditoreiwaren
Spezialität: stets frische Pralinen eig. Herstellung

Tenbruck berichtet

Bericht über die Lage : Studentenunruhen

A

In der allgemeinen Auffassung von den Studentenunruhen hat sich in den letzten Monaten ein neuer Ton durchgesetzt.

Bisher hatte die Presse fast einmütig das Bild einer studentischen Protestbewegung gezeichnet, die zwar Exzesse jugendlichen Ungestüms zeige, im Grunde aber nur berechtigte Kritik an Mißständen im Staat ("Große Koalition"), Gesellschaft ("Lethargie") und Hochschulen ("Ordinarien - Universitäten") vortrage. Gelegentliche Bedenken gegenüber ihren Forderungen und gelegentliche Verurteilungen von sogenannten Auswüchsen erfolgten zögernd, meist widerstrebend, und fast immer mit der Exkulpation, daß studentische Ungeduld angesichts des Ausmaßes der Mißstände und des blanken Egoismus reformwilliger Standesinteressen verständlich, ja heilsam und unentbehrlich sei. Trotz sonst erheblicher Nuancen hatten die Zeitungen und Zeitschriften, wie auch Funk und Fernsehen über die Jahre hinweg das Bild einer Jugend aufgebaut, mit derem frischen Gewissen die neue und bessere Zeit zöge. Sie hatten dieser studentischen Jugend vor sich selbst und in den Augen der Öffentlichkeit den Auftrag einer elitären Mission zugespielt. Es hieß insbesondere, daß die studentischen Angriffe gegen Hochschulen und Hochschullehrer ein bloß inneruniversitäres Problem darstellten, das durch entsprechende Reformen und mit gutem Willen jederzeit zu lösen sei. Von eben dieser Auffassung pflegten bislang auch die Politiker und die Behörden auszugehen. In diesem öffentlichen Meinungsklima waren in den letzten Jahren an den Universitäten vielfach neue Meinungsführer innerhalb der Fakultäten erfolgreich aufgetreten, welche diese Auffassungen teilten. Ihnen wurde innerhalb der Universitäten das Feld weitgehend überlassen, und sie vertraten vor der Öffentlichkeit fast ausschließlich in Wort, Schrift und Bild die Sache der Universitäten. Entsprechend sympathisierten gewöhnlich auch die gewählten Vertreter in den Universitätsgemien mehr oder weniger mit dem gängigen Bild des studentischen Protestes. So waren für die öffentliche Diskussion bereits feste Sprachregelungen und entsprechende Stimmungswerte durchgesetzt worden, welche eine vorurteilslose und sachliche Aussprache über die anstehenden Fragen von vornherein beschnitten.

Seit einigen Monaten treten nun in der Berichterstattung der Presse ernstere und bedenklichere Töne auf. Die Erkenntnis, daß die führenden studentischen Gruppen und Sprecher nicht auf eine Verbesserung der Hochschulen, sondern auf den politischen und gesellschaftlichen Umsturz hinarbeiten, hat sich verbreitet. Seit die Aktionen gewalttätiger geworden sind und Objekte außerhalb der Universitäten (Politiker, Parteitage, Veranstaltungen, Botschaften, Geschäfte, Behörden usw.) einbeziehen, ist man auch nicht mehr davon überzeugt, daß es sich um unbedeutende und ungefährliche Gruppenerscheinungen handelt. Ebenfalls beginnt man hinter den oft karnevalistisch anmutenden Aktionen die berechnete und erfolgreiche psychologische Taktik zu erkennen. Die Presse ist jetzt auch schon bereit, ein ungeschminktes Bild der Lage an den Universitäten zu zeigen. Selbst im Fernsehen erscheinen Studenten nicht mehr nur als Objekt polizeilicher Maßnahmen und berufene Sachverwalter der gesellschaftlichen Interessen. Viele Politiker sind von der Auffassung abgerückt, daß es sich bloß um inneruniversitäre Probleme handelt. Politische Maßnahmen zur Eindämmung der Unruhen und zur Wiederherstellung der Ordnung werden gefordert. Der Innenminister hat erklärt, daß die Innenpolitik von den Problemen der Radikalisierung beherrscht werde. Auch an den Universitäten sind Verschiebungen spürbar. Rektoren und Fakultäten sind eher bereit, mit Entschiedenheit Grenzen zu setzen. Die katastrophalen Fehlschläge der Experimente, bei denen man die studentischen Forderungen voll erfüllt hatte, wie am Otto-Suhr - Institut in Berlin, haben sich herumgesprochen. In den Fakultäten beherrschen die unbedingten Anwälte der studentischen Forderungen nicht mehr unbehindert das Feld.

Die Entwicklung zu einer realistischeren Einschätzung der Lage darf nicht überbewertet werden. So werden fast überall gefährliche Illusionen weitergeschleppt (siehe weiter unten). Es herrschen Unsicherheit und Ratlosigkeit vor, wie man der Herausforderung wirksam begegnen könne. Erklärungen der Entschlossenheit und Warnungen kommen oft unter dem Eindruck gewisser Vorkommnisse zustande und werden dann später zurückgenommen. Angedrohte Maßnahmen werden häufig nicht ausgeführt. Charakteristisch ist auch die Unsicherheit der Presse. Nach massiven Ausschreitungen fordert sie kategorisch, daß nun mit entschiedenen Maßnahmen dem Treiben ein Ende gesetzt werde. Regelmäßig tauchen aber nach wenigen Tagen scheinbarer Stille wieder beruhigende Lesarten auf. Man meldet, daß eben jetzt ein Prozeß der Einsicht unter den Studenten begonnen habe, daß nun aber wirklich die vernünftige Majorität der Studenten sich gegen die Radikalen stemme; daß nun der SDS endgültig in Irrealismus, Desorganisation, Selbstzersplitterung, Isolation und Belanglosigkeit zerfalle. Bei manchen Zeitungen ist dieser Pendelschlag der Bewertung geradezu durch Rollenverteilung im Mitarbeiterstaab institutionalisiert.

Allgemein gelingt es der Hochschulberichterstattung nicht, ein realistisches Bild von der Lage zu zeichnen. Von dem seit Jahren erheblichen und immer steigenden quantitativen Ausfall in Bildung, Lehre und Forschung ist nie die Rede. Daß die Studentenschaft pausenlos unbehindert und unwidersprochen durch Flugblätter und studentische Presse, die

sich fest in den Händen der Linksextremisten befindet, einer politischen Indoktrination ausgesetzt ist, wird ebensowenig deutlich wie die Mach art dieser Produkte. Man konzentriert sich auf die spektakulären Ereignisse und scheut sich, die Ausfalls- und Auflösungserscheinungen in der Wissenschaft, den Verfall von Sachlichkeit und Vernunft, und die drohenden gesellschaftlichen Folgen zu zeigen. Insbesondere hält die Presse auch durchweg an der verharmlosenden Lesart fest, daß es sich nur um eine radikale Minderheit handele (siehe unten). Entsprechend gelten auch die allgemeinen studentischen Forderungen unbesehen weiter als im Kern berechtigt, und das nicht nur bei denjenigen Blättern, die sich schon immer als Sprachrohr dieser Forderungen verstanden haben und gewöhnlich als Verteidiger dieser Aktionen aufgetreten sind.

Diese fast durchgängige Einfärbung rührt vor allem daher, daß die Hochschulberichterstattung überwiegend von Studenten wahrgenommen wird, die in den Hochschulorten für die Zeitungen unter Vertrag stehen. Auch haben die Zeitungen und sonstige Massenmedien ihren Nachwuchs überproportional aus bestimmten Schulen der Sozialwissenschaften rekrutiert. Ferner sind viele Studenten ohne Studienabschluß in das journalistische Fach übergetreten; nicht selten finden sich auch bei einigen Blättern Journalisten, die auf höheren Stufen der akademischen Leiter abgebrochen haben. So liegt die Hochschulberichterstattung häufig in den Händen von Personen, denen es am nötigen Verständnis fürdie Belange der Wissenschaften fehlt, und denen in manchen Fällen auch noch Ressentiments die Feder führen.

In der Öffentlichkeit findet die Radikalisierung weitgehende Ablehnung. Die bisherige Behandlung der Angelegenheiten hat aber das Gefühl der Ohnmacht gestärkt. Von den Massenmedien waren alle Bedenken gegen studentische Forderungen und Aktionen jahrelang als Äußerungen reaktionärer und autoritärer Haltung verdächtigt worden, wobei noch stärkere politische Insinuationen öfters mitschwangen. Die Furcht, seine Meinung öffentlich auszusprechen, ist deshalb in der Allgemeinheit nicht weniger verbreitet als in den Lehrkörpern der Universität. Die typische Reaktion ist die Resignation, welche durch ein Anheben der Indifferenzschwelle verstärkt wird.

B

Auch auf der Seite der Studenten sind Veränderungen eingetreten. Die aktiven studentischen Gruppen sind beweglicher geworden. Man ist von der Hoffnung abgekommen, in einem Anlauf die ganze Universität mit Unterstützung der Majorität der Studenten erobern zu können. Zahlreiche kleine Aktionen mit wechselnden Zielen sind an die Stelle getreten. Die schnelle Verlagerung, häufiger auch auf außeruniversitäre Objekte, und die spätere Rückkehr zum früheren Objekt ist ebenso berechnete Taktik wie die Aufsplitterung in kleine Aktionsgruppen mit wechselnder Zusammensetzung.

Neben diese verhältnismäßig amorphen Aktionsgruppen sind die sogenannten Basisgruppen getreten, die gegen einzelne Institute angesetzt werden. Ihre Bezeichnung verrät bereits das taktische Konzept: es soll " an der Basis " (der Universität bzw. der Gesellschaft) gearbeitet werden, um die Studenten bewußtseinsmäßig zu beeinflussen (genauer : um das " richtige " Bewußtsein und damit die " objektiv " den gesellschaftlichen Verhältnissen angemessene "revolutionäre Lage" herzustellen). Die ideologische Bewußtseinsschulung erweist sich als das primäre Ziel der revolutionären Gruppen, die damit die nachwachsende Intelligenz auf breiter Front beeinflussen wollen. Die Universität als Hauptort der Auseinandersetzung hat somit nur strategische Bedeutung. Sie gilt nicht nur als eine der empfindlichsten Institutionen der Gesellschaft; ihr kommt im Konzept zentrale Bedeutung zu, weil das Bewußtsein der Intelligenz die Entwicklung der gesellschaftlichen Zustände zwangsläufig nach sich zieht. Diese Absicht, die Intelligenz als gesellschaftliche Basis bewußtseinsmäßig zu beeinflussen, wird mit Forderungen studentischer Mitbestimmung verbrämt. Auch mit diesem Konzept hat man Erfolg gehabt: nach der Entwicklung der letzten Jahre kann man sich auf eine studentische Majorität verlassen, die Mitbestimmung wünscht. Diese gutgemeinte Forderung wird allgemein als "echtes Anliegen" honoriert. Deutliche Grenzsetzungen gegenüber diesen Forderungen, Aufklärung über die Folgen, Ahnung der Gefahr sind weder in der Öffentlichkeit noch in den Universitäten oder Behörden verbreitet. Durch dauerndes Hochspielen der Mitbestimmungsfrage schafft man sich den nötigen Resonanzboden. Ziel aber ist es , die Unterrichts-, Prüfungs- und Forschungsbefugnisse weitgehend in die Hände der Studenten gehen zu lassen, um damit eine unangreifbare Position für die mit erprobten Mitteln zu leistende Bewußtseinsschulung der Studenten zu gewinnen, die bei solchen Formen der Mitbestimmung mit Sicherheit den ideologisch und agitatorisch geschulten Gruppen Stück um Stück zufallen würde. Die Sachargumente einer (selbst schon unsicheren) Wissenschaft können keinen Damm mehr bilden, nachdem jahrelang die Verdächtigung der Wissenschaft unwidersprochen betrieben und wirksam verbreitet werden konnte.

So wie bei den eigentlichen Aktionen greift man auch bei der weniger auffälligen " Basisarbeit " bereits über die Universität hinaus, wobei die Lehre von dem elitären gesellschaftlichen Auftrag der Studenten die hierfür notwendigen Rekruten herbeischafft. Erfolge dieser Tätigkeit sind nicht zu leugnen, werden aber völlig übersehen. Das gilt schon für die in der Stille laufende Tätigkeit in manchen Betrieben, vor allem aber für die " Bewußtseinsarbeit " an den Schu-

len. Nach der jahrelangen Beeinflussung der Studentenschaft durch revolutionäre Gruppen, denen inhaltlich ungehindert das Feld überlassen wurde, wiederholt sich das gleiche nun an den Schulen. Durch Clubs, Zeitschriften und die Arbeit bestimmter Verlage spielt man auf der Klaviatur subjektiver Unzufriedenheiten und objektiver Unklarheiten, um im Ergebnis eine ideologische Beeinflussung zu erwirken. Die Anfälligkeit gerade der intelligenten und interessierten Schüler, nicht unbedingt für die orthodoxe Ideologie, aber für die zugehörigen allgemeinen Denkformen und Erwartungen ist gewiß. Und wie sich vor Jahren die Universität auf reine formale Positionen zurückzog und keinen Versuch unternahm, solchen Verformungen des Bewußtseins aufklärend entgegenzutreten, so ziehen sich jetzt auch Schulen und Behörden wieder auf formale Positionen zurück. Durch Zugeständnisse ("Demokratisierung der Schule") und Ignorieren der Tatsachen versucht man sich herauszuhalten und zu retten. Hilflosigkeit, Trott, Angst und Mutlosigkeit mischen sich in einem Moment, wo in den Schulen schon Junglehrer anstehen, die ihrerseits als Studenten bereits durch ein Vorfeld ideologischer Beeinflussung gegangen sind.

Aus dem taktischen Konzept der radikalen Gruppen folgt, daß sie sich auf keinerlei ausgehandelte Erfolge einlassen dürfen: sie beteiligen sich an solchen Verhandlungen nicht oder müssen Absprachen nachträglich brechen. Nur unter dieser Voraussetzung können sie ihren Einfluß auf die Bewußtseinsbildung bewahren. Spektakuläre Aktionen von scheinbarer Sinn- und Erfolgslosigkeit schaffen jene allgemeine Unruhe und Unsicherheit, die die Verfolgung des eigentlichen Nahziels, Bewußtseinsumbildung der Studenten, zugleich begünstigt und tarnt. Spätere Stufen der Eskalation liegen in der Eigendynamik der Entwicklung und zeichnen sich bereits ab, (Studenten mit Gesichtsmasken in Berliner Vorlesungen, Anweisungen zur Fabrikation von Molotowcocktails, bereits auch an den Schulen u.ä.). Dieses taktische Konzept ist in seinem Erfolg daran gebunden, daß der potentiellen Mitläuferschaft keine unmittelbaren Konsequenzen aufgebürdet werden. Deshalb werden in diesem Stadium auch alle Aktionen abgebrochen, sobald allgemeine Folgen angedroht werden. Es werden dann die Aktionen für eine kurze Weile eingestellt oder jedenfalls aus der Universität heraus verlagert, sobald mit der Schliessung der Universität gedroht wird. Man muß auch erkennen, daß selbst äußere Ruhe zu einem taktischen Konzept der Außerparlamentarischen Opposition werden kann, das eingesetzt wird, um die sich regende Besorgnis der Politiker und der Öffentlichkeit zu unterlaufen. Es steht in der Tat zu befürchten, daß genau auf dieser Linie eine Einigung erfolgen wird. Vor der Hand wird dann Ruhe politisch erkauft mit sogenannten Reformen der Hochschulen, welche scheinbar nur die Belange der Wissenschaft betreffen. Daß damit nicht nur die Qualität von Lehre und Forschung getroffen sondern auch die nur durch die Unabhängigkeit der Wissenschaft zu erhaltende Sachlichkeit in der öffentlichen Meinungsbildung geopfert wird, wird übersehen. Die Politiker glauben, mit Teilzahlungen davon zu kommen. Aber wenn die Bewußtseinsänderung ungehemmt weiter geht, wird die Gesamtrechnung der gesellschaftlichen und politischen Forderungen der Außerparlamentarischen Opposition in einigen Jahren doch den Parteien, dem Staat, den Politikern präsentiert und von ihnen begli chen werden müssen.

Eine zentrale Planung der einzelnen Aktionen gibt es nicht, selbst an den einzelnen Orten fehlt solche Direktion meist. Die einzelnen Aktionen sind zufällig und absichtslos, fügen sich aber genauestens in Konzepte der langfristigen psychologischen Beeinflussung und Abnutzung, wie sie im revolutionären Schrifttum verbreitet und in diesen Gruppen geläufig sind. Die gemeinsame ideologische Basis und die Vertrautheit mit diesen Konzepten führt zu strategischen und taktischen Übereinstimmungen unter den Aktiven. Solche Übereinstimmungen ergeben sich teils im Wege langfristiger Absprachen und Aussprachen, teils informell durch den ständigen Austausch zwischen den Orten, ohne daß eine hierarchische Planung von nöten wäre. Man darf unterstellen, daß zumindest dem SDS daran liegt, nach außen ein Bild der Zerrissenheit und Ineffizienz zu kultivieren. Soweit Absprachen ("Justizkampagne", Wehrdienstverweigerung", "Schwerpunkte im nächsten Semester Frankfurt, Bonn und Hamburg") an die Öffentlichkeit dringen, dürfte das beabsichtigt sein. Der Schluß, daß es deshalb an geheimen Absprachen und sorgfältiger Auswertung des psychologischen Daueref fektes der eigenen Taktik mangele, ist sicher irrig. Zur taktischen Absicht dürfte es ebenfalls gehören, mit scheinbar sinnlosen und erfolglosen Maßnahmen aufzuwarten; denn so muten das karnevalistische Treiben, die Akte sinnloser Zerstörung, die nur temporären Institutsbesetzungen eine Öffentlichkeit an, der Konzepte des psychologischen Kampfes fremd sind. Da die Aktionen auch überwiegend nicht im normalen Sinne des Wortes geplant sind, bieten sie dem unbefangenen Zuschauer alle Merkmale jugendlicher Maßlosigkeit, spontaner Unmutsäußerung, sinnlosen Vandalismus, unreifer Aufsässigkeit, - und tragen diese Merkmale auf Seiten der beteiligten Masse auch tatsächlich. Dennoch dürfen sie geplant gelten im Sinne des überlegten Einsatzes von Mitteln zu langfristigen und eindeutigen Zwecken. Für die planmäßige und erfolgreiche revolutionäre Arbeit solcher kleiner und kaum organisierter, nach außen zersplittert wirkender Gruppen gibt es in der Geschichte dieses Jahrhunderts genügend spektakuläre Beispiele.

Zweck der Aktionen sind auch nicht ihre unmittelbaren Objekte.

Mit dem manifesten Zweck (Besetzung eines Institutes, Verwüstung des Rektorats, Zerstörung von Geschäften usw.) wird vielmehr vom eigentlichen Zweck abgelenkt. Eigentlicher Zweck ist: die Schwäche der bestehenden Ordnungen zu demonstrieren, durch Gewöhnung an diesen Zustand das Vertrauen in den Bestand dieser

Ordnungen zu untergraben, um dadurch anfangs Furcht, sich für diese Ordnungen zu exponieren, und schließlich die Bereitschaft zu rechtzeitigem Opportunismus zu erzeugen. Gleichzeitig werden die Inhalte und Grundsätze der gegebenen Ordnungen dadurch in ein zweifelhaftes Licht gesetzt, daß man ihre Vertreter in vordergründig lächerliche, kompromittierende oder unpopuläre Situationen hineindrängt, um dadurch innere Vorbehalte gegen sie aufzubauen. Ferner sollen die Institutionen so weit lahm gelegt werden, daß unter den betroffenen Gruppen Unzufriedenheit entsteht. So wird durch die Unruhen an den Universitäten das Studium in Wirksamkeit und Ertrag erheblich eingeschränkt, die resultierenden Unzufriedenheitsgefühle der Studenten werden dann geschickt gegen die Institution gelenkt, so daß in einem Kreislauf neue Unruhen und neue Unzufriedenheit sich von selbst verstärken. Weitergehende Hoffnungen (etwa: durch die verursachten Ausbildungsausfälle in einigen Jahren das wirtschaftliche, überhaupt das berufliche Leben in der Bundesrepublik beeinträchtigen zu können, und damit diesem Kreislauf von Lähmung, Unzufriedenheit, Unruhe, verstärkter Lähmung und verstärkter Unzufriedenheit auch am größeren und eigentlichen Objekt der Gesellschaft wiederholen zu können) werden im SDS diskutiert.

C Wie stellt sich somit die Lage dar?

1. Die revolutionären Gruppen sind überaus erfolgreich gewesen. Nach der geistigen Vorarbeit von anderen ist es ihnen in wenigen Jahren gelungen, unter Ausnutzung von Schwächen und Mängeln der politischen Ordnung und der Hochschulen einer vagen Unzufriedenheit und einem latenten Generationskonflikt ihren Stempel aufzudrücken. Sie haben das Bewußtsein der Studenten bereits soweit geformt, daß auf einen Besinnungsprozeß und eigentliche Gegenwehr gegen die Radikalen überhaupt nicht zu rechnen ist. Die von Politikern wie Journalisten immer wieder betonte Trennung zwischen einer radikalen Minderheit und einer neutralen oder besonnenen Mehrheit ist eine naive Illusion. Die Mehrheit der Studenten mag einige der radikalen Methoden und orthodoxen ideologischen Parolen ablehnen, teilt aber bereits emotional und bewußtseinsmäßig die allgemeinen Grundauffassungen der radikalen Ideologien, durch deren Brille sie Welt und Probleme bereits sehen. Genau deshalb können die studentischen Massen auch immer wieder in Bewegung gebracht werden. Die spontanen Erwartungen und Forderungen der breiten Studentenschaft fügen sie durchaus in die Parolen der Radikalen ein. Die normalen und unabdingbaren Kenntnisse über gesellschaftliche Zusammenhänge und Möglichkeiten in einer komplexen Gesellschaft sind bereits aufgelöst worden und durch emotionale Einstellung und illusionäre Vorstellungen ersetzt worden.

2. Es ist deshalb auch eine naive Selbstberuhigung zu glauben, man könne die Unruhe "aussitzen", und die Situation würde sich so wieder beruhigen. Richtig ist hingegen, daß die illusionären Vorstellungen und Erwartungen in Schulen und Universitäten auf breiter Front weiter steigen werden. In wenigen Jahren werden diese Erwartungen nicht mehr nur im Ausbildungsraum, sondern in allen Bereichen der Gesellschaft (Betrieben, Parteien usw.) massiv anfallen, wofür übergenug deutliche Anzeichen vorliegen. Sie werden dann auch dort Probleme und Situationen auslösen, wie sie jetzt an Universitäten geläufig geworden sind, und innerhalb weniger Jahre die Lage in der Bundesrepublik radikal verändern. Falsch ist insbesondere auch die Hoffnung, daß es sich um jugendliche Erscheinungen handele, die mit dem Alter jeweils verschwinden würden. In Wahrheit liegt eine tiefgreifende Generationsprägung vor, die sich nun bereits in festen Ideologien verhärtet hat.
Bestehen erst einmal in der nachrückenden Generation auf breiter Front fest Erwartungen, so müssen sie eingelöst werden. Illusionäre Erwartungen können nicht eingelöst werden. Das Resultat ist wie immer die Agonie der Freiheit. Daß auch die Totengräber der Freiheit die Rechnung einmal mitbezahlen müssen, ist kein Trost.

3. Falsch ist ebenfalls die Hoffnung, daß sich mit den im Gang befindlichen Reformen an den Hochschulen die Lage beruhigen würde. Ganz abgesehen davon, daß die Reformen innerlich brüchig, weil den Sachproblemen nicht angepaßt, sind, werden sie weder der Bewußtseinsumbildung wehren, noch auch nur eine äußere Beruhigung erbringen können. Sie werden vielmehr Ideologisierung und Unruhen weiteren Auftrieb geben, weil sie nun sogar organisatorische Voraussetzungen für den Kampf innerhalb der universitären Institutionen schaffen und den versachlichenden Einfluß der Wissenschaft weiter schwächen.

D. Wie kommt es zur Herrschaft dieser überall akzeptierten Illusionen?
Setzt man entferntere Gründe beiseite, so spielen folgende Tatsachen eine Rolle:

1. Man verkennt das Problem. Presse, Politiker und Hochschullehrer starren gebannt auf go-ins und Institutsbesetzungen und nehmen die ideologische Bewußtseinsumbildung nicht zur Kenntnis. Ziel aller Wünsche ist: Ende der Unruhen, darüber geht der Blick nicht hinaus.

2. Entsprechend werden die Dinge kurzfristig als Tagesprobleme gesehen. Man gewöhnt sich an jede Ausweitung und Steigerung der Unruhe ebenso wie an die stetige Ausweitung und Steigerung der Forderungen. Was gestern noch wie der Anfang vom Ende gewirkt hätte, wird heute als Wirklichkeit hingenommen. Was gestern noch als sachlich absurde und indiskutable Forderung gar nicht infrage kam, ist heute als gegebene politische

Tatsache diskutabel und wird morgen bewilligt, weil es gegenüber inzwischen noch gesteigerten Forderungen jetzt wie gemäßigt wirkt. In diesem Prozeß der Gewöhnung wird die Alarmschwelle ständig erhöht, jedes Sachbewußtsein verdrängt. Man geht jedesmal auf die "gemäßigten" Forderungen ein, "um den Radikalen nicht das Feld zu überlassen", "um den Vernünftigen zu helfen". Mit kurzsichtiger Bequemlichkeit läßt man sich auf eine Schraube ohne Ende spannen und rechtfertigt dann noch jede einzelne Umdrehung als eine kluge Vernünftigkeit des guten Willens. Alles Gefühl für sachliche Notwendigkeiten und Erfordernisse wird in diesem Prozeß zerrieben. Sachliche Grenzen und Bedingungen geraten aus dem Blick, alle Probleme werden in politisch-pädagogische Aufgaben und Gruppenkompromisse umgefälscht. Die typischen Merkmale einer desorientierten Gesellschaft, die die Voraussetzungen und das Funktionieren ihrer Institutionen nicht mehr sicher kennt, zeigen sich. Dazu gehört auch die Personalisierung und Psychologisierung der Problemsituationen. Man verwechselt die subjektiven Motivationen der Studenten mit den objektiven Folgen. Die Bekümmerung über "Anliegen" überwuchert den Auftrag der Institutionen. Dabei wird in diesem Zusammenhang die notwendige Frage nach den Ursachen der subjektiven Lage der Studenten und Jugend überhaupt nicht einmal ernsthaft gestellt. Die Darstellung der subjektiven Lage dient nur dem Zwang, auf sie einzugehen, nicht der Aufgabe, sie zu beheben.

3. Das Verständnis für die Bedingungen, unter denen Wissenschaft allein bestehen kann, und das Bewußtsein für die gesellschaftliche Aufgabe der Wissenschaft haben sich nicht nur in der politischen und allgemeinen Öffentlichkeit verloren. Sie sind - und das ist das schlimmste - selbst an den Hochschulen und unter Wissenschaftlern minimal und vage ausgebildet. Die Wissenschaftler haben es nicht nur versäumt, ihre Institution und Sache durch Tätigkeit in den Massenmedien und andere Veröffentlichung darzulegen. Es ist ihnen selbst das Verständnis für ihren Auftrag verloren gegangen. Die deutschen Universitäten haben es an der internen Diskussion ihrer Sache und der Ausbildung eines institutionellen Selbstbewußtseins fehlen lassen, ohne welches ein Auftrag weder tradiert noch gültig für veränderte Zeitbedingungen ausgemünzt werden kann. Ursachen beiseite gesetzt läuft es auf den einfachen Krebsschaden hinaus:

Man versteht nicht mehr, wie und warum wissenschaftliche Objektivität und Freiheit unerläßliche Voraussetzungen für eine sachliche öffentliche Meinungs- und Willensbildung und damit für eine freie und menschliche Gesellschaft sind.

Man weiß nicht einmal mehr, daß alle Wissenschaften diese gesellschaftliche Aufgabe haben und gerade dann am besten erfüllen, wenn sie in Forschung und Lehre das Ethos unbedingter Objektivität größter sachlicher Leistung, höchster Präzision und Umsicht, und damit: Hingabe an die Sache der Wissenschaft aufrecht erhalten und weitergeben.

4. Angesichts dieser Erfordernisse für die Erhaltung der politischen und menschlichen Freiheit sind nicht nur die Regelungen, welche nun überall zur Politisierung und damit Entmachtung der Wissenschaft, und nachfolgend unvermeidlich zum weiteren Zerfall der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung in Freund-Feind-Verhältnisse führen müssen, erschreckend. In einigen Fächern und manchen Orten steht bereits ein Nachwuchs an, der sich als Sprachrohr von Ideologien fühlt. Ganz allgemein gilt: Von den wirklichen Zuständen an den Hochschulen, von dem Ausmaß, in dem Wissenschaft und Sachlichkeit an den Stätten, die sie pflegen sollen, bereits gelähmt und ausgehöhlt sind, weiß die Öffentlichkeit, wissen die Behörden und Politiker nichts. Die gewählten Vertreter der Universität versäumen es seit Jahren, vor die Öffentlichkeit zu treten und ihre diese Wahrheiten zu sagen.

E. Was folgt aus dieser Situation?

1. Man muß in den Universitäten wieder ein Verständnis für die Erfordernisse und Funktionen der Wissenschaft durchsetzen und die Öffentlichkeit in jeder privaten und institutionellen Initiative darüber aufklären.

2. An die Stelle der organisatorisch-politischen Eilreformen müssen sachlich gegründete Reformen treten, welche den wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Notwendigkeiten gerecht werden. Der Mobilismus, in dessen Auftrieb sich jeder mit neuen Plänen, die schon für gute Pläne gelten, öffentliches Prestige erwerben kann, und dieses auch nach dem Desaster der Pläne nicht verliert, sondern um neue Pläne gebeten wird, muß aufhören. Es darf niemand mehr aus der Verantwortung für seine Vorschläge entlassen werden. Insbesondere muß klar werden, daß die Hochschulprobleme auf dem eingeschlagenen Wege nicht gelöst werden können.

Die Ausbildung von Massen auf den Universitäten, die traditionell für wissenschaftliche Spitzenpositionen ausgebildet werden, ist finanziell nicht tragbar, sachlich unsinnig, gesellschaftlich gefährlich und für die Wissenschaften ruinös. Erste Voraussetzung für jede Lösung ist die Schaffung kleiner Ausbildungsgänge für die Masse der Studenten im Wege von Fachhochschulen oder Colleges, welche an die Stelle der großen und schon deshalb unübersichtlichen und gefährlichen Universitäten treten müssen. Nur in dieser Entlastung kann die Wissenschaft an den Universitäten erhalten, kann gleichzeitig eine beruflich wie auch gesellschaftlich notwendige Ausbildung weiterer Kreise finanziell, sozial und psychologisch geleistet werden. Die Universität weiter mit

den Aufgaben der Massenausbildung zu belasten, bedeutet die Verschwendung von weiteren Milliarden in einem ineffizienten Betrieb, die Schaffung von psychischer Angst und Unischerheit in den Massen von überforderten Studenten, die Begünstigung und Homogenisierung einer durch unverdaute Halbbildung sich elitär empfindenden und verbal manipulierbaren Masse, die Begünstigung eines akademischen Proletariats und den Ruin der Wissenschaft.

3. Es muß klar gemacht werden, daß die Probleme der Universität nicht alleine in der Universität gelöst werden können. Wenn überhaupt noch Hoffnung sein soll, die Woge der Ideologisierung, Utopisierung und Radikalisierung wieder auslaufen zu lassen, so kann sie sich nur dann erfüllen, wenn sie sich auch auf andere Institutionen, vor allem die Schule erstreckt. Dabei geht es nicht um organisatorische Maßnahmen. Es geht um die Frage, wie der Bewußtseinszerstörung und dem Schwund der notwendigen Minimalkenntnisse über gesellschaftliche Zusammenhänge und Möglichkeiten gesteuert werden kann. Das ist eine langfristige, aber unaufschiebbare politische Aufgabe von höchster Dringlichkeit.

Professor Dr. Friedrich Tenbruck

Karl Korsch
Schriften zur Sozialisierung

Herausgegeben und eingeleitet
von Erich Gerlach
127 Seiten, kartoniert 5 Mark
Theorie und Praxis der
Gewerkschaften

Die arabische Linke
Herausgegeben und eingeleitet
von Bassam Tibi
176 Seiten, kartoniert 12 DM
dritte welt

Renate Zaher
Kolonialismus und Entfremdung
Zur politischen Theorie Frantz Fanons
96 Seiten, kartoniert 7 DM
dritte welt

Karl Liebknecht
Ausgewählte Reden und Schriften I

Herausgegeben und eingeleitet von
Helmut Böhme
XXXII/320 Seiten, steifkartoniert
mit Schutzumschlag ca. 15 Mark
Leinen ca. 22 Mark

Europäische Verlagsanstalt
Frankfurt/Main 70 • Postfach 270

Juristische Lehrgänge
ALPMANN und SCHMIDT
44 Münster, Postfach 3

Wir führen seit Jahren einen

KLAUSURENKURS

durch.

Es erscheinen wöchentlich drei Examensklausuren (BGB, StGB, öffentliches Recht) mit Musterlösungen nach dem neuesten Stand von Rechtsprechung und Literatur.
Der Preis für den Klausurenkurs ohne Korrektur beträgt DM 18,50, mit Korrektur DM 29,50 monatlich. Sie haben die Möglichkeit, einen Monat kostenlos an unserem Klausurenkurs teilzunehmen.

In unseren SKRIPTEN

werden an Hand von Fällen die wichtigsten Rechtsgebiete behandelt. Zur Zeit sind lieferbar:

BGB AT (2 Hefte)	DM 34,—
SchuldR AT (2 Hefte)	DM 24,50
SchuldR BT 1 (Neuauflage erscheint Aug. 1969)	DM 18,80
SchuldR BT 2 (§§ 812 ff, §§ 823 ff)	DM 17,80
SachenR Heft 1 (Bewegliche Sachen)	DM 16,90
SachenR Heft 2 (Allgemeine Lehren)	DM 10,80
SachenR Heft 3 (Grundstücksrecht)	DM 17,50
SachenR alle 3 Hefte zusammen	DM 42,—
FamilienR	DM 11,60
ErbR	DM 15,60
StrafR AT (2 Hefte)	DM 30,—
StrafR BT 1 (Vermögensdelikte)	DM 18,10
StrafR BT 2 (Neuauflage erscheint Aug. 1969)	DM 18,30
VerwaltungsR AT (2 Hefte)	DM 36,50
VerfassungsR I (Neuaufl. erscheint Sept. 1969)	DM 18,—
VerfassungsR II (Grundrechte)	DM 14,20
ZPO	DM 18,20

Sie können sich die Skripten 14 Tage unverbindlich zur Ansicht kommen lassen.

Revolutionäre Berufspraxis als Lehrer?

Reglementierung durch die Beamtengesetzgebung

"Die Demokratie braucht einen funktionierenden Beamtenapparat"(Oberschulamt)

Die sozialistischen Studenten, die den Lehrerberuf ergreifen, werden gleich zu Anfang ihrer Berufspraxis vor eine Situation gestellt, die durch den Status als Beamter in einem bürokratischen Staat gekennzeichnet ist. Bei der Vereidigung am Studienseminar für Referendare leisten sie unweigerlich einen Meineid und geben darüber hinaus eine schriftliche Erklärung ab, keinen radikalen politischen Bewegungen verbunden zu sein. Mit dem Eintritt in das Beamtenverhältnis unterwerfen sie sich einem besonderen Gewaltverhältnis, woraus folgt, daß die im Grundgesetz garantierten allgemeinen Grundrechte für sie als Beamte wesentlich eingeschränkt werden. Somit ist kein gewöhnliches echtes Rechtsverhältnis mit gegenseitigen Rechten und Pflichten mehr gewährleistet, sondern eben ein aus feudalistischen Zeiten stammendes besonderes Gewaltverhältnis. Dahinter steht der rigorose Anspruch des Staates, der Beamte sei ihm "in Dienst und Treue" verpflichtet, und habe für seine Sonderstellung als öffentliche Person mit der völligen Gehorsamspflicht zu zahlen. Er hat sich praktisch mit dem Staat zu identifizieren.

Im Beamtenrechtsrahmengesetz (BRRG), im Bundesbeamtengesetz (BBG) und in den Verordnungen über die Laufbahn des Bundesbeamten (BLV) wird dieser umfassende staatliche Anspruch auf ein verfassungs- und richtliniengetreues , d.h. stark reglementiertes Verhalten des Lehrers verankert.

Im BRRG vom 22.10. 64 § 35 heißt es:

"Der Beamte muß sich durch sein gesamtes Verhalten zu der freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen und für deren Einhaltung eintreten." (1)

"Der Beamte hat bei politischer Betätigung diejenige Mäßigung und Zurückhaltung zu wahren, die sich aus seiner Stellung gegenüber der Gesamtheit und aus der Rücksicht auf die Pflichten seines Amtes ergibt." (BBG § 52)

Zur zentralen Pflicht des Lehrers gehört es, die von seinem Vorgesetzten "erlassenen Anordnungen und ihre allgemeinen Richtlinien zu befolgen."

Gestützt werden diese Bestimmungen im Grundgesetz, Art. 33,5:

"Das Recht des öffentlichen Dienstes ist unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln."

Diese Paragraphen beinhalten eine erhebliche Beeinträchtigung der im GG garantierten Meinungsfreiheit. Die vom Lehrer geforderte Zurückhaltung gilt nicht nur für mündliche Äußerungen, sondern betrifft ebenfalls jede publizistische Tätigkeit. Faktisch bedeuten diese Grundsätze, daß der Lehrer kein Recht hat, Kritik in die Öffentlichkeit zu tragen. Sie stellen ihn deutlich in Abhängigkeit vom unmittelbaren Vorgesetzten, demgegenüber er zum willigen Diener degradiert wird. Sie laufen letztlich darauf hinaus, Konfliktsituationen nicht auszutragen, Kritik nicht lautwerden zu lassen, sondern die ihm auferlegte Mäßigung und Abstinenz beflissen zu verinnerlichen.

Der Hinweis auf die Abhängigkeitsverhältnisse des Lehrers wird von altgedienten Schulmeistern regelmäßig mit dem Satz beantwortet: "In keinem Beruf haben Sie soviel Freiheit wie im Lehrerberuf. Sobald Sie die Klassentür hinter sich schließen, sind Sie völlig frei und können tun und lassen, was Sie wollen." Diese zynische Äußerung ignoriert, daß das keine Freiheit mehr sein kann, was nur hinter verschlossenen Türen aufblühen darf. Die "Freiheit" hinter Schloß und Riegel, ihre Abgrenzung auf den sog. "schulinternen Bereich", verhüllt aber schlecht die vom Beamtenrecht reglementierte Unfreiheit innerhalb und außerhalb der Schule. Die geschlossene Tür des Klassenzimmers schaltet unmittelbar die Öffentlichkeit aus und reduziert die gepriesene Freiheit des Lehrers im Klassenzimmer auf den engen Spielraum, den die Behörde ihm einräumt, vorausgesetzt, er vergißt, über seinem "freiheitlichen Tun"nicht, die im Lehrplan festgelegten Erziehungsziele und Richtlinien.

Die Forderung nach politischer Mäßigung und Zurückhaltung wird ergänzt durch die dem Beamten auferlegte Pflicht zum ordentlichen Lebenswandel - sprich jederzeit mögliche Kontrolle über die private Lebensführung - und die Schweigepflicht, die nicht nur einzelne Schülerfälle, sondern auch die Diskussion und die Beschlüsse in Lehrerkonferenzen betrifft.

Das Prinzip der Kollegialität

"Unter Kollegen darf kein Graben aufkommen, denn schließlich haben die Schüler darunter zu leiden"

Hinzu tritt das Prinzip der Kollegialität, das schon den Referendaren in der wohlwollenden und gönnerhaften Anrede als Kollege durch den Leiter des Studienseminars begegnet. Es soll das Bewußtsein wecken, daß der Referendar sich als Gleicher unter Gleichen fühlen darf und dient dazu, ihm die Anpassung in dem schulischen Bereich zu erleichtern. Die vertrauensselige Anrede als Kollege soll den Referendar davon ablenken

zu erkennen, daß er auf der untersten Sprosse der hierarchischen Beamtenleiter steht. Gleichzeitig soll im Referendar das Standesbewußtsein des Beamten geweckt werden. Aber gerade, weil er kein gleichberechtigter Partner gegenüber dem Seminardirektor und allein auf dessen Wohlwollen angewiesen ist, muß die Phrase vom Kollegen herhalten, um die Bevormundung des Referendar-Mündels zu vertuschen. Der Patriarch ist auf die formale Gleichstellung seiner Untertanen bedacht, um desto sicherer seine Herrschaft ausüben zu können. Er stimuliert väterliches Vertrauen, das den Referendar über seine taktische Minderwertigkeit und Ungleichheit hinwegtäuschen soll und maßt sich dementsprechend autoritär an, "im menschlichen Spannungsfall alles zu regeln, ohne daß etwas in die Akten kommt."
Aber noch in der betulichen Sprache, die der Direktor den Kollegen vorhält, scheint das besondere Gewaltverhältnis durch, das dem Referendar den revolutionären Student austreiben und den bürgerlichen staatsdienenden Beamten einbläuen soll.
Ist das Prinzip der Kollegialität für die Referendare noch der Kitt, mit dem die Seminarleitung versucht, sie an sich zu binden, und die anbiedernde Aufforderung, sich unter "Seinesgleichen" wohlzufühlen, d.h. sich zu integrieren, wird die Pflicht zur Kollegialität im Berufsleben zu einer Fessel, die den Beamten keine Möglichkeit mehr zugesteht, aus der Reihe zu tanzen. In Konfliktfällen, in denen Meinungsverschiedenheiten unter den Lehrern auftreten, schaltet die Pflicht zur Kollegialität die Lehrer gleich und unterbindet damit jede Kritik an der Schule und an den Praktiken falscher Erziehung. Lehrern, die Opposition und Kritik unterstützen, um den notwendigen Demokratisierungsprozeß in der Schule vorwärtszutreiben, kann jederzeit inopportunes Verhalten und Mangel an Kollegialität vorgeworfen werden. Dies hat in etlichen Fällen schon dazu geführt, daß Lehrer wegen Unkollegialität strafversetzt wurden. (vgl. Dr. Dahle - Berlin). Es kann damit gerechnet werden, daß gerade die Pflicht zur Kollegialität, die den weisungsgebundenen Lehrer und Beamten zur Systemtreue erzieht, sich gegen diejenigen wendet, die die Veränderung der Schule und den Abbau der hierarchischen Abhängigkeitsverhältnisse in den Reihen der Lehrer fordern.
Zum gegenwärtigen Zeitpunkt muß deutlich gemacht werden, wer die relevanten Reformen nur verbal im Munde führt, ihre Realisierung aber hintertreibt. Im hypothetischen Fall einer Realisierung entscheidender Reformen wäre es unsere Aufgabe zu zeigen, zu wessen Gunsten ihre praktische Funktion wirksam würde. In beiden Fällen handelt es sich um die Entschleierung der Interessen der herrschenden kapitalistischen Klasse.

Alle diese reformistischen Forderungen verstärken zumindest die Verunsicherung innerhalb des systemtreuen Lehrerkollegiums. So kommt es z.B. dahin, daß sozialistische "Kollegen" durch ihre Anwesenheit im Lehrerzimmer die anderen Lehrer zum Flüstern oder zum Einsatz von Spitzeln bringen. Dergleichen Solidarisierung des Feindes muß jedoch taktisch benutzt werden, um nicht zu unserer Isolierung und Versetzung zu führen. Damit zeigt sich eine weitere Tätigkeit sozialistischer Lehrer: Sie müssen solche Informationen aus der Schule tragen, um damit konkrete Angriffspunkte für sozialistische Schulkampagnen zu geben. Die Übermittlung von Information überhaupt ist eine der Möglichkeiten, auch für Lehrer im revolutionären Kampf nützlich zu sein.

Im Hinblick auf die ihm zugeteilten Schüler ergibt sich für den sozialistischen Lehrer folgende Notwendigkeit: er darf den Schülern die Widersprüche der Gesellschaft nicht nur abstrakt darstellen, sondern muß deren Auswirkungen an seiner eigenen Person (unterdrückter Unterdrücker), und an den auszuhaltenden Widersprüchen des Schülerlebens deutlich machen. Sein Erziehungsproblem wird dadurch zu einem taktischen Problem, denn jede Aufklärung befördert den Aufstand der Menschen, wenn sie deren praktische Fragen aufgreift. Daraus resultierende Forderungen und Aktionen würden aber bei zu geringer Massenbasis scheitern, die Schüler verlören ihre Aussicht auf das Abitur, der Lehrer seine Stelle. Es muß ihm also gelingen, den Schülern deutlich zu machen, daß in der Schule nicht isoliert Freiheit zu erkämpfen ist und sie dazu zu bewegen, ihren Befreiungskampf im Rahmen des allgemeinen revolutionären Klassenkampfs zu führen. Nur dann kann ein sozialistischer Lehrer sinnvolle Arbeit leisten. Unbrauchbar ist in jedem Fall eine leere theoretische Repräsentation sozialistischer Ideen, die unfähig ist, einen Bezug zur Praxis zu vermitteln, was noch verstärkt wird, wenn der "sozialistische" Lehrer nicht bereit ist, Probleme seiner eigenen Emanzipation vor den Schülern darzustellen.

Eine weitere Notwendigkeit sozialistischer Lehrertätigkeit ist die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Schülergruppen, für deren zahlenmäßige Erweiterung sein Unterricht zu sorgen hat. Auch hier sind seine Informationen von Nutzen, aber diese Zusammenarbeit darf nicht zur Belastung der Schüler führen und deren Solidarität strapazieren.

Damit sind die Grenzen der Tätigkeit innerhalb der vom Lehrerberuf gegebenen Möglichkeiten erreicht. Die auch außerschulische Zusammenarbeit mit sozialistischen Schülern leitet über zur revolutionären Tätigkeit innerhalb der revolutionären Gesamtbewegung. Hier muß der Schwerpunkt auch für den sozialistischen Lehrer liegen, der nun nicht mehr bloß Lehrer ist. Nur von hier aus kann dem Reformismus und Revisionismus in der spezifischen Berufspraxis ein Gegengewicht verschafft und eine Rechtfertigung zuteil werden.

Wer den Zusammenhang zum Klassenkampf verliert, dessen Schulrevisionismus verselbständigt sich und reduziert sich zwangsläufig auf liberale bürgerliche Progressivitätsallüren, die nur einer persönlichen Imagepflege von Nutzen sein können.

Zur Lehrerausbildung am Seminar

"In der Praxis sieht alles anders aus"

Die Lehrerausbildung am Seminar bietet derzeitig keinerlei Ansätze, Lernprozesse in Gang zu setzen, welche die tief abhängigen Referendare ebenso wie die Fachleiter in die Lage versetzen können, die tatsächlichen Gewaltverhältnisse zu durchschauen und sie kritisch zu reflektieren. Sie fungiert vielmehr als entscheidende Schaltstelle, die Referendare aufgrund einer gegenüber der Universität verstärkten hierarchischen Lernsituation. dem Ordnungsapparat der Schule gefügig zu machen. Auf den Bänken des Seminar werden sie die Schüler zum Hinnahme-Lernen erzogen und adaptieren damit rechtzeitig den autoritären Unterrichtsstil, der Vertrauen statt Einsichtsfähigkeit und Gehorsamsbereitschaft statt Diskussionsvermögen fordert. Die Lehrinhalte werden den Referendaren in schulgerechten Portionen verabreicht, die den Bezug zur Wissenschaft und zur sozialen und politischen Realität weder reflektieren noch vermitteln können. Die Forderung nach der "Lehrbarkeit der Wissenschaft" in der Schule, die zur Folge hätte, daß die Beziehungen zur Gesellschaft, als rational erklärbare, als verfüg- und veränderbare Dinge begriffen würden, zerbricht an der Überschätzung der Handwerkelei und der mangelnden Einsicht in Theorie. Für die Lehrerausbildung am Seminar ist es typisch, daß sie ihren vorwissenschaftlichen und hoffnungslos rückständigen Zustand mit den Erfahrungen aus der "Praxis" zu überspielen versucht.
Die den Referendaren als Lehrautoritäten vorgesetzten Fachleitern kehren daher ihr Praktikertum gegenüber den praxislosen und unerfahrenen Referendar überlegen hervor. Anstatt sich auf Argumente, Beweise und empirisch erprobte Regeln zu berufen, pochen sie, die Ewig-Gestrigen, meist auf ihre graue Erfahrung, die solange blind bleibt, wie sie nicht reflektiert und überprüft werden kann. Der Referendar hat sich ans praktische Schema zu halten und sich den Unterrichtsverfahren zu unterwerfen, die der Fachleiter, der als Prüfungsinstanz über die Lehrfähigkeit entscheidet, für richtig hält.
Wie stark die Lehrerausbildung auf eine theoriefeindliche Praxis fixiert ist, die sich in sinnlosen technischen Anleitungen erschöpft und dies oft noch als Hilfestellung deklariert, zeigt folgende Lektion, die den Referendaren in einem neuen Lehrbuch (Gymnasium und Sozialwissenschaft, hrsg. von Robert Ulshöfer und Karlheinz Rebel, Heidelberg, Quelle und Meyer, 1968) verabreicht wird:
" Die Referendare werden darauf aufmerksam gemacht, daß es folgende Möglichkeiten positiver, nicht verbaler Verstärkung gibt: Nicken und Lächeln, auf die Schüler zugehen, den Schüler anblicken, auf die Tafel schreiben, was der Schüler sagt, während Bemerkungen wie, 'Gut!' 'Schön' 'Ausgezeichnet' oder 'Richtig' eine positive verbale Verstärkung geben...." (Zifreund)

Zur Schulsituation

Die Schule läßt sich kennzeichnen als "verwaltete" Schule. Sie ist unterstes Glied innerhalb einer spezifischen Verwaltungshierarchie und steht auf ähnlicher Stufe wie Finanzamt, Arbeitsamt etc., und Verwaltung ist ihrer Natur nach konservativ. Die Lehrer sind größtenteils konservative Funktionäre und bilden fast nur noch konformistische, einfallslose, leicht gleichschaltbare Menschen heran, deren Kenntnisse z.T. vielseitig, jedoch nicht hochwertig, dafür aber leicht nachprüfbar sind. Die erteilten Zeugnisse sind Ausdruck des Anstaltcharakters und der Verwaltungssituation. Dem beamteten Erzieher bleibt nur ein Minimum an wirklicher (nicht eingebildeter) Entscheidungsfreiheit (er ist praxishörig und glaubt an einfürallemal richtige Methoden); eigene Individualität und die der Schüler muß unterdrückt und angepaßt werden; dafür sorgt das System aus Richtlinien, Erlassen, Weisungen und Schulordnungen in perfektem Maß und erhält für Lehrer wie Schüler die Funktion eines unüberwindbaren Über-Ichs.

Unter diesen Voraussetzungen stößt jeder pädagogisch relevante Versuch, der mit dem Ziel der Emanzipation der Schüler ernst machen will, notgedrungen auf den Widerstand des unpädagogischen Systems und dessen Folgen. Unternimmt man in dieser Schule den allemal eingeschränkten Versuch des antiautoritären Unterrichts, so ergibt sich auch bei den Schülern folgender Widerstand: der antiautoritäre Unterricht trifft sie (bei zu grosser Klassenbesetzung) unvorbereitet und kann von ihnen im Umfeld der übrigen Schulstunden nur als Ventil und Freistunde verstanden werden. Manche Schüler bereiten sich innerhalb dieser Zeit auf jene Stunden vor, deren Druck besonders stark ist, für andere ist er willkommener Anlaß, vollkommen abzuschalten. Spätestens dann, wenn die Schüler merken, daß nicht traditionelle Lerneffizienz als Leitstern gilt, ist der Lehrer für sie diskreditiert, da sie den Unterricht an einem verinnerlichten rigorosen Leistungsprinzip messen, das nicht mehr nach seinem Sinn befragt werden darf.

Auch das Faktum, daß ein sozialistischer Lehrer die von ihm den Schülern vorgetragenen Inhalte in einer Form darstellt, die durch die vorangegangene Kritik andere "Meinungen" zu derselben Sache ausschließen muß, stößt auf erheblichen Widerstand innerhalb eines unverbindlichen Meinungspluralismus, der sich an einem überkommenen und nicht mehr reflektierten Toleranzbegriff orientiert. Der sozialistische Lehrer wird zum einseitigen Verführer deklariert, dessen Ausführungen als linke Indoktrination ausgelegt, während Blut-

und-Boden Texte weiterhin von niemandem beanstandet werden (auch die Mahnung zur Kollegialitätspflicht wird von höherer Stelle unüberhörbar geäußert und ein Disziplinarverfahren liegt in der Luft.).

Entsprechend dem autoritären gesellschaftlichen System erstickt die Schule allgemein jeden Ansatz, Inhalte kritisch zu vermitteln und die zum Erlangen von Wissen notwendigen praktischen Implikationen und Konsequenzen zu ermöglichen, was eine pädagogische Selbstverständlichkeit wäre. Dadurch erhält Wissen, wie es die Schule vermittelt, eine pervertierte Funktion und ist nur noch instrumental und als Berechtigung zu höheren Posten brauchbar. Der sozial ungleiche Anteil der Gesellschaftsklassen an den verschiedenen Graden dieser Art Wissensausteilung, bürgerlich Bildung geheißen, verleiht dieser "Bildung" das Attribut von Herrschaft.

"Die jetzige Aufteilung der kleinbürgerlichen und bürgerlichen Schülermasse auf Schulklassen, ihre Unterstellung unter beamtete Autoritäten, Einstellung in ein sakrosanktes Ordnungssystem ist eine Herrschaftsäußerung des Bürgertums, ist eines seiner wichtigsten politischen Machtmittel, als Pädagogik verkleidet." Im Unterricht kommt es nicht auf den Erwerb von Wissen an, "sondern auf dessen Nachweis in Form von Prüfungen verschiedener Art, bei denen ganz allgemein nicht ein intellektuelles Niveau," sondern eine moralische Qualität beurteilt wird, nämlich die allgemeine Eingefügtheit in den Ordnungsapparat Schule. Das Wissen wird in Rationen, die weder mit den logischen noch den psychologischen Qualitäten des Stoffes etwas zu tun haben, verabreicht, wird unter äußeren Bedingungen erworben, die gleichfalls nichts mit ihm zu tun haben, und wird in Rationen geprüft, die gleichfalls unter Bedingungen verlaufen, die das gute Gewissen, den Fleiß, die widerspruchslose Folgsamkeit, den kritiklosen Glauben, die Erziehbarkeit des Geprüften weit eher feststellen als seine Fähigkeiten und sein Wissen. Der Unterricht, der unter diesen Bedingungen das behördlich geforderte Resultat erweisen soll, hat zur Voraussetzung, daß die Verwandlung oder Erhaltung der Majorität der Schüler in Schulkleinbürger dem Lehrer gelang. Selten genug ein Lehrer, der dies durchschaut. Für ihn selbst, gewiß aber für die Behörde, von der er moralisch, sozial und ökonomisch absolut abhängig ist, also auch für ihn, ist der Unterricht das Wesentliche der höheren Schule, das heißt aber unter den gegebenen Bedingungen: die Ordnung." (Siegfried Bernfeld, Die Schulgemeinde und ihre Funktion im Klassenkampf, Berlin 1928, S. 92 und S. 119).
Was bleibt an Möglichkeiten für einen sozialistischen Lehrer in einer Schule, die als System gegen einzelne progressive Bestrebungen erzieht, in einem Beamtenstatus, der Tugenden wie Fleiß, Treue und Gefügigkeit fordert, wenn man nicht seine Entlassung riskieren will? Was bleibt an Tätigkeit, die ihre Funktion im Kampf gegen den kapitalistischen bürgerlichen Staat haben kann?

Zunächst ist es möglich, die oben gekennzeichnete Funktion des Wissens und der Ordnung unserer Schulen zu stören. Dabei erhalten selbst die eingeschränkten Möglichkeiten, dem Pluralismus und der Anpassungserziehung Widerstand entgegenzusetzen, ihre Bedeutung, da sie bei einer zunehmenden Zahl von Schülern den Vorgang der Verkleinbürgerlichung stoppen und als Folge Unsicherheit im Lehrerkollegium verbreiten. Kennzeichnend hierfür sind auftretende Äußerungen von rechten Schulmännern wie: "Ich kann in der Klasse nicht mehr meine Meinung sagen!" oder "Jetzt muß man ja schon genau abwägen, was man sagt!"

Eine weitere Möglichkeit, das bestehende Schulsystem zu schwächen, besteht darin, liberalen bürgerlichen Reformbestrebungen Unterstützung zuteil werden zu lassen, wenn sie die Möglichkeit bieten, die bisherigen Grenzen des Schulsystems zu erweitern, eine Bresche in das starre System zu schlagen, und dazu führen, daß immer mehr Schüler dem Einfluß des Systems entgleiten. Hier wären Forderungen verschiedener Art zu nennen, etwa die nach regelmäßiger Schülervollversammlung, die volle Disziplinargewalt ausübt. Nur eine Form von Schülermitbestimmung, in der Massen eine Rolle spielen, kann zu einer Auflösung der Ordnungsstruktur des Schulsystems führen, was einen Spannungs- und Kampfzustand an den Schulen zur Folge hat und zumindest die automatische ideologische Eingliederung durch die Schule erschwert.

Auch neue Schulentwürfe, wie die integrierte Gesamtschule von Hartmut von Hentig, sind einer anfänglichen Unterstützung wert, wenn der politische Aspekt der Schule konsequent zur Geltung kommen kann. Ferner empfiehlt es sich, auch jene Reformbestrebungen der Schule zu unterstützen, die geeignet sind, die Stellung des Lehrers innerhalb der bisherigen Hierarchie zu verbessern, wie sie derzeit von der GEW propagiert werden, sowie solche, die den Beamtenstatus überhaupt ablehnen und Streikrecht und Mitbestimmung für die Lehrerschaft fordern. Auch die Forderung nach strikter Trennung von Kirche und Schule gilt es zu unterstützen.

Ist die Schule am Ende ?

Unter diesem Titel verfaßten die Studienreferendare des Landes Baden-Württemberg im Juli 1969 ein Flugblatt, das vor allem an Schulen und Universitäten des Landes verteilt werden sollte.
Das Flugblatt entstand als verzweifelte Reaktion auf den knausrigen Beschluß der Regierung, den Studienreferendaren statt der von ihnen geforderten Erhöhung des Unterhaltzuschusses auf 75 % lediglich 50 % des Assessorengehaltes zu gewähren.

Im Flugblatt werden einige Fragen gestellt, die auf die wissenschaftliche, technische und soziale Rückständigkeit der Schule in der BRD hinweisen. Es kam zu dem Schluß, daß angesichts der Mißstände des gegenwärtigen Schulsystems und der bornierten Bildungspolitik der Landesregierung Schülern und Studenten der Lehrerberuf nicht mehr empfohlen werden kann.

Dieser hilflose und in seinem Bewußtsein ohnmächtige und unpolitische Protest stieß indessen auf hysterische Reaktionen bei den Herren des Oberschulamtes. Im Wahn, die Verteilung des Flugblattes könnte der Schule tatsächlich den Garaus machen, wurde die Verteilung des Flugblattes als Dienstvergehen hingestellt und die ganze Aktion diffamiert.

Die Kurssprecher wurden als "Rädelsführer" hingestellt, die mit den entsprechenden Konsequenzen zu rechnen hätten. Die Schulleiter wurden aufgefordert, die Verteilung des Flugblattes auf dem Schulgrundstück zu unterbinden und diejenigen, die sich an der Aktion beteiligten, zu denunzieren.

In einem Telefongespräch eines der Sprecher des Studienseminars Stuttgart mit einem Herren des Oberschulamtes wurde das Vergehen der Behörde folgendermaßen erläutert:

"Kein Ministerium kann es sich erlauben, daß die Schule diffamiert wird, ohne daß der Staat ruiniert wird. Die Demokratie braucht einen funktionierenden Beamtenapparat. Es ist eine Schizophrenie des Denkens, daß der Staat, der die Beamten versorgt, von ihnen angegriffen wird. Loyalität ist eine Voraussetzung; die Referendare haben keine Redefreiheit schlechthin."

Eine Sammlung von Stereotypien:

Seminardirektor

Im menschlichen Spannungsfall reguliere ich alles, ohne daß etwas in die Akten kommt.

Die Grundregel ist, daß wir mit unseren Schülern nicht tätlich verkehren.

Fachleiter für Geschichte

Die Schule ist ein abgeschlossener Bezirk. Ich halte es für richtig, daß man ihn abschirmt.

Agitation gehört auf die Straße und nicht in den Unterricht. Gegen den Lärm der Straße muß es einen Filter geben. Die aufgeregten Zeiten sind für die Schule abträglich. Ich sehe mich als Sachwalter des pluralistischen Staates.

Fachleiter für Pädagogik

Unterricht ist konstitutiv für die Schule.

Wie jede Firma ihre Satzung, wie der Verkehr die Verkehrsregeln, so brauchen die Lehrer den Lehrplan.

Fachleiter für Französisch

Das Wort Demokratisierung hängt mir schon zum Hals heraus.

Der Lehrer hat heutzutage überhaupt keine Mittel in der Hand, um autoritär zu sein.

Der obrigkeitliche Zwang ist im Prinzip beseitigt. Es geht nur noch darum, einzelne Relikte des Obrigkeitsstaates zu beseitigen.

Fachleiter für Deutsch

Der Lehrer muß ausgehen von der sachhaltigen Fruchtbarkeit des Stoffes.

Worauf es ankommt, ist das, was uns sachlich bewegt.

Im Unterricht geht es um die Offenheit des Daseins. Der Schüler soll wählen aus der Vielfalt des Möglichen.

Der Technokrat

Gut ist ein Unterricht, der möglichst reibungslos und rationell funktioniert und zu einem hohen Leistungsstand der Schüler führt.

Strassenbahnblockade und schulische Bestrafungstechnik

Bemerkungen zu einer Schülerbewegung, die sich bislang nur im Schatten der Studentenbewegung ans Licht traute

Daß es mittlerweile eine wenigstens für einzelne außerschulische Aktionen mobilisierbare relevante Anzahl von Schülern gibt, bezeichnet eher den geringen Grad der Gefährlichkeit solcher Aktionen als den Erfolg gezielter politischer Arbeit in den Schulen. Solange innerhalb der Schule staatlicher Repression noch keine adäquate Praxis antworten kann, solange also die Organisierung von Widerstand leicht und ohne andauernden Autoritätsverlust der Lehrer schon im Ansatz zerschlagen werden kann, solange kann von einer Schülerbewegung nicht geredet werden, soll nicht die politische Aktivität einzelner Schüler an einem Anspruch gemessen werden, den sie auf Grund objektiver Beschränkungen noch nicht einlösen können.

Von daher erklärt es sich, daß Heidelbergs Schüler sich massenhaft an den Aktionen gegen die Tariferhöhungen der HSB beteiligt haben, obwohl sie nicht zu den unmittelbar Betroffenen gehören. Da also erst Aktionen, deren geringes Risiko den Teilnehmer nicht gleich zum Märtyrer machen, die zudem die Möglichkeit einkalkulierbaren Erfolgs haben, Schüler auf die Beine bringen, kann bis jetzt höchstens von einer Schülerbewegung außerhalb der Schule gesprochen werden. Die Solidarisierung mit gewerkschaftlichen Forderungen der Arbeiterklasse, wie sie die Resolutionen sämtlicher Heidelberger Schulen forderten, ist jedoch nicht das Ergebnis politischer Reflexion. Daß die Schüler eigene Forderungen - die nach freier Fahrt zur Schule als Teil der Lehrmittelfreiheit - nicht artikulierten, sondern die vom SDS vorformulierten Forderungen unreflektiert übernahmen, zeigt vielmehr den Erfolg schulischer Entpolitisierungsversuche.

Doch nicht alle Schulen konnten es verschmerzen, "daß ihnen die Schüler aus dem Unterricht weggelaufen waren" (so Direktor Schwarz vom Bunsengymnasium). Zwar hatten die Schüler in Gruppen und klassenweise die Schulen verlassen und hatten darauf vertraut, die Masse der Beteiligten würde sie schon vor Disziplinarstrafen schützen. Doch sobald der Protest der Schüler die bestehende Schulordnung ignorierte, mußte sich die Schule mit dem Ruf nach Gehorsam in Erinnerung bringen. Einerseits traten die beiden Direktoren der Schulen, die ihre Ordnung auf den Straßenbahnschienen gestört sahen, als strafende Schulmeister auf, andererseits befragten sie ihr Mitleid, sagten der Zeitung, es gehe die Öffentlichkeit nichts an (Schwarz im Heidelberger Tageblatt vom 25.6.69), machten die Schulfenster zu und straften heimlich im Dunkeln. Daß die Suspendierung von 74 Bunsenschülern für 3 Tage und einem Rädelsführer am Helmholtzgymnasium für 8 Tage trotzdem öffentlich ruchbar wurde, half den politischen Schülern wenig. Weder die Solidaritätsadressen der DGB-Jugend und des AStA der PH, weder das Gerangel des Bunsendirektors mit der Presse, noch der öffentliche pädagogische strip-tease zweier Direktoren ermöglichte den Schülern wirksame Gegenmaßnahmen sondern offenbarte das Dilemma, in dem die Schülerbewegung nach wie vor vormittags steckt.

Was man für die Spontaneität der Schülermassen hielt, war in Wirklichkeit eine nur kurzfristige emotionale Verbrüderung mit der Studentenbewegung. Das Engagement der Schüler war in dem Moment zur Verkehrsregelung während der Straßenbahnaktion geschrumpft, als die Bereitschaft, den Kampf gegen die Tariferhöhung zum Kampf gegen die strafende Schulbürokratie zu wenden, mit der bloßen Androhung von Strafen von der Angst um die schulische Existenz verdrängt wurde.

Das hat in der Schülerbewegung zu 2 schwerwiegenden Fehlern geführt. Einmal glaubte man, Direktor Schwarz hätte den Schulmeister schon soweit hervorgekehrt, daß die Schüler spontan mit einem Streik antworten würden. Zum anderen schien den politischen Schülern das Bewußtsein der Suspendierten sich schon soweit politisiert zu haben, daß sie dem AUSS als Objekte für geplante Aktionen zur Verfügung stünden. Mit den Suspendierten wurde nicht diskutiert, das go-in wurde über ihre Köpfe hinweg beschlossen, und die Folge war, daß die Suspendierten richtigerweise im Bett blieben.

Übrig blieben lediglich antiautoritäre Parolen an den Wänden des Bunsengymnasiums, die die Schüler ebenso richtig fanden wie sie nach wie vor ihren Direktor nett fanden, und ein Flugblatt, mit dem sich die Basisgruppe des Bunsengymnasiums, als sie es ohne das go-in der Suspendierten trotzdem verteilte, der Schadenfreude der Reaktionäre auslieferte.

Das Mißverständnis, durch die Straßenbahnaktionen schon einen Einbruch ins Bewußtsein der Schüler geschafft zu haben, beruht auf einer gefährlichen Unterschätzung des Erfolgs bürgerlicher Erziehung zur Unterordnung. Auf die familiäre Brutstätte von Untertanen kann sich die Schule nach wie vor verlassen. Der Sumpf, den die Familie mit der Reduktion der Pädagogik aufs Verhältnis von Befehl und Gehorsam produziert, ist für die Schule der ideale Nährboden, auf dem sie ihre Saat mit dem subtileren Terror von Notengebung und nicht mehr diskutierbaren Lerninhalten aufgehen läßt. Für die Situation in der Schule heisst das, daß das Individuum die Anpassungsforderungen der Schule kaum noch wahrnimmt und die Schule den Anspruch auf Pflichterfüllung, auf Leistung und Wohlverhalten ohne das Risiko kollektiven Widerstands durchsetzen kann. Der Widerspruch, daß einerseits das Bewußtsein der Schü-

ler darauf ausgerichtet ist, möglichst ungehindert Abitur zu machen und sich von daher ihre Interessen bestimmen, daß aber andererseits radikal-demokratisches Empfinden sehr wohl auch durch die Lerninhalte selbst vermittelt wird, dieser Widerspruch zeigt, daß die Vermittlung politischer Inhalte diese Schizophrenie thematisieren muß, indem sie den als notwendig einsehbaren Anspruch der Schule, kritische Demokraten zu erziehen, an ihrer Realität misst. Genau hier muß die Entwicklung einer Strategie für die Schülerbewegung ansetzen, und nur durch die politische Wendung dieses Widerspruchs lassen sich die adäquaten Aktionsformen und Agitationsmittel bestimmen.
Mehr noch als bei der Agitation studentischer Zielgruppen ist die Organisierung von Widerstand an den Schulen auf eine Massenbasis angewiesen. Die Übertragung von Aktionsformen und Erfolgskriterien der Studentenbewegung auf die Schülerbewegung haben bisher die politischen Schüler immer isoliert und der Schulbürokratie mit den Aktionen stets noch das Beil mitgeliefert, mit dem sie die Rädelsführer von den übrigen Schülern abspalten konnte und bei Relegationen wirksamen Widerstand nicht zu befürchten brauchte. Daß die Schule jedoch jegliche Form von Unterdrückungstechnik zur unauffälligen Beseitigung von Kritik als institutionalisiertes Erziehungsritual besitzt, darf nicht davon ablenken, daß das ständige Gerede davon meist nur eine Rationalisierung der Angst vor dem Risiko bedeutet. Ist die Gefahr permanenter Rationalisierung gerade in der Schülerbewegung besonders groß, so hat die Kritik hier anzusetzen, will sie nicht mit der sozial-psychologischen Deutung des Mißerfolgs bestimmter Aktionen das Alibi dafür liefern, daß effektivere von vornherein verhindert werden.
Immerhin versetzte das kollektive Schwänzen Lehrerkollegium und Direktor am Bunsengymnasium in Angst um ihre bereits angeknackte Autorität. Das erklärt die permanente publizistische Rechtfertigung von Bunsendirektor Schwarz, der sich, als das HT die Bestrafung der Bunsenschüler veröffentlichte, nicht nur von der Basisgruppe seiner Schule sondern auch von Journalisten verfolgt sah. Er fühlte sich, wie das Lehrerkollegium stellvertretend für ihn feststellte, "durch Außenstehende unsachlich angegriffen", die schon deswegen unsachlich angegriffenhaben müssen, weil sie außen stehen.Im selben Zug, wie sie ihre Schüler per Disziplinarstrafe zur Pflichterfüllung verdonnern und den Angreifern Böswilligkeit und Unkenntnis unterstellen, ohne diese auch nur mit einem Wort nachzuweisen, reden sie von "den wertvollen beiderseitigen Bemühungen um eine freiheitlichere Gestaltung des Oberstufenunterrichts".

Auch der Protest der Schüler gegen die Tariferhöhungen der Heidelberger Straßenbahn reduzierte sich im Verständnis der Pädagogen aufs "Weglaufen aus dem Unterricht", und die soziale Zielrichtung der Aktion wurde schlicht ignoriert. Das war nur konsequent, denn so ließen sich die Schüler ohne größere Legitimationsschwierigkeiten bestrafen.

Doch der ständige Rechtfertigungszwang, mit dem die Schule die Disziplinarmaßnahmen der Öffentlichkeit verständlich machen sollte, brachte die Schule in Schwierigkeit. Mit jedem veröffentlichten Satz über den Auftrag der Schule, über die Reformfreudigkeit des Bunsen-Direktors und über die Ordnungsbedürftigkeit junger Menschen wurde die Sache für die Schulverwalter peinlicher. So schreibt Schwarz, den Höhepunkt der Auseinandersetzung mit Presse und unbotmäßigen Schülern ansteuernd, in einem pädagogischen Glaubensbekenntnis: "Müßte dem Schüler nicht endlich mehr Freiheit einfach einmal gegeben werden, nicht im Rückzug und Selbstverzicht der Schule, sondern in einem gemeinsamen wagenden Experiment der Schule selbst? Zweifellos, die Zeit ist dafür reif. Aber was wäre eine Freiheit, die sich der Schüler erboykottiert, also gegen die Lehrer erzwingt und also nur selber verantwortet? Der Schüler bliebe allein." (RNZ, 26.6.69) Der Unsinn hat System; der Direktor braucht saubere Manschetten bei seiner Drecksarbeit. Wenn Freiheit zugestanden wird, dann darf der Pädagoge die Zügel nur ein kleines bißchen lockerer lassen. Wer sich die Freiheit, die ihm die Schule nicht gibt, einfach nimmt und mit dem bißchen Freiheit nicht zufrieden ist, die man ihm halt geben will, weils überall so gärt und die Zeit dafür deswegen reif ist, macht sich strafbar. Der Anspruch auf Freiheit darf nie soweit gehen, daß er die Schule selbst infrage stellt, zu leicht würde der Schüler durchschauen, welch saubere Unterdrückungsarbeit Typen wie Schwarz leisten. Deswegen ist derjenige, der sich seine Freiheit erboykottiert, bestenfalls ein Wirrkopf, den man schleunigst zu der Vernunft seiner Lehrer zu bringen hat.

Doch soviel publizierte Herrschaftsideologie ist für radikaldemokratische Schüler auf die Dauer schwer verdaulich und schlägt auf die Autoren zurück. Der langfristige Erfolg, den die hilflosen Reaktionen der Schülerbewegung jetzt zeigen, ist ein Abfallprodukt der publizistischen Tätigkeit von Schwarz. Solange er sich aufs Philosophieren in kleineren Arbeitskreisen beschränkte, blieb Schwarz unbehelligt. Die Schülerbewegung hat ihn aus seinem Heideggerschen Schlupfwinkel hervorgeholt, entblößt hat er sich selbst.

Die kritischen Schüler haben gemerkt, daß die Reformen solcher Direktoren garnicht viel mehr auf ihrer Seite haben als die Schulordnung. Mit dem Appeal eines Reformers wollen Pädagogen vom Schlage eines Schwarz ihre Einübung in den Gehorsam nur etwas netter gestalten. Am Charakter unserer Schulen, feinsinnige Anpassungsforderungen für Privilegierte durchzusetzen, soll nichts verändert werden. Daß sich hinter dem verbalen Putz nichts anderes verbirgt als Herrschaftsinteresse, hat die Schwäche der herrschenden Pädagogik gezeigt und die Schüler eher stutzig als schweigsam gemacht. Die Empfindlichkeit dieser Herren offenbart nicht nur ihre Unsicherheit, sondern gerade darin auch die Stärke ihrer Gegner.

Restabilisierung der angeknacksten Autokratenherrschaft

DIE ORLETS UND WEIDNERS IN DER RECHTSANWALTSKAMMER MÜSSEN BEKÄMPFT WERDEN - BEI DEN KAMPFMITTELN DÜRFEN WIR NICHT DIE JURISTISCHEN VERNACHLÄSSIGEN

Die unten abgedruckte Stellungnahme versuchte, über die juristische Verteidigung hinaus, die sie enthalten muß, um uns der Willkür und der politischen Dummschlauheit nicht völlig auszuliefern, politisch zu argumentieren. An sich muß die Stellungnahme ans Justizministerium gerichtet werden, obwohl das Schreiben, gegen das sie sich richtet, vom Vorstand der Anwaltskammer erstellt wurde. Da im Justizministerium kaum Widersprüche aufbrechen werden, richtet sie sich vor allem an die Anwaltskammer. Das heißt nicht, daß man sich über den politischen Charakter dieser Institution falsche Vorstellungen gemacht hätte. Man wollte aber bei der bloßen Erkenntnis, daß die Anwaltskammer mit den Institutionen der politischen Justiz kooperiert, nicht einfach stehenbleiben.

Die Stellungnahme wurde vor Bekanntwerden des ablehnenden Gutachtens gegenüber Jürgen Laubscher angefertigt. Damals konnte man noch schreiben: "Zwar scheint es der Rechtsanwaltskammer zu brisant zu sein, von vornherein ein ablehnendes Gutachten über unsere Eignung zum Rechtsanwalt abzugeben. In einem solchen Gutachten hätte die Kammer ihre politischen Ansichten explizit ausführen müssen. Dies schien ihr in der augenblicklichen Situation, in der sowohl die Vorfälle Ostern 1968 als auch vom 10.1.69 in Heidelberg noch frisch im Gedächtnis sind, zu gefährlich; denn die Annahme eines Versagungsgrundes wegen dieser Verfahren heißt die Funktion der Springerpresse und die Polizeiaktion im Heidelberger AStA rechtfertigen." Seit dem ablehnenden "Gutachten" gegenüber J. Laubscher ist dieser Gedanke widerlegt.

Was man damals als vorsichtigen Trick der Kammer ansah, im Fall Becker statt eines ablehnenden Gutachtens das Zulassungsverfahren auszusetzen bis die Strafprozesse rechtskräftig sind, hat sich inzwischen als kalkulierte Taktik herausgestellt: Differenzierte die Staatsanwaltschaft zwischen M. Becker und J. Laubscher in der Weise, daß sie wegen des gleichen Vorwurfs gegen das SDS-Mitglied ein Verfahren einleitete, gegen Laubscher jedoch nicht, so setzt der Vorstand der Anwaltskammer diese Differenzierung fort, indem er Laubscher sofort negativ begutachtete und ihm damit wenigestens den Rechtsweg am Ehrengericht bot, während er bei den Fällen Becker das negative Gutachten erst in ein paar Jahren erstellen will und solange Berufsverbot ausspricht, ohne daß es diesen Rechtsweg dagegen gäbe.

Was die bürgerliche Presse im Fall Laubscher empörte, daß der Kammervorstand nicht bloß heimlich mit der politischen Justiz kooperiert, sondern daß er, wo sie nicht tätig wird, die politische Justiz ersetzt, das hat die bürgerliche Presse im Fall Becker schon im Januar dieses Jahres unterstützt. In der RNZ vom 20.1.69 kündigte der Sachbearbeiter dieser Zulassungsstelle, Rechtsanwalt Schiffer, offen an, was er selbst in Fortführung der AStA-Aktion zu tun gedenkt: "Darüber hinaus werden Sachbeschädigungen begangen, ganz abgesehen von schlimmeren strafrechtlichen Delikten - soweit wir sehen schon wieder, ohne daß dagegen in ausreichender Weise eingeschritten wird. Wir wollen ihnen, sehr geehrter Herr Landgerichtspräsident, daher mitteilen, daß auch freischaffende Anwälte sich in dieser Situation der Justiz nahe fühlen und sie unterstützen möchten." Die Anwaltskammer hat versucht, in ausreichender Weise einzuschreiten. Wir versuchen, ihr zu begegnen.

An der Seite
der Jugend.
Für das Recht
der Studenten.

Deutsche
Volkszeitung

Probeexemplare kostenlos durch: Monitor-Verlag GmbH,
4 Düsseldorf, Oststr. 154, Postfach 5707
(Anforderungskarten beim AStA)

Ristorante Italiano **Palmbräu Eppingen**

Besuchen Sie

Sole d'oro (Goldene Sonne)

das beliebte Heidelberger Studentenlokal.

Hauptstraße 172 (Nähe Heiliggeistkirche), Tel. 2 14 80

Von 11 Uhr morgens bis 12 Uhr nachts,
Freitag und Samstag bis 2 Uhr geöffnet.

Marieluise Becker
Eberhard Becker

69 Heidelberg
Hans-Thoma-Str. 45

1.6.1969

An das
Justizministerium
Baden-Württemberg

7 Stuttgart 1
Schillerplatz 4

Betr.: Zulassung zur Rechtsanwaltschaft und als Rechtsanwälte
Bezug: Ihr Schreiben vom 24.4.1969
Doppel direkt an die Rechtsanwaltskammer Karlsruhe übersandt

Anl.:

Mit dem 2.5.1969 sind Ihre Briefe vom 24.4.1969 eingegangen, denen die Schreiben der Rechtsanwaltskammer Karlsruhe vom 16.4.1969 an Sie beigegeben waren. Sie fordern uns auf, zur

Stellungnahme

I.

Diese Stellungnahme geben wir gemeinsam ab. Bekanntlich handelt es sich bei den gegen uns laufenden Verfahren um politische Strafverfahren. Die Anklage wegen Nötigung gegen Marieluise Becker, die die demonstrative Auslieferungsblockade der Springerpresse nach dem durch diese mitverursachten Mordanschlag auf Rudi Dutschke als eine strafbare Handlung interpretiert, die gegen Eberhard Becker erhobene Anklage vom 19.12.68 die die Anwesenheit während einer Notstandsübung in Eßlingen vom 15.4.1968 als Aufruhr werten will und sein Verfahren wegen Begünstigung, Körperverletzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt, das den Abwehrversuch einer rechtswidrigen und gewalttätigen Polizeiaktion vom 10.1.1969 in Heidelberg mit den Mitteln der Justiz gegen diejenigen wenden will, die sich rechtmäßig verhielten - all diese Verfahren sind politische Verfahren. Dies bringt auch die Rechtsanwaltskammer zum Ausdruck, wenn sie der Ansicht ist, daß die Aussetzung des Verfahrens der Zulassung als Rechtsanwalt bis zur Rechtskraft der politischen Strafverfahren gegen uns "schon im Hinblick auf § 7 Ziff. 6 BRAO erforderlich" sei. Nach § 7 Ziff. 6 BRAO ist die Zulassung als Rechtsanwalt dann zu versagen, wenn der Bewerber die freiheitlich demokratische Grundordnung in strafbarer Weise bekämpft. Im einzelnen werden wir zu diesem Vorwurf weiter unten Stellung nehmen.

Die Rechtsanwaltskammer weiß aber nicht nur, daß die Strafverfahren gegen uns politische sind - d.h., daß sie Kampfmaßnahmen gegen einen politischen Gegner mit den Mitteln der Justiz darstellen - sie scheint diesen Kampf selbst mit aufnehmen zu wollen. Zwar scheint es der Rechtsanwaltskammer zu brisant gewesen zu sein, von vornherein ein ablehnendes Gutachten über unsere Eignung zum Rechtsanwaltsberuf abzugeben. In einem solchen Gutachten hätte die Kammer ihre politischen Ansichten explizit ausführen müssen. Dies schien ihr in der augenblicklichen Situation, in der die Vorfälle von Ostern 1968 als auch vom 10.1.1969 in Heidelberg noch frisch im Gedächtnis sind, zu gefährlich; denn die Annahme eines Versagungsgrundes wegen dieser Verfahren heißt die Funktion der Springerpresse und die Polizeiaktion im Heidelberger AStA rechtfertigen. Natürlich hätte eine Verurteilung der Springerblockade es notwendig gemacht, Springers wiederholte Volksverhetzung zu rechtfertigen und sie als notwendigen Teil der verwirklichten Pressefreiheit, der Demokratie in der BRD darzustellen und den Polizeiterror im Heidelberger AStA sowie die daraus notwendig gewordenen Haftbefehle, die den Terror sekundierten, als legale Amtshandlung zu erklären. Solche Wege, die die kommunalen Politiker wie die Politiker auf Landes- und Bundesebene unmittelbar nach den Aktionen beschritten, und die, die approbierte Rechtswissenschaft nach Möglichkeit mit alterszitternder Hand ergänzt, (vergl. Eb. Schmidt, NJW 69/3/93 ff.) umgeht die Anwaltskammer.

Mit dem Aussetzungsantrag nimmt die Rechtsanwaltskammer scheinbar keine eigene Position ein, sondern überläßt die Untersuchung der ganzen Angelegenheit den Gerichten. Durch ein solches Verhalten droht aber die Anwaltskammer den Charakter einer Institution zu verlieren, die die Voraussetzung der Aufnahme in die Rechtsanwaltschaft autonom beurteilt. Es ist wohl nicht nötig anzuführen, daß das von staatlicher Seite gesammelte Ermittlungsmaterial bei politischen Prozessen durch die Anwaltskammer nicht einfach unbe-

fragt übernommen werden kann: schon die Stellungnahme Justizminister Schielers über die Neutralität der Polizei (näheres siehe unten) - entsprechendes gilt natürlich für die Staatsanwaltschaft - hat klargemacht, womit man es bei solchem Ermittlungsmaterial zu tun hat. Will die Anwaltskammer auch nur den Schein der Selbständigkeit bewahren, wird sie bei politischen Prozessen die Ermittlungen, die zur Erstellung des gesetzlich vorgeschriebenen Gutachtens nötig sind, selbst in die Hand nehmen müssen. Dies hat sie bisher nicht getan. Hierbei erweckt sie den Anschein, als hätte die beantragte Aussetzung des Verfahrens keine Konsequenzen. Bekanntlich werden aber die augenblicklich laufenden politischen Prozesse im allgemeinen nicht sofort rechtskräftig. Nach grober Schätzung dürfte der sog. "Begünstigerprozeß" in Heidelberg auch bei einem Freispruch in erster Instanz erst in einigen Jahren rechtskräftig werden. Die öffentliche Anklage wird natürlich Rechtsmittel einlegen, weil sie selbst tief in die Vorgänge im Heidelberger AStA verstrickt war, und ein Freispruch der sog. "Begünstiger" die Verurteilung von Staatsanwaltschaft und Polizei darstellen würde.

Die Anträge auf Aussetzung des Zulassungsverfahrens sind also Anträge auf mehrjähriges Berufsverbot. Mit solchen Anträgen ergänzt die Anwaltskammer die polizeilichen und strafrechtlichen Einschüchterungsmethoden, um die der administrativen Einschränkung der Berufsfreiheit und der Einschränkung der Verteidigung einer bestimmten politischen Richtung. In diesem Zusammenhang sei auf folgendes Zitat verwiesen:

> "Solange das Bundesverfassungsgericht eine politische Richtung nicht für verfassungswidrig erklärt hat, muß der Angehörige einer solchen Richtung die Möglichkeit haben, sich durch einen Anwalt seines Vertrauens und seiner Überzeugung vertreten und verteidigen zu lassen." (Vergl. Denkschrift zum Regierungsentwurf einer BRAO, Bundestagsdrucksache 1014, März 1955, S. 8)

Obwohl die gegen uns laufenden politischen Prozesse verschieden gelagert sind, werden gegen uns die gleichen Methoden angewendet. Die Ursache hierfür liegt darin, daß der Anwaltsstand offenbar von politischen Anwälten reingehalten werden soll. So der gleichen Behandlung unterzogen, geben wir unsere Stellungnahme gemeinsam ab.

II.

In ihrem Schreiben empfiehlt die Rechtsanwaltskammer, die Entscheidung über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft gem. § 10 Abs. 1 und 2 BRAO auszusetzen.

1. Nach § 10 Abs. 1 kann das Justizministerium das Verfahren dann aussetzen, wenn gegen den Bewerber ein Ermittlungsverfahren oder ein strafgerichtliches Verfahren schwebt. In der amtlichen Begründung zu § 10 Abs. 1 BRAO wird ausgeführt: "Die Aussetzung eines solchen Verfahrens wird sich immer dann empfehlen, wenn damit zu rechnen ist, daß sich ein Versagungsgrund ergibt." (Amtl. Begründung zu § 10 BRAO 1959)
Als mögliche Versagungsgründe werden hier die aus § 7 Ziff. 5 und 6 BRAO angeführt.

A. Nach § 7 Ziff. 6 BRAO liegt ein Versagungsgrund vor, wenn der Bewerber die freiheitliche demokratische Grundordnung in strafbarer Weise bekämpft. Bei den gegen uns laufenden Verfahren wird sich nicht ergeben können, daß dieser Versagungsgrund vorliegt:

a. Marieluise Becker wird in ihrem Verfahren die Auslieferungsblockade der Bildzeitung in Esslingen Ostern 68 vorgeworfen. Diese Blockade wurde durchgeführt aus Anlaß des Mordanschlags auf Rudi Dutschke und richtete sich gegen die Manipulation des Bewußtseins der Bevölkerung, die sich konkretisiert in einseitiger Berichterstattung, Hetze gegen die politischen Studenten usw. Diese Beeinflussung des Bewußtseins der Bevölkerung wird ermöglicht durch die hohen Marktanteile, die die Publikationsorgane Springers in der BRD haben (vergl. hierzu Müller in Anlage 1). Die Macht der Springerpresse schuf die Situation, in der der Anschlag auf Dutschke erfolgen mußte. Sie war für diesen mitverantwortlich.

In diesem Verfahren wurde am 4.9.1968 Anklage beim Schöffengericht in Esslingen erhoben (vergl. Anl. 2). Wegen der gleichen Demonstration sind noch verschiedene Strafverfahren anhängig, bei denen mit der gleichlautenden, dem Ablehnungsbeschluß im Verfahren gegen den Gerichtsreferendar Franz Otto Müller entnommenen Begründung die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt wurde (vergl. Anl. 3). Inzwischen ist im Musterfall gegen Franz Otto Müller in erster Instanz Freispruch erfolgt. Von der Staatsanwaltschaft wurde Revision eingelegt. Die anderen Verfahren, darunter das gegen die Bewerberin, wurden ausgesetzt.

Sowohl die Ablehnung der Eröffnung der Hauptverfahren als auch der Freispruch im Fall Müller lassen es als außerordentlich unwahrscheinlich erscheinen, daß das Verfahren zu einer Verurteilung führen wird.

Die Pressefreiheit stellt einen Teil der freiheitlich demokratischen Grundordnung dar. Gerade sie ist im Rahmen der Entwicklung des Abbaus der Demokratie in der BRD am meisten tangiert worden (vergl. Bericht der Günter-Kommission). An diesem Abbau der Demokratie ist der Springerkonzern wesentlich mitbeteiligt. Dies

nicht nur insofern, als die Höhe der Marktanteile die Chancen einer ausreichend aufgefächerten Informationsbreite verhindert, sondern auch wegen des undemokratischen Inhalts der Publikationen der Springerpresse. Im übrigen verweisen wir auch hier auf Müller (Anl. 1) wo klargelegt wird, daß die Auslieferungsblockade der Bildzeitung von Ostern 1968 ein Kampf um eine freiheitlich demokratische Ordnung war. Der Stuttgarter Zeitung vom 7.3.1969 entnehmen wir folgenden Absatz:

"Schon während der Verhandlung hatte Amtsgerichtsrat Luippold seine Ablehnung eines Antrags des Verteidigers RA Dr. Bangemann auf Vorladung von Gutachtern damit begründet, daß ja die Beherrschung eines Großteils des Zeitungsmarktes durch den Springerkonzern offenkundig sei und daß die Behauptung, die gleichartige Berichterstattung in allen Springerzeitungen gehe auf eine konsequente Personalpolitik zurück, als wahr unterstellt werden könne. Offenkundig seien auch der Einsatz der Pressemacht des Springerkonzerns für den Griff Springers zum Fernsehen und für den Kampf gegen die APO sowie der Einfluß der Berichterstattung der Springerpresse auf das Bewußtsein der Zeitungsleser."

Es ist nicht recht einsehbar, wie die Rechtsanwaltskammer trotz der Fülle an Publikationen sowohl über die antidemokratische Springerpresse als auch über den demokratischen Zweck der Osterblockade bei unparteiischer Untersuchung dieses Falles zu dem Ergebnis kommen konnte, daß die Beteiligung an einer gegen die brutalen Auswirkungen der Aufhebung der Pressefreiheit gerichteten Demonstration strafbare Bekämpfung einer freiheitlichen und demokratischen Ordnung darstellen könnte.

b. Eberhard Becker wird in einem Fall vorgeworfen, am 15.4.1968 - also Ostermontag - in Esslingen an einer Zusammenrottung teilgenommen zu haben. In Wahrheit ist in Oberesslingen nichts vorgefallen. Der Bewerber stand dort nur beobachtend an einer Straßenecke. Über den gesamten "Tathergang" verweisen wir auf Anlage 4. Zu diesem Verfahren kam es dadurch, daß der Bewerber sich als Zeuge für die näheren Umstände der vorläufigen Festnahme von Volker Horst Krummrey zur Verfügung stellte. Schon diese Tatsache weist darauf hin, daß vom Bewerber die Situation in Oberesslingen nicht als Zusammenrottung und damit nicht als strafbarer Vorgang angesehen wurde, zumal er sich darüber im klaren war, daß die Staatsanwaltschaft die Tendenz hat, mit dem Mittel der Kriminalisierung von Entlastungszeugen den Täterkreis zu vergrößern. Die gesamte 6-seitige Anklageschrift bezieht sich garnicht auf den Bewerber mit Ausnahme des Satzes: "Auch die übrigen Angeschuldigten haben an der erwähnten Zusammenrottung teilgenommen; sie sind damit hinreichend verdächtig."

Die Anklage wurde Anfang Februar zugestellt. Nach der Stellungnahme des Verteidigers (Anl. 5) vom 27.2.69 hat das Amtsgericht Esslingen bis zum heutigen Tag den Eröffnungsbeschluß hinausgezögert. Diese Zurückhaltung des Amtsgerichts sowie das dürftige Ermittlungsergebnis lassen eine Bestrafung unwahrscheinlich erscheinen.

Das vom Bewerber beschriebene beobachtende Verhalten stellt auch keinen Kampf gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung dar. Die Polizeiübung stand im Zusammenhang mit einer zwei Tage zurückliegenden Demonstration gegen die die Entstehung eines demokratischen Bewußtseins in der Bevölkerung verhindernde Funktion der Springerpresse. Dieser, einer demokratischen Entwicklung in der BRD dienenden Demonstration setzte die Staatsgewalt eine paramilitärische Machtdemonstration der Verbundenheit mit der Springerpresse entgegen. Diesen Vorgang kontrollierend zu beobachten und ihn gegebenenfalls mit der Bevölkerung zu diskutieren, war der Zweck der Anwesenheit.

In einem weiteren Fall wird dem Bewerber Eberhard Becker vorgeworfen, er habe am 10.1.1969 in den AStA-Räumen der Universität Heidelberg Widerstand gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung begangen. Dieses Verfahren wird keinen Versagungsgrund nach § 7 Ziff. 6 BRAO ergeben. Es ist unwahrscheinlich, daß es zu einer Verurteilung kommen wird. Der ursprünglich erhobene zentrale Vorwurf in diesem Verfahren war der der Begünstigung. Dieser Vorwurf ist inzwischen gem. § 154 Abs. II StPO fallengelassen worden. Der Vorwurf der Begünstigung sei wesentlich weniger schwerwiegend als der des Widerstands und der Körperverletzung. In Wahrheit stellen sich dem Gericht außerordentliche rechtliche Schwierigkeiten, das Verhalten als Begünstigung zu werten.
Eine Begünstigung ist tatsächlich nicht begangen worden. Der Bewerber hielt sich am 9.1.1969 im AStA auf, wo sich auch etwa 35 Studenten befanden. Daneben nahmen dort die fünf gesuchten Studenten ihre politische Arbeit auf, da sie sich dem Richter nicht hatten stellen können. Gegen sie bestand Haftbefehl.

Aus Beschreibungen des Vorgehens der Polizei anläßlich von Demonstrationen in Heidelberg und aus der Beschäftigung mit dem Verhalten der Polizei gegenüber Demonstranten in Frankfurt und Berlin hatte der Bewerber die Befürchtung, daß die für diese Nacht angekündigte Verhaftung nicht rechtmäßig vorsichgehen könnte. Darin wurde er bestärkt durch das Verhalten der Verfolgungsbehörden in der Zeit vom 20.12.1968 bis zum 10.1.1969: Bekanntlich waren die fünf Studenten durch ein teach-in vom 19.12.1968 aufgefordert worden,

den auf den 20.12.1968 angesetzten Prozeß auf die Zeit nach Weihnachten zu verschieben, indem sie zu dem Hauptverhandlungstermin nicht erscheinen, sondern sich erst am 8.1.1969 dem Richter stellen sollten (vergl. Anl. 7). Der daraufhin ergangene (überflüssige) Haftbefehl wurde nun in einer Weise zu vollstrecken versucht, die nicht rechtmäßig ist. In die Verfolgung wurde Interpol eingeschaltet, obwohl es sich bei dem Delikt (Stadthallenaktion gegen eine manipulative Völkerschau) um eine politische Tat handelte.

Von daher war das Motiv für die Anwesenheit des Bewerbers im AStA, die Rechtmäßigkeit der Verhaftung zu überwachen.

Am Morgen des 10.1.1969 wurde durch Polizeibeamte die durch einen Riegel abgesicherte Pforte des AStA-Gebäudes mit Beilen eingeschlagen. Dies wurde von Studenten beobachtet. Aus den Angaben insbesondere des Zeugen Weidner (A S 611) geht hervor, daß eine Aufforderung zum Öffnen der Tür durch das mitgeführte Megaphon nicht erfolgte. Ebensowenig erfolgte eine mündliche Aufforderung. Das Vorgehen der Polizei und der anderen Verfolgungsorgane ließ im Bewerber den Eindruck entstehen, daß die Polizeiaktion aus Rache zum Mittel des Vandalismus schreiten werde. Ebenfalls ohne Aufforderung zu öffnen, wurde kurz darauf die neben der Korridortür befindliche Wand mit Äxten eingeschlagen. Nach dem Einbruch der Wand setzte sich der Bewerber mit anderen Studenten auf den Boden, um die hinter ihm liegenden Räume vor der Zerstörung durch die Polizei zu schützen, oder mindestens gegen die Gewaltaktion der Polizei zu demonstrieren. Dies war insofern sinnvoll, als sich später auch herausstellte, daß die Polizei tatsächlich willkürlich Schränke umwarf, eine Fernsehlampe zertrümmerte, Schreibmaschinen demolierte, Türen einbrach und in Räume eindrang (Firma "Euro-Stud") für die kein Durchsuchungsbefehl bestand. Der gesamte AStA wurde von der Polizei demoliert und in unbeschreiblichem Zustand hinterlassen (vergl. Bildmappe der Akten und Pressefotos aus diesen Tagen).

Zwar wußte der Bewerber nicht, in welchen Räumen die fünf gesuchten Studenten sich aufhielten, jedoch wußte er positiv, daß sie sich nicht in denjenigen Räumen befanden, die von ihm und den anderen vor der Zerstörung durch die Polizei geschützt werden sollten. Während ihres gesamten Vorgehens wurden durch die Beamten Legitimationen weder vorgewiesen, noch deren Besitz ausgesprochen.

Das Wissen, daß sich die Gesuchten nicht in den demonstrativ vor Zerstörung geschützten Räumen befanden, schließt Begünstigungsvorsatz aus. Die Geschehnisse waren Ausdruck des Protests gegen das von vornherein rechtswidrig sich in seiner Brutalität steigernde Vorgehen der Staatsorgane (im einzelnen vgl. die Aussage des Bewerbers im Haftprüfungstermin vom 16.1.1969 AS 221 ff.).

Eine Bestrafung wegen Begünstigung wird nicht erfolgen. Ebensowenig eine solche wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und wegen Körperverletzung. Für die Berechtigung von Widerstandshandlungen gegenüber der Polizei ist auf das oben Gesagte zu verweisen.

Eine Körperverletzung hat der Bewerber nicht begangen, obwohl sie als Notwehrhandlung gerechtfertigt gewesen wäre. Er wurde getreten und mit dem Schlagstock geschlagen, später wurde er zwei Stockwerke hinabgestürzt, wobei er zusätzlich geschlagen wurde und sich gefährliche Verletzungen zuzog. Zum Vorgehen der Polizei und der Gewaltlosigkeit der Studenten wird es nötig sein, den in Mannheim verwahrten Fernsehfilm anzusehen. Dieser Film ist für jeden einsehbar. Die als Zeugen benannten Polizeibeamten sprechen wahrheitswidrig von Körperverletzung; sie sind nicht glaubwürdig. Oben wurde angedeutet, daß es sich für sie um eine Racheaktion handelte. Damit sollte gesagt werden, daß die Beamten den Studenten vergelten wollten, daß vom Zeitpunkt des Erlasses des Haftbefehls bis zum 10.1.1969 der gesamte Polizeiapparat sich als uneffektiv erwiesen hat. Jeder Anwalt kennt darüberhinaus die Problematik von Polizeiaussagen schon bei Verkehrsdelikten. In der Situation in Heidelberg, in der es sich um schwere politische Konflikte handelte, hat die Polizei eine besondere Funktion gehabt. Sie war Partei.

Landesjustizminister Schieler hat am 11.5.1969 Eingriffe in die Pressefreiheit gerechtfertigt, die in Heidelberg durch die Staatsanwaltschaft in Form von Beschlagnahmen von Pressefotos bei zwei Zeitungen vorgenommen wurden. In diesem Zusammenhang brachte er zum Ausdruck, daß die Polizei selbst zu verwertbaren Fotos nicht gelangen könne, "da dies problematisch sei, weil die Polizei in dieser Sache Partei, und die Presse objektiv ist." (Vergl. RNZ vom 11.5.1969) Diese Äußerung erklärt das Abweichen der Aussagen der Polizeibeamten sowohl untereinander als auch gegenüber den Aussagen des Bewerbers. Das Verhalten des Bewerbers am 10.1.1969 im AStA wird demnach nicht zu einer Bestrafung führen.

Sein Verhalten stellt auch kein Kampf gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung dar. Eingedenk bestimmter politischer Vorstellungen über die Verhältnisse in der Bundesrepublik und die Beziehung der APO zu diesen Verhältnissen, die auch von Personen der Institutionen, an die sich diese Stellungnahme richtet, geteilt werden könnten, sei zu einem Punkt ausdrücklich folgendes ausgeführt:

Im Haftbefehl vom 11.1.1969 wird als Motiv für das Verhalten des Bewerbers im AStA Heidelberg "Gegnerschaft zu vermeintlicher Klassenjustiz" angeführt. Ebenso heißt es im Beschluß vom 16.1.1969: "Der Haftgrund der Fluchtgefahr besteht. Dafür spricht schon die Tatsache, daß sämtliche Beschuldigten einer politischen Richtung angehören, die unter anderem die Justiz der Bundesrepublik als "Klassenjustiz" ablehnt." (A.S. 277) Es ist zutreffend, daß wir bestimmte Verfahrensweisen der Justiz ablehnen. Hierunter fallen vor allem die Praktiken in politischen Strafprozessen in der BRD, wie sie sichtbar werden seit die sozialistische Studentenbewegung zu öffentlichen politischen Aktionen übergegangen ist. Von den heute anhängigen zweidreitausend Strafverfahren gegen Angehörige der APO sollen nur die gegen Fritz Teufel und Beate Klarsfeld ins Gedächtnis gerufen werden. Umgekehrt soll erwähnt werden, daß niemand wegen Volksverhetzung bestraft wurde wegen des Satzes: "Man darf über das, was zur Zeit geschieht, nicht einfach zur Tagesordnung übergehen und man darf auch nicht die ganze Dreckarbeit der Polizei überlassen," ("Bild" 7.2.1968) und daß der für den Tod Ohnesorgs Verantwortliche freigesprochen wurde. Von daher sprechen wir von "politischer Justiz". (Über deren Geschichte vergl. f.a. Publikationen H.u.E. Hannover, Politische Justiz 1918-1933, Fischerbd. 770).

Diese politische Strafjustiz, die sich darstellt als Kampfmittel gegen den politischen Gegner, ist eine besonders deutliche Ausformung einer Rechtspraxis, die ihren Zweck in der Erhaltung der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse sieht. Auffallend bei der explizit politischen Justiz ist, daß sie aus dem liberalen Recht der bürgerlichen Gesellschaft selbst nicht mehr zu rechtfertigen ist. Im Rahmen der politischen Justiz wird insbesondere der Grundsatz der Gleichbehandlung verletzt. Dies deutlich zu machen war die Funktion der kleinen Aufzählung von Fällen weiter oben. Seine Ursache hat das Durchbrechen der eigenen Rechtsordnung durch die bürgerliche Gesellschaft darin, daß die Staatsorgane aus ihrer, der Fiktion nach nur stabilisierenden Rolle, heraustreten und sich offen in politische Kampforgane verwandeln. Diejenigen gesellschaftlichen Kräfte, in deren Hand sich diese Kampforgane dann befinden, werden in der wissenschaftlichen Analyse des Faschismus kenntlich; hier soll nur das blanke Ergebnis zitiert werden: sie befinden sich in der Hand des Kapitals. Die politische Justiz, die im Faschismus auf die gesamte Rechtspraxis übergreift, entspringt der bürgerlichen Gesellschaft und ihrem Recht genauso, wie sie ihr Recht durchbricht. Insoweit sie tatsächlich noch das bürgerliche Recht durchbricht - insoweit also zum Beispiel der Gleichheitsgrundsatz noch geltendes Recht darstellt - insoweit stellt die Ablehnung der politischen Justiz Kampf für eine freiheitliche demokratische Gesellschaft dar. Insoweit aber die politische Justiz in der bürgerlichen Gesellschaft dem herrschenden Recht nicht widerspricht, - insoweit also zum Beispiel der Gleichheitsgrundsatz nirgends mehr gilt, insoweit stellt die Ablehnung der gesamten herrschenden Rechtsordnung Kampf für eine freiheitliche demokratische Gesellschaft dar.

Die politische Justiz stellt eine heute besonders sinnfällige Form der Klassenjustiz dar. Der Ausdruck rührt her aus der marxistischen Theorie, der eine Gesellschaftsanalyse zugrunde liegt, die die bürgerliche Gesellschaft als von Klassengegensätzen zerrissen erkennt und das Recht als gesetzt im Interesse der herrschenden Klasse. Gerade diese Analyse ist fähig zu zeigen, daß die undemokratische politische Justiz eben aus den Verhältnissen geboren wird, die das liberale Recht aufrecht erhalten, daß insofern das liberale Recht seine eigene Abschaffung in faschistischen Tendenzen bewirkt, es selbst undemokratisches Recht darstellt.

Der Kampf gegen die politische Justiz kann insofern nicht als "Kampf gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung" in der BRD angesehen werden, als an dieser eine Praxis bekämpft wird, die ihr zwar entspringt, die aber ihren Prinzipien widerspricht.

Den Personen in den Institutionen, an die sich die Stellungnahme richtet, soll die Frage der politischen Justiz und die Aufhebung z.B. der Fiktion des Gleichbehandlungsgrundsatzes in ihrem eigenen Bereich vor Augen geführt werden, indem wir ein längeres Zitat mit einbringen. Dieses Zitat ist einer Ehrengerichtentscheidung aus dem Jahre 1952 entnommen und soll darlegen, wie Anhänger des Faschismus Anwälte werden:

"Freilich geschah es unter seiner Amtsführung, daß aus der Stadt die gesamte jüdische Bevölkerung vertrieben und in den Vernichtungslagern einem grausamen Tod ausgeliefert wurden. Er hat zwar, wie viele Zeugen bekunden, diese Tatsache auf das tiefste bedauert und sogar verabscheut, er hat aber nichts dagegen unternommen. Indessen, wie bereits das Ehrengericht zu diesem Problem ausgeführt hat, handelt es sich hier nicht darum, moralische Wertungen zu treffen, daß er nicht den Weg der Rechtlichkeit und Menschlichkeit zu Ende gegangen ist und in Gestalt einer eindrucksvollen Demonstration sein Amt als Stadtoberhaupt aus Protest gegen die Unmenschlichkeiten niedergelegt hat. Wenn er damit nicht der Stadt ein persönliches Opfer gebracht, sondern nur Mangel an Mut bewiesen haben sollte, so ist aus diesem Versagen doch auf keine ganz allgemeine Schwäche und Charakterlosigkeit des Antragstellers zu schließen, da er in den bekundeten Fällen und Verhältnissen oft genug Kraft gezeigt hat, dem Unrecht offen entgegenzutreten und persönliches Risiko bewußt auf sich genommen hat.

Wohl aber bleibt die Tatsache bestehen und muß dem Antragsteller zur Last gelegt werden, daß er im Jahre 1941 die "Hochschule zur Erforschung der Judenfrage" durch eine persönliche Ansprache eröffnete, in der er als den Zweck des Instituts bezeichnete "allen Völkern die Augen über die verhängnisvolle Rolle der Juden zu öffnen und damit den Weg zu ihrer Befreiung und zum Frieden zu zeigen." Der Antragsteller hat hiermit all denen gegenüber, die seine innere Einstellung nicht erkannten, den Eindruck erweckt, als ob er sich mit den antisemitischen in diesem Zeitpunkt schon auf totale Vernichtung der Juden gerichteten Tendenzen des Nationalsozialismus identifiziere. Dieser verhängnisvollen Wirkung mußte der Antragsteller sich bewußt sein. So ist das Bild des Antragstellers in seinen Einzelzügen kein einheitliches und durchweg unbedenkliches. Wollte der Ehrengerichtshof daraus ein zutreffendes Gesamtbild seines Verhaltens bis 1945 gewinnen und dem Für und Wider nicht nach der gewissen Zufälligkeit der heute beweisbaren Einzelheiten Gewicht beimessen, so mußte er nach dem Urteil solcher Menschen fragen, die den Antragsteller in jenen Jahren und auch nicht nur in einzelnen Begegnungen oder Beziehungen zu beobachten vermochten und deren zweifelsfreie Urteilsfähigkeit und innere Unabhängigkeit gegenüber dem Nationalsozialismus gerichtsbekannt war. Solche Beobachter standen dem Ehrengerichtshof aus dem Kreis der engsten städtischen Mitarbeiter, aber auch unter den führenden Köpfen des Wirtschafts- und Kulturlebens zur Verfügung. Hinzu kommen aber gewichtige Stimmen von Ausländern und aus dem Ausland. Schriftliche Äußerungen lagen vor, die sämtlich aus genügendem inneren Abstand, andererseits aufgrund gewiß vielseitigen und guten Nachrichtenmaterials zu dem völlig übereinstimmenden Gesamturteil gelangen, daß der Antragsteller ein vom Standpunkt des Rechtsstaates und insbesondere der Demokratie voll vertrauenswürdiger Mann ist.
Der Antragsteller hat auf eindringlichen Vorhalt ehrenwörtlich versichtert, er habe aus den Erfahrungen der Vergangenheit, insbesondere aus seinen persönlichen Erfahrungen, die Lehre gezogen, daß politische Macht immer einer parlamentarischen Kontrolle und rechtsstaatlicher Garantien bedürfe, wenn Mißbrauch vermieden werden solle; er werde sich in Zukunft ehrlich bemühen, nach diesen Grundsätzen zu handeln. Der Ehrengerichtshof hat nach gewissenhafter Prüfung keinen Anlaß gesehen, diese für das maßgebliche zukünftige Verhalten des Antragstellers geltende Erklärung außer Acht zu lassen...."
(Hess. EHG Urteil vom 4.3.52; Entscheidungen der Ehrengerichtshöfe Bd. IV S. 183, hier S. 142 ff.).

Zum Beispiel solche Entscheidungen zu verhindern ist Kampf gegen politische Justiz als Ausformung der Klassenjustiz.

Zur Frage des Verhältnisses der Mitgliedschaft im SDS und der Beziehung zur freiheitlich demokratischen Ordnung sei ansonsten auf das Zitat Seite 4 verwiesen.

B. Nach § 7 Ziff. 5 BRAO liegt ein Versagungsgrund dann vor, wenn der Bewerber sich eines Verhaltens schuldig gemacht hat, das ihn unwürdig erscheinen läßt, den Beruf des Rechtsanwalts auszuüben.

1. Wir haben uns eines solchen Verhaltens nicht schuldig gemacht. Bei der Erörterung aller Verfahren, die uns betreffen, haben wir klargemacht, daß es sich um ein Verhalten handelte, das gegen undemokratische Tendenzen gerichtet war und eben die "ethischen Anforderungen", von denen die amtliche Begründung zu § 7 Ziff 5 BRAO spricht, erfüllt. Wir möchten davor warnen, daß sich über die Generalklausel des § 7 Ziff. 5 BRAO genau die politischen Vorurteile in die Entscheidungspraxis einschleichen, die das subjektive Medium der Ausführung der oben behandelten politischen Justiz darstellen. Dies gilt auch für den Fall, daß sich die Vorurteile über die politischen Verfahren hinaus auf die Mitgliedschaft im SDS beziehen.

2. Nach § 10 Abs. 2 BRAO muß die Entscheidung über den Antrag auf Zulassung dann ausgesetzt werden, wenn gegen den Bewerber öffentliche Klage erhoben ist wegen einer strafbaren Handlung, die die Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann.

Die Handlungen, deretwegen wir angeklagt sind, können weder mit Zuchthaus bestraft werden, noch ist für die Tatbestände, deren wir angeklagt sind, der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte gesetzlich zugelassen. Damit entfällt die in der BRAO ausgesprochene Pflicht zur Aussetzung der Entscheidung.

III.

Wir stellen daher den Antrag

den Gesuchen auf Zulassung zur Rechtsanwaltschaft und als Rechtsanwälte stattzugeben.

Dem Vorschlag des Vorstands der Rechtsanwaltskammer auf Aussetzung des Zulassungsverfahrens treten wir hiermit ausdrücklich entgegen.

(Marieluise Becker) (Eberhard Becker)

Roter Punkt und Rote Fahne

Die Aktionen "Roter Punkt", relative Massenaktionen gegen die Verteuerung von Dienstleistungen, haben auf der Seite der Linken zu ersten Interpretationen geführt.

"Wir nehmen unsere Sache selbst in die Hand"

Heinz Brandt, Redakteur von "Metall", formuliert in "Express International" vom 11. Juli 69 die Perspektive: "Vom Roten Punkt zum Roten AStA". Die weitergehende Forderung nach kostenlosem Nahverkehr (Nulltarif) ist für die Neue Linke "der Einstieg zu weiteren, punktuellen (systemsprengenden) Zielforderungen: Klassenloses Krankenhaus; kostenlose Butter (Butterberg), Milch, Wasser, Wohnung...Ein roter Raster wäre denkbar - und gezielte Aktionen in dieser Richtung." Dies ist ungefähr auch die Perspektive der Hannoveraner Linken, die in einer ersten Interpretation ihrer erfolgreichen Aktion in "Arbeiter-Schüler-Studenten-Presse" vom 2o. Juni 69 die Massen dazu auffordert, sich nicht weiter von Parlamenten, Parteien und Gewerkschaften daran hindern zu lassen, "unsere Sache in die eigenen Hände zu nehmen...das heißt, Mietstreiks organisieren, überhöhte Preise für öffentliche Dienstleistungen der Stadtwerke (Gas, Licht, Wasser), der Krankenhäuser, Kindergärten nicht zahlen wollen ("Zahlungsverweigerungskampagne"), exemplarisch Supermärkte besetzen, um die Lebensmittel, die wir brauchen, kostenlos an die Bevölkerung zu verteilen..."

Die Macht, die der Selbstorganisation und haptischen Selbsttätigkeit der Massen entgegensteht, ist die "menschenfeindliche Staatsgewalt". (Rote Pressekorrespondenz, Berlin, vom 27.6.69)

Obgleich sie menschenfeindlich schlechthin ist, bleibt die Arbeiterschaft spezifischer Adressat, dem der SDS über die rote Fahne sich vermitteln muß. "Aber die Solidarisierung von SDS und Arbeiterschaft," schreibt P. Brückner in "Konkret, vom 14.7.69" gegen die DKP," muß über die rote Fahne vermittelt werden." Diese rote Fahne signalisiert der Arbeiterschaft, " daß sich Verkehrsformen kollektiv vernünftig gestalten lassen, wenn nur der Staatsapparat und der Verkehrsbetrieb ' zurückweichen" (Brückner) - und noch kühner Heinz Brandt: " Die staatliche Funktion (Verkehrsregelung) ist gelähmt, aufgehoben - an ihre Stelle tritt keimhaft die räteartige Selbstverwaltung einer Sache.(Engels: an die Stelle des Staates tritt die Verwaltung von Sachen)." (Heinz Brandt, a.a.O.) Offensichtlich möchte Brückner dem Proletariat bedeuten, daß ebenso wie der Staßenverkehr die Produktion in den Betrieben sich kollektiv vernünftig gestalten ließe, wenn nur der Staatsapparat einmal zurückgewichen ist. Brückner warnt ausdrücklich davor, den antikapitalistischen Kampf so zu führen, "daß er sich - im Sinne der DKP und anderer Revisionisten - noch traditionellen Formen parlamentarisch-politischer Machtkämpfe zwischen Kapitalimus hier, Sozialismus dort subsumieren ließe. Wir müssen gerade diese Interpretationsmatrix sprengen - sie ist dem System, dem sie sich verdankt, zu sehr verpflichtet."
Brückner führt hier einen neuartigen Revisionismusvorwurf ein. Nicht mehr wird der DKP und anderen kommunistischen Parteien Westeuropas nachgewiesen und vorgeworfen, daß sie den (innenpolitischen) Klassenkampf, der vorzüglich immer auch ein Kampf des Proletariats um die Staatsmacht ist, zu Gunsten eines für die globale Ost-West-Auseinandersetzung funktionalisierten Bündnisses aller demokratisch friedliebenden Kräfte, an den rostigen Nagel des (außenpolitischen) Interesses der Sowjetunion gehängt hat und damit den Klassenkampf ebenso latent hält wie die Sozialdemokraten oder die Sozialausschüsse der CDU. "Revisionistisch" heißt in dieser Bedeutung - und gerade in Bezug auf das Proletariat - soziale Kämpfe zum Niveau der politischen Bewußtwerdung der Machtfrage zu steigern. Diese neue Bedeutungsbildung ist unter der Annahme, daß die Genese vernünftig-kollektiver Verhaltensweisen lediglich des "Zurückweichens" des Staatsapparats bedürfe und nicht des Sturzes der Herrschaft der Bourgeoisie konsequent und ebenso konsequent, Brückners verflüssigende These auf ihren bornierten Begriff bringend, Brandts euphorische Neuinterpretation Engels', dem es als idealistische Jungfrauengeburt erscheinen muß, wenn die Bourgeoisie herrscht, und die sozialistische Verwaltung von Sachen sich ausbreitet.

Die Diskussion der Prämisse der Kritischen Theorie, die all dem zu Grunde liegt, wonach nicht mehr der Produktionsprozeß und die Arbeiterklasse das Zentrum der Veränderung sind, sondern die unter Apparate subsumierten "Menschen", wird in den kommenden Monaten zur Entscheidung drängen.
Jedenfalls wird deutlich, daß sich unter den genannten Annahmen der Akzent der Interpretation und das Erfolgskriterium der Aktion von der Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen Staatsapparat und seiner Agenturen weg auf die Organisation der Rote-Punkt-Aktion verlagert. Nicht die Blockade als "illegale" Handlung und die schließlich erfolgreiche außerparlamentarische Vertretung von Masseninteressen mit der Zielrichtung auf Streiks in den Betrieben und auf Organisierung von in der Aktion individuell mobilisierten Arbeitern in Betriebsgruppen ist relevant, sondern die "Vergesellschaftung" privater Verkehrsmittel in der Selbsttätigkeit der kollektiv vernünftigen Rote-Punkt-Aktion. "Private Verkehrsmittel wurden spontan vergesellschaftet." (Brückner, a.a.O.)
Wär die Rote-Punkt- Aktion als solche wirklich vergesellschaftend und vernünftig? In Wahrheit war sie ein riesiger Verschleiß von gesellschaftlicher Energie und eine sehr ambivalente Aufhebung gesellschaftlicher Arbeitsteilung. Sie produzierte nicht selten den "Polizisten in jedermann", der autoritärer und asketischer ist als der schlaff rotierende Berufspolizist. Die "Selbstorganisation"des Verkehrs ist unter Absehung des politischen Zwecks ein reaktionärer Rückfall in die ideologische Autarkie des do-it-yourself. Den ohnehin Verwalteten wird zusätzlich die Last der Selbstverwaltung zugemutet. Die "Vergesellschaftung" von "privaten Verkehrsmitteln" muß dem Begriffe nach scheitern oder zu der reaktionären Konsequenz führen, daß wir keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr brauchen, bzw. daß wir uns die privaten Verkehrsmittel, die "wir brauchen", "holen". Vernünftig wäre dagegen die Aufklärung gerade darüber, wie schlecht die Produkte der kapitalistischen Produkti-

onsweise, Privatautos, sich zur Organisierung des gesellschaftlichen Verkehrs eignen. Den Autofahrern, die die Rote-Punkt-Aktion unterstützten, einzureden, sie hätten eine temporäre Vergesellschaftung ihrer bis auf die Extras privaten Vehikel vollzogen, ist schlichter Unsinn. Gerade in der Abstraktion der politischen Zwecksetzung (Instrumentalisierung an sich ungeeigneter Mittel für einen politischen Zweck) liegt das aufklärerische Moment, das in letzter Instanz die Privatwagenfahrer zum Aussteigen veranlassen muß. Wenn wir also wirklich die Autofahrer, die Conferenciers der Rote-Punkt-Aktion und die Mitfahrer als "Selbsttätige" hätten agitieren wollen, hätten wir gerade das Unvernünftige ihres Tuns, den Widerspruch zwischen kapitalistischer Autoproduktion und der Möglichkeit eines öffentlich-gesellschaftlichen Verkehrs zeigen müssen.

Nur war eben die tatsächlich existierende Solidarität der an den Aktionen Beteiligten gar nicht über ihre Tätigkeit als "Verkehrsformen kollektiv vernünftig Gestaltende" vermittelt, sondern im Bewußtsein eben jener erfolgreichen Machtauseinandersetzung mit den Unterdrückern. Das Förderliche an der Aktion ist die Substitution der Abstraktion, daß nichts zu machen sei, durch diejenige, daß solidarisch Handelnde nicht ohnmächtig sind. Der Inhalt aber dessen, was zu machen notwendig ist, bestimmt sich aus der Notwendigkeit des Kampfes und nicht aus einem ideologisch verordneten "Selbst", das s e i n e Sache in die eigene Hand nimmt und sich holt, was es braucht. Günter Mangold

"Wir müssen den Kampf in den Betrieben führen"

Die Betriebsprojektgruppe des SDS Heidelberg faßte die Erfahrungen der Aktion gegen die HSB in einem Roten Kommentar vom 23. 6. 69 vorläufig zusammen. Als weiteres Dokument folgt die Resolution der Aktionsteilnehmer vom 20. 6., die das Ende der Blockade beschließt.

Der Kampf gegen die Strassenbahntarife geht weiter

Die Bedeutung der Straßenbahnblockade

Der Kampf um die Senkung der Straßenbahntarife hat eine Bedeutung, die weit über die Frage der Straßenbahntarife hinausgeht. Der Erfolg der Aktion besteht nicht darin, daß wir jetzt zu den alten Tarifen Strassenbahn fahren können, denn sie sind immer noch zu hoch, sondern darin, daß wir die Herren im Rathaus und in Stuttgart gezwungen haben, unsere Interessen vor ihre angeblichen Sachnotwendigkeiten zu stellen. Vorher hatte Zundel gewaltig getönt: die Fahrpreiserhöhung ist unvermeidlich. Nach fünf Tagen aktiven Protests war sie vermeidbar.

Diesen Erfolg konnten wir nur erringen, weil wir zu ungesetzlichen Maßnahmen gegriffen haben. Wenn wir nur zum Boykott aufgerufen hätten, den Straßenbahnverkehr aber sonst unbehelligt gelassen hätten, wäre nichts dabei herausgekommen. Die Frage, Tariferhöhung oder nicht, war eine Machtfrage, in der es der Herrschaftsseite darum ging zu beweisen, daß sie immer im Recht ist und uns darum, daß wir gegen dieses Recht unsere Interessen durchsetzen können. Wenn wir nur boykottiert und nicht blockiert hätten, hätte das niemanden gekümmert. Denn die Herren waren bereit, große finanzielle Verluste durch den Boykott hinzunehmen, nur um zu zeigen, daß sie immer im Recht bleiben.

Als wir aber durch konsequente Blockade und gleichzeitige Organisation des Rote-Punkte-Verkehrs zeigten, daß die Herren nicht nur nicht im Recht sondern sogar überflüssig sind, mußten sie schnell reagieren: entweder die Blockade mit Polizeigewalt brechen oder, als ihnen das nicht gelang, nachgeben. Ein Zustand, in dem vor aller Augen demonstriert wurde, wie gut die Massen ohne die Herren auskommen, wenn sie sich nur selbsttätig organisieren, ist für die Herren unerträglich. Es ist eine direkte Infragestellung ihrer Herrschaft.

Genau der Teil unserer Aktionen, der gefährlich für sie war, die ungesetzlichen Blockaden, machen daher die Zundels und Krauses in Heidelberg wie in Hannöver nervös. In beiden Städten begrüßten sie die Rote-Punkt-Aktion, wollten aber die Blockierer von den übrigen Demonstranten spalten: Zundel warnte davor, "sich vor den Wagen des SDS spannen zu lassen." In Hannover meinte ein Landesrichter: "Daß ausgerechnet dieses strafbare Verhalten die Veränderung eines an sich üblen Zustandes herbeigeführt hat, ist doch schlechthin unerträglich!"

Es sind also nicht die wirtschaftlichen Forderungen, die die Herren nervös machen, sondern es ist die Tatsache, daß wir zu ihrer Durchsetzung politische Kampfmaßnahmen ergreifen, die ungesetzlich sind, weil die herrschenden Gesetze immer von den Herrschenden gemacht werden, die außerparlamentarisch sind, weil die Massen in den Parlamenten schon lange nicht mehr vertreten sind. Auch der DGB hat diesen entscheidenden Punkt erkannt: einerseits droht er ganz offen, daß er sich auf die Seite der Polizei schlagen würde, wenn wir weiter aktiv für das Ziel "Freie Fahrt zum Arbeitsplatz" kämpfen: "Alle weiteren Behinderungen (des Straßenbahnverkehrs) können von uns nicht mehr gut geheißen werden." Andererseits versucht er am grünen Tisch die Fahrgeldfreiheit für die Lehrlinge auszuhandeln, weil er natürlich auch gesehen hat, daß die Lehrlinge sich mit am aktivsten an der Blockade beteiligt haben. Indem er den Lehrlingen einen Brocken hinwirft, will er sie daran hindern, für die Rechte aller Arbeiter zu kämpfen.

Wie es jetzt weitergeht

Wir dürfen uns nichts vormachen. Natürlich sind unsere Forderungen ohne weiteres erfüllbar. In vielen Betrieben wird das Fahrgeld schon ganz oder großen Teils zurückerstattet und Zundel hat die allgemeine Fahrpreisfreiheit für 1985 vorhergesagt. Wenn aber unsere Forderungen in irgendwelchen Parlamenten, Gemeinderäten oder Chefzimmern erfüllt werden, damit wir endlich Ruhe geben, dann können wir sicher sein, daß uns dafür dann die Rechnung an anderer Stelle präsentiert wird. Das wird dann bei den nächsten Tarifverhandlungen "berücksichtigt", oder der Schulbau wird entsprechend eingeschränkt. Das hat man ja schon angekündigt. Die dicksten Geldsäcke, die der Unternehmer, werden sicher nicht angetastet.

Damit wir hinterher nicht doch wieder die Dummen sind, müssen wir den Kampf so führen, daß sie es nicht wagen, uns doch wieder übers Ohr zu hauen. Wir müssen den Kampf in den Betrieben führen.

Die Rote-Punkte-Aktion war zweideutig. Sie konnte in Heidelberg die Rücknahme der Fahrpreiserhöhung erzwingen. Aber mehr war wahrscheinlich nicht drin, denn die Stadt Heidelberg ist tatsächlich ärmer als die Stadt Hannover. Unsere Aktion hatte den Bereich ausgespart, in dem die Kapitalisten besonders empfindlich sind: den der Betriebe. Statt der Straßenbahnen und Busse haben dieses Mal die Roten-Punkte-Autos die Arbeitenden an die Plätze gefahren, an denen die Unternehmer ihre Profite mit den Arbeitskräften machen. Die Straßenbahn-Aktion hat die kapitalistische Wirtschaft nicht gestört.

Dennoxh waren die Aktionen der letzten Woche richtig, denn die Studenten und Schüler, die die Blockaden zum großen Teil durchführten, können den Arbeitern nicht vorschreiben, wann sie arbeiten sollen oder nicht. Wenn es aber um die Forderung "Freie Fahrt zum Arbeitsplatz" geht und um die Garantie dafür, daß wir nicht doch wieder die Zeche bezahlen müssen, dann müssen wir zu ganz anderen Mitteln greifen: dann müssen wir uns in den Betrieben organisieren und die nächste Tariferhöhung, vielleicht schon in einem halben Jahr, so beantworten, daß mehr dabei herauskommt, mit dem Streik.

Denn nur wenn wir mit dem Streik den einzelnen Unternehmer an seinen Interessen packen, können wir verhindern, daß er wieder händereibend unseren Streit mit der Stadtverwaltung beobachtet, weil er sicher sein kann, daß er ungeschoren davonkommt. Viele Betriebsleitungen haben die Rote-Punkte-Aktion aktiv unterstützt, denn sie garantierte, daß die Arbeitenden pünktlich zur Ausbeutung kamen. Das darf das nächste Mal nicht wieder so sein. Denn die Forderung "Freie Fahrt zum Arbeitsplatz" richtet sich an den einzelnen Unternehmer. Daran müssen wir unbedingt festhalten, weil wir im Augenblick nur auf der Ebene des einzelnen Betriebes kontrollieren können, daß die Kosten uns nicht doch wieder aufgehalst werden.

Wenn es uns gelingt, unsere Forderungen in den Betrieben durchzusetzen und gleichzeitig darüber zu wachen, daß wir hinterher nicht doch wieder den Kürzeren ziehen, dann verwirklichen wir ein Stück ARBEITER-KONTROLLE, wie wir es am 1. Mai gefordert haben.

Zahlt die Straßenbahntarife aus Unternehmerprofiten!

Die Resolution der Versammlung von Arbeitern, Studenten und Schülern vom 20.6.1969:

Die anwesenden Arbeiter, Schüler und Studenten führen die Blockade der Straßenbahn am Samstag nicht weiter. Sie hatten als unmittelbares Ziel ihrer Aktion die Aufhebung der Fahrpreiserhöhung bestimmt, - nicht weil sie geglaubt hatten, dieses Ziel sei an sich ein sozialistisches, sondern weil sie zeigen wollten, daß man gegen Maßnahmen der herrschenden Clique sich erfolgreich wehren kann. Das haben sie gezeigt. Obwohl die Stadtbürokratie immer wieder behauptet hatte, die Tariferhöhung folge unmittelbaren Sachzwängen, zeigte sich durch die Widerstandsaktionen bald, was es mit der Sache auf sich hatte. Unter dem Druck unserer Aktionen mußte die herrschende Clique einen Rückzieher machen.

Wir wissen, daß die Aufhebung der Tariferhöhung kein langfristiges Zugeständnis ist und nichts daran ändert, daß der Nahverkehr von denen finanziert wird, die nichts von ihm haben als durch ihn zu entfremdeter Arbeit gebracht zu werden. Deshalb bleibt unsere Forderung "Freie Fahrt zum Arbeitsplatz". Diese können wir jedoch nur erkämpfen, wenn wir den politischen Erfolg dieser Aktion in politische Arbeit umsetzen im Betrieb, in der Schule und in der Universität; um dann eine neue Tariferhöhung nicht mehr bloß abzuwehren, sondern offensiv gegen das Kapital selbst zu wenden.

Wir würden unsere Initiativfuhktion verkennen, wenn wir glauben würden, wir müßten den Kampf gegen Tarife der HSB ewig weiterführen, statt den Erfolg in eine langfristige und allseitige Mobilisierungsstrategie umzusetzen, die es erst ermöglicht, daß die lohnabhängigen Massen den Kampf selbst aufnehmen.